



Beteiligungsbericht

2009

**über die wirtschaftliche Betätigung der
Stadt Alsdorf**

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Informationen.....	4
Übersicht der Beteiligungsunternehmen.....	6
Verzeichnis aller Beteiligungsunternehmen der Stadt Alsdorf.....	7
I. Beteiligungen Wirtschaftsförderung.....	8
IGA – Industrie- und Gewerbepark Alsdorf GmbH, Alsdorf.....	9
WfG – Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH der Städteregion Aachen.....	16
II. Beteiligungen Versorgungsunternehmen.....	41
EWV – Energie- und Wasserversorgung GmbH, Stolberg.....	42
enwor – energie & wasser vor ort GmbH, Herzogenrath.....	61
GREEN – Gesellschaft für regionale und erneuerbarer Energie mbH.....	73
III. Beteiligungen Wohnungswesen/Städtebau.....	75
GSG – Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Alsdorf mbH, Alsdorf.....	76
GWG – Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die Städteregion Aachen GmbH, Würselen.....	88
Alsdorfer Bauland GmbH, Alsdorf.....	104
Grund- und Stadtentwicklung GmbH Alsdorf, Alsdorf.....	109
IV. Beteiligungen Kultur und Wissenschaft.....	110
FOGA – Alsdorfer Freizeitobjekte GmbH, Alsdorf.....	111
Freizeitzentrum Blausteinsee GmbH, Eschweiler.....	115
Energeticon gGmbH.....	123
V. Sondervermögen.....	124
ETD – Eigenbetrieb Technische Dienste, Alsdorf.....	125
Rechtsnormverzeichnis.....	135

Vorwort

Die Stadt Alsdorf veröffentlicht den gemäß § 117 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) zu erstellenden Beteiligungsbericht über ihre wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung an Unternehmen und Einrichtungen des privaten und öffentlichen Rechts.

Mit diesem Bericht wird sowohl dem Rat der Stadt Alsdorf und seinen Ausschüssen als auch den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Alsdorf ein Überblick über die Struktur der bestehenden Beteiligungen zum 31.12.2009 gegeben.

Der jährlich fortzuschreibende Beteiligungsbericht der Stadt Alsdorf soll dem interessierten Leser einen Überblick über die wesentlichen und unternehmensrelevanten Daten der Gesellschaften geben sowie die Strukturen der Unternehmen transparenter machen.

Seit dem Haushaltsjahr 2009 sind die Gemeinden verpflichtet, ihre Geschäftsvorfälle nach dem System der doppelten Buchführung zu erfassen und eine Eröffnungsbilanz aufzustellen.

Die Stadt Alsdorf hat zum 01.01.2009 auf das so genannte **Neue Kommunale Finanzmanagement** (NKF) umgestellt. Im § 52 Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW) sind die Pflichtinhalte des Beteiligungsberichtes festgeschrieben.

Der letzte veröffentlichte Beteiligungsbericht erschien im März 2009 und beinhaltete alle bis zu diesem Zeitpunkt bekannten Geschäftsvorfälle.

Der Beteiligungsbericht nach den Grundsätzen des NKF fordert u.a. eine Zeitreihe der Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen der Beteiligungen für das abgelaufene Geschäftsjahr, das Vorjahr und das Vorvorjahr. Im Beteiligungsbericht 2009 werden somit die Geschäftsjahre 2009, 2008 und 2007 abgebildet.

Alsdorf, im August 2013

gez. Hafers
Kämmerer

Allgemeine Informationen

A. Anforderungen an den Beteiligungsbericht nach § 52 GemHVO NRW

Der jährlich zu erstellende Beteiligungsbericht umfasst gem. § 52 Abs. 1 GemHVO NRW folgende Pflichtinhalte:

1. die Ziele der Beteiligung,
2. die Erfüllung des öffentlichen Zwecks,
3. die Beteiligungsverhältnisse,
4. die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten drei Abschlussstichtage,
5. die Leistungen der Beteiligungen, bei wesentlichen Beteiligungen mit Hilfe von Kennzahlen,
6. die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde,
7. die Zusammensetzung der Organe der Beteiligungen,
8. der Personalbestand jeder Beteiligung.

Aus § 52 Abs. 2 GemHVO NRW folgt darüber hinaus, dass die Daten der Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen in Form einer Zeitreihe abzubilden sind. Diese muss das abgelaufene Geschäftsjahr, das Vorjahr und das Vorvorjahr umfassen.

B. Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung

Die Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung ergibt sich aus § 107 GO NRW. Zunächst wird dabei in wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung unterschieden.

Nach § 107 Abs. 1 GO NRW liegt immer dann eine wirtschaftliche Betätigung vor, wenn es sich um den Betrieb eines Unternehmens handelt, der als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig wird, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem privaten Unternehmen nicht ebenso gut und wirtschaftlich erfüllt werden kann.

Die Zulässigkeit folgt anschließend aus § 107 Abs. 1 Nr. 1-3 GO NRW, der sogenannten Schrankentrias. Danach ist eine wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde nur dann zulässig, wenn

1. ein dringender öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Energieversorgung, der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telefondienstleistungen der dringende öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht ebenso gut und wirtschaftlich erfüllt werden kann.

Ein öffentlicher Zweck ist immer dann tangiert, wenn es sich um eine im weitesten Sinne sozial-, gemeinwohl- und einwohnernützige Aufgabe des jeweiligen Unternehmens handelt.

Unter einem „angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde“ ist zu verstehen, dass sie sich nur insoweit wirtschaftlich betätigen darf, wie eine gesunde und absolut vertretbare Relation zwischen allgemeiner Leistungsfähigkeit der Gemeinde und finanzieller Beteiligung an einem Unternehmen vorliegt.

§ 107 Abs. 3 GO NRW umfasst einen Katalog der Betätigungsbereiche, die nicht nach den Vorschriften einer wirtschaftlichen Betätigung im Sinne des Absatzes 1 zu behandeln sind.

Für die nichtwirtschaftliche und wirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebietes gilt darüber hinaus § 107 Absatz 3 und 4 GO NRW, welche zusammenfassend darstellen, dass solch eine Betätigung nur dann zulässig ist, wenn die Voraussetzungen des § 107 Absatz 1 GO NRW und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften tatsächlich gewahrt sind.

Eine weitere unabdingbare Voraussetzung ist in § 107 Absatz 5 GO NRW geregelt. Demzufolge ist eine wirtschaftliche Betätigung nur dann zulässig, wenn vor der Entscheidung einer Gründung eine Marktanalyse stattgefunden hat und ein Branchendialog mit den Unternehmen abgehalten worden ist, auf welche die Betätigung eventuell Auswirkungen haben könnte.

Entscheidet sich eine Gemeinde folglich dafür, sich tatsächlich wirtschaftlich zu betätigen, ist dies nach § 115 GO NRW unverzüglich der Aufsichtsbehörde anzuzeigen um überprüfen zu lassen, ob alle gesetzlichen Vorgaben erfüllt sind und die Betätigung letztlich zulässig ist.

C. Erläuterungen zu einzelnen Positionen

Zu einigen Positionen, die in der Übersicht über die einzelnen Gesellschaften beleuchtet werden, ist es für ein differenziertes Verständnis von Nöten, sie genauer zu erläutern. Im Folgenden werden diese Positionen isoliert betrachtet und Hintergrunddaten, die bei der Erstellung des Berichtes vorhanden waren und eingeflossen sind, erklärt.

➤ Gesellschafter

Diese Position stellt die Kapitalverhältnisse in einem abschließenden Katalog dar. Das bedeutet näher, dass an dieser Stelle alle Gesellschafter des Unternehmens benannt werden und in diesem Zusammenhang auch deren prozentuale Gesellschafteranteile.

➤ Wesentliche Beteiligungen

Unter dieser Position sind die für die Stadt Alsdorf mittelbaren Beteiligungen benannt. Von mittelbaren Beteiligungen der Stadt Alsdorf spricht man immer dann, wenn die dargestellte Gesellschaft ihrerseits an anderen Unternehmen beteiligt ist. Allerdings liegt die Besonderheit bei dieser Position darin, dass ausschließlich solche mittelbaren Beteiligungen in der Liste dokumentiert sind, an denen die Gesellschaft mindestens 20,00 % der Gesellschaftsanteile hält.

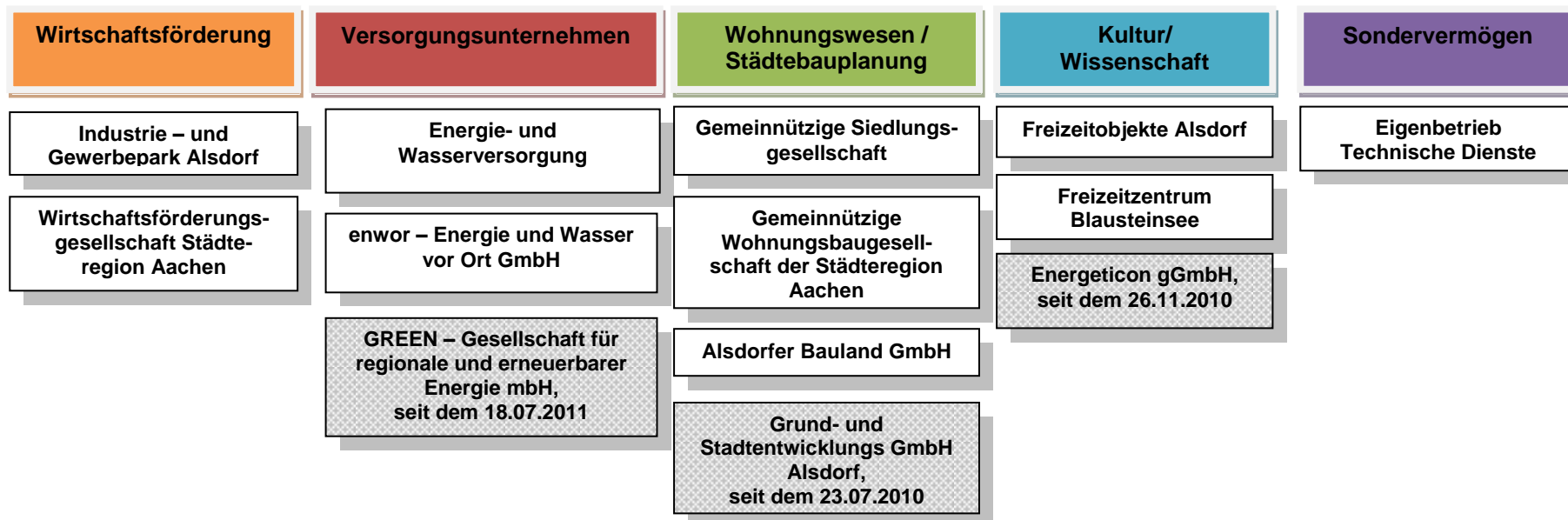
➤ Kennzahlen

Unter dieser Position sind diverse Leistungskennziffern der jeweiligen Gesellschaften in einer Zeitreihe aufgeführt. Kennzahlen sind gemäß § 12 GemHVO NRW Indikatoren, die zur Überprüfung der Zielerreichung der jeweiligen Gesellschaft dienen.

➤ Finanzwirtschaftliche Auswirkungen der Beteiligung

Unter dieser Position wird erläutert, inwieweit die jeweilige Beteiligung an der Gesellschaft sich im innerstädtischen Haushalt der Stadt Alsdorf bemerkbar macht und inwieweit die Jahresergebnisse sich dort gegebenenfalls niederschlagen.

Übersicht der Beteiligungsunternehmen



Verzeichnis aller Beteiligungsunternehmen der Stadt Alsdorf

Gesellschaft / Unternehmen	Stammkapital in €	Beteiligung in €	Anteil in %
Eigenbetrieb Technische Dienste	2.000.000	2.000.000	100,00
Freizeitobjekte GmbH Alsdorf	127.822,97	127.822,97	100,00
Industrie- und Gewer- bepark Alsdorf GmbH	106.350	106.350	100,00
Grund- und Stadtentwicklungs GmbH Alsdorf	25.000	25.000	100,00
Gemeinnützige Siedlungsgesell- schaft mbH	708.139,26	538.901,64	76,10
Alsdorfer Bauland GmbH	26.000	13.000	50,00
Energeticon gGmbH	26.000	6.500	25,00
Freizeitzentrum Blausteinsee GmbH	25.564,59	4.601,63	18,00
Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH der Städteregion Aachen	2.303.500	151.800	6,59
GREEN – Gesellschaft für regionale und erneuerbarer Energie	25.000	750	3,00
enwor – energie und wasser vor ort GmbH	21.007.400	550.250	2,619
Energie- und Wasserversorgung GmbH	18.151.450	395.750	2,18
Gemeinnützige Wohnungsbaue- gesellschaft mbH der Städteregion Aachen	1.000.000	17.850	1,79

I. Beteiligungen Wirtschaftsförderung

IGA – Industrie- und Gewerbepark Alsdorf GmbH, Alsdorf

Allgemeine Angaben

Firma	IGA - Industrie- und Gewerbepark Alsdorf GmbH, Alsdorf
Sitz	Joseph-von-Fraunhofer-Straße 3b 52477 Alsdorf
E-mail	iga@iga-alsdorf.de
Homepage	www.iga-alsdorf.de
Rechtsform	GmbH
Gesellschaftervertrag	17.03.1989 in der derzeit gültigen Fassung letzte Änderung 16.02.2009
Geschäftsführer	Dipl.-Kfm. Stephan Spaltner
Gremien	Gesellschafterversammlung
Stammkapital	106.350 € (Hinweis: Das Stammkapital wurde mit Urkunde Nr. 182/2009 vom 16.02.2009 um 1,29 € erhöht.)
Anteil der Stadt in €	106.350 €
Mitarbeiter	15

Gesellschafter

Stadt Alsdorf
100,000%

Wesentliche Beteiligungen

Mess- und Prüfzentrum
Kraftfahrzeugtechnik Alsdorf
GmbH
24,800%

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur der Stadt Alsdorf. Hierzu gehören insbesondere die Errichtung und der Betrieb des „Industrieparks Alsdorf“ und des „Gewerbeparks Alsdorf: International und Innovativ“ sowie das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen. Die Gesellschaft bietet interessierten Unternehmen preis- und anforderungsgerechte Betriebsräume sowie Service-Einrichtungen mietweise an.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die IGA unterstützt in außerordentlichem Maße die Ansiedlung von Unternehmen in der Stadt Alsdorf und bietet diesen einen lukrativen Wirtschaftsstandort. Somit soll eine positive wirtschaftliche Gesamtlage für die Stadt gefördert und weiterentwickelt werden, was nicht zuletzt auch Vorteile für die Einwohner der Stadt bringt, da die Ansiedlung neuer Unternehmen als Ergebnis auch neue Stellen auf dem Arbeitsmarkt bereitstellt und dadurch die Kaufkraft in der Stadt wieder erhöht werden kann.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage

Bilanz

Aktivseite	31.12.2009 EUR	31.12.2008 EUR	31.12.2007 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	8.764,00	472,00	573,00
II. Sachanlagen	3.267.769,71	3.467.059,71	3.713.964,92
III. Finanzanlagen	6.340,02	6.340,02	6.340,02
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	2.419.777,18	2.358.789,38	2.358.027,02
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	331.321,67	312.414,72	1.733.107,00
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	204.232,41	269.100,88	376.313,41
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.246,53	984,15	2.166,04
	6.239.451,52	6.415.160,86	8.190.491,41
<i>Passivseite</i>			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	106.350,00	106.348,71	106.348,71
II. Kapitalrücklage	9.173.967,06	9.173.967,06	9.173.967,06
III. Verlustvortrag	-3.982.427,86	-3.708.531,09	-4.713.139,84
IV. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	54.010,74	-273.896,77	1.004.608,75
B. Rückstellungen	47.509,65	269.857,00	271.619,00
C. Verbindlichkeiten	839.285,46	846.659,48	2.345.305,48
D. Rechnungsabgrenzungsposten	756,47	756,47	1.782,25
	6.239.451,52	6.415.160,86	8.190.491,41

Gewinn- und Verlustrechnung

<i>Gewinn- und Verlustrechnung</i>	31.12.2009 EUR	31.12.2008 EUR	31.12.2007 EUR
1. Umsatzerlöse	856.524,23	423.718,44	2.357.115,77
2. Verminderung/Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,00	762,36	-599.487,10
3. sonstige betriebliche Erträge	250.325,00	37.804,20	59.648,22
4. Personalaufwand	503.976,51	217.345,76	204.915,25
5. Abschreibungen	249.024,98	251.787,36	266.986,26
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	262.239,87	214.122,22	235.899,97
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	23.275,08	67.080,26	47.877,18
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	30.040,16	82.418,80	115.385,40
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	84.842,79	-236.308,88	1.041.967,19
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	2.175,00	0,00
11. sonstige Steuern	30.832,05	35.412,89	37.358,44
12. Jahresüberschuss	54.010,74	-273.896,77	-1.004.608,75

Kennzahlen

Kennzahlen	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007
Eigenkapitalquote (Eigenkapital/Gesamtkapital)x 100)	86,00%	83,00%	68,00%
Mietauslastung	95,00%	93,00%	91,00%
Personalaufwandsquote (Personalaufwand/Umsatz)x100)	59,00%	51,00%	12,00%

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Mit Darlehnsvertrag vom 24.03.2003 wurde der IGA-GmbH ein Betrag i. H. v. 1.300.000 Euro durch die Stadt Alsdorf gewährt. Bei Beendigung der vereinbarten Laufzeit wurde der Vertrag verlängert, letztmalig zum 07.12.2009. Zum 30.11.2008 wurden 500.000 Euro von dem Darlehn getilgt.

Der Darlehnsbetrag diente zur Refinanzierung der Erschließung des III. Bauabschnittes des Industrieparks, zur Finanzierung eines Grundstücksrückkaufes von der AWA GmbH und des Grundstückskaufes von der MSE GmbH.

Desweiteren besteht seit dem 01.04.2009 zwischen der Stadt Alsdorf und der IGA-GmbH eine Rahmenvereinbarung über die Durchführung von Gebäudemanagementdienstleistungen. In diesem Vertrag sind Vereinbarungen zur Immobilienverwaltung sowie Rechte und Pflichten zwischen der Stadt Alsdorf und der IGA-GmbH aufgeführt.

Seit dem 01.04.2009 ist die IGA-GmbH für das kaufmännische und technische Gebäudemanagement zuständig. Zu den Pflichten der IGA-GmbH zählt u.a. die Durchführung bestehender Verträge und der Abschluss neuer Verträge. Demgegenüber steht die Stadt Alsdorf, die sich vertraglich dazu verpflichtet hat, der IGA-GmbH sämtliche Unterlagen zu übergeben, die für die Objektverwaltung erforderlich sind.

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung umfasst laut Gesellschaftervertrag 8 Mitglieder.

Für die **Stadt Alsdorf** sind in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Verwaltung:	Bürgermeister Alfred Sonders (seit dem 27.10.2009)
1. SPD-Fraktion	Herr Stv. Detlef Loosz (seit dem 27.10.2009) <i>Vertreter:</i> Herr Stv. Friedhelm Krämer (seit dem 17.12.2009)
2. SPD-Fraktion	Herr Stv. Heinrich Plum (seit dem 27.10.2009) <i>Vertreter:</i> Herr Stv. Karl-Heinz Robert (seit dem 17.06.2010)
3. SPD-Fraktion	Herr Stv. Gustl Rinkens (seit dem 27.10.2009) <i>Vertreter:</i> Herr Stv. Franz-Josef Altdorf (seit dem 17.06.2010)
4. SPD-Fraktion	Herr Stv. Konrad Krämer (seit dem 22.04.2010) <i>Vertreter:</i> Herr Stv. Wilfried Maul (CDU – seit dem 22.04.2010)
5. CDU-Fraktion:	Herr Stv. Franz Brandt (seit dem 27.10.2009) <i>Vertreter:</i> Herr Stv. Dieter Lothmann (seit dem 27.10.2009)
6. ABU-Fraktion:	Herr Stv. Guido Gebauer (seit dem 27.10.2009) <i>Vertreter:</i> Herr Stv. Hubert Hennes (seit dem 27.10.2009)
7. GRÜNE-Fraktion:	Herr Stv. Friedhelm Wirtz (seit dem 27.10.2009) <i>Vertreter:</i> Herr Stv. Horst-Dieter Heidenreich (seit dem 27.10.2009)

Lagebericht

1. Gesellschaftsrechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft wurde am 17. März 1989 gegründet, die Eintragung erfolgte am 23. Mai 1989 unter der Nr. 4150 beim Handelsregister Aachen.

Das Stammkapital beträgt 106.350,00 €. Beteiligungsverhältnisse bestanden zum 01.01.2009 wie folgt:

Gesellschafter Stammkapitaleinlage Stadt Alsdorf 106.350,00 € 100 %

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur der Stadt Alsdorf. Hierzu gehören insbesondere die Errichtung und der Betrieb des Industrieparks Alsdorf und des Gewerbeparks Alsdorf sowie das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern.

Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen und/oder an ihnen beteiligen. Im Industriepark Alsdorf werden interessierten Unternehmen Ansiedlungsgrundstücke zum Kauf, im Gewerbepark Alsdorf Betriebsräume zur Anmietung angeboten.

2. Verhältnisse im Jahr 2009

2.1 Gebäudemanagementdienstleistungen für die Stadt Alsdorf

Mit Datum vom 01.04.2009 hat die Gesellschaft mit der Stadt Alsdorf eine Rahmenvereinbarung über die Durchführung von kaufmännischen und technischen Gebäudemanagementdienstleistungen für Immobilien der Stadt Alsdorf geschlossen. Diese Aufgabe wird im Namen und für Rechnung der Stadt Alsdorf durchgeführt. Die Vereinbarung ist unbefristet.

2.2 Geschäftsführung

Seit dem 01. Dezember 2003 war Herr Helmut Klein, hauptamtlicher Bürgermeister der Stadt Alsdorf, zum Geschäftsführer bestellt. Er war von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Seit dem 1. November 1997 ist Herr Dipl.-Wirtsch.-Ing. Heinz Drießen zum Einzelprokuristen bestellt. Der Prokurist ist ermächtigt, Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte zu veräußern und zu belasten.

Mit Wirkung vom 01.04.2009 wurde Herr Dipl.-Kfm. Stephan Spaltner im Rahmen eines nebenamtlichen Beschäftigungsverhältnisses als Einzelprokurist für den Bereich Gebäudewirtschaft eingestellt.

Mit Ablauf des 14.10.2009 wurde Herr Klein als Geschäftsführer abberufen. Herr Spaltner wurde als Prokurist abberufen und mit Wirkung vom 15.10.2009 zum neuen Geschäftsführer bestellt. Er ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

2.3. Darstellung des Geschäftsverlaufs

2.3.1 Entwicklung der Branche und der Gesamtwirtschaft

Durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise erfuhr Deutschlands Wirtschaft die tiefste Rezession seit den 30-er Jahren. Die führenden deutschen Wirtschaftsinstitute erwarteten für 2009 einen Rückgang des Bruttoinlandprodukts um 6,0 % nach einem Anstieg von 1,3 % im Jahresdurchschnitt 2008. Im April 2009 verminderten sich die Exporte um 28,7 %, die Einfuhren um 22,9 % im Vergleich zum Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex stieg im Jahresdurchschnitt 2009 um 0,4 % gegenüber dem Vorjahr. Der ifo-Geschäftsklimaindex (mit 2000 = 100), der im Juni 2008 noch bei 101,0 lag, verschlechterte sich zum Januar 2009 auf 83,0 und stieg bis Oktober 2009 auf 91,9. Im Januar 2010 lag dieser Wert bei 95,8.

Auf die Auslastung der Mietflächen hat sich die rückläufige Wirtschaftsentwicklung nicht ausgewirkt. Dies zeigen auch Vergleichszahlen anderer Gründerzentren der Region. Allerdings hat sich die Entwicklung auf An- oder Umsiedlungsvorhaben negativ ausgewirkt: Zum erfolgreichen Abschluss angebahnter Grundstücksverkäufe ist es nicht gekommen.

2.3.2 Gewerbepark Alsdorf

Der Gewerbepark Alsdorf besteht aus insgesamt drei Betriebsgebäuden und einem Gemeinschaftszentrum, die in Campusform um eine zentrale Grünfläche angelegt sind. Die Gebäude wurden in den Jahren 1990 bis 1993 errichtet. Im Jahr 1997 wurde das Gemeinschaftszentrum um einen Büroanbau erweitert.

Mit Wirkung vom 26.07.2001 wurden die Betriebsgebäude II und III an ein Unternehmen verkauft, das seit 1992 im Gewerbepark Mieter ist und hierdurch am Standort Alsdorf gehalten werden konnte.

Von ursprünglich 9.498 qm Mietfläche stehen im verbleibenden Betriebsgebäude I und im Gemeinschaftszentrum noch 5.683 qm Mietfläche zur Verfügung. Für das Gemeinschaftszentrum wurde, beginnend am 01.09.2006, mit der Stadt Alsdorf zur Nutzung durch die ARGE ein 5-jähriger Mietvertrag über 1.197,38 qm Büroflächen und 218,70 qm Lagerfläche abgeschlossen.

Die durchschnittliche Belegung der Mietflächen betrug im Jahr 2009 94,54 % (Vorjahr 93,27 %).

Im Berichtsjahr fanden im Gewerbepark 17 Neuvermietungen bzw. Mietvertragsverlängerungen statt. Zum Abschlussstichtag waren 24 Unternehmen mit ca. 175 Mitarbeitern eingemietet. Von diesen Unternehmen sind 8 Existenzgründer.

Seit dem Erstbezug von Mietflächen im Jahr 1990 wurden in den Gebäuden des Gewerbeparks 132 Unternehmen angesiedelt. In diesem Zusammenhang entstanden hier ca. 900 Arbeitsplätze.

2.3.3 Industriepark Alsdorf

Der Industriepark Alsdorf hat eine Gesamtgröße von ca. 1.116.000 qm. Hiervon sind 619.692 qm Ansiedlungsflächen erschlossen, weitere 21.346 qm sind noch nicht erschlossen und ca. 474.500 qm dienen dem großzügigen ökologischen Ausgleich und der Verkehrserschließung, die teilweise im Geschäftsjahr 2005 an die Stadt Alsdorf veräußert wurden.

Den Ansiedlungsschwerpunkt bilden international tätige Unternehmen aus dem Bereich Automobilentwicklung und Logistik.

Im Berichtsjahr fanden keine Grundstücksverkäufe statt. Im Durchschnitt der Jahre 2003 bis 2008 liegen die Grundstücksverkäufe im Industriepark Alsdorf im Vergleich der zehn Städte der StädteRegion Aachen mit 15,8 ha an dritter Stelle.

Seit dem ersten Grundstücksverkauf im Jahre 1990 wurden bis zum Abschlussstichtag 467.531 qm Ansiedlungsgrundstücke verkauft, weitere 21.683 qm sind mit einer Verkaufsoption belegt. Hierdurch wurden die Voraussetzungen für das Entstehen von 1.937 Arbeitsplätzen geschaffen. Hiervon sind ca. 1.500 nachhaltig.

Es wurde eine nachhaltige Arbeitsplatzdichte von 3,2 pro 1.000 qm Ansiedlungsfläche erreicht.

Ca. 130.000 qm erschlossene Ansiedlungsfläche sind noch frei verfügbar.

Über die Bearbeitung von Nachfragen hinaus werden zur Flächenvermarktung branchenspezifische Vermarktungskanäle genutzt und Projektentwickler gezielt angesprochen. Über die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Kreis Aachen mbH (WfG) und die AGIT als Wirtschaftsförderungsagentur für die Technologieregion Aachen ist die Gesellschaft in Standortinformationssysteme und regionale und überregionale Standortsuchen eingebunden. Daneben besteht über die WfG Kontakt zu einem weltweit tätigen Immobilienmakler. Im Übrigen erklärte der europaweit tätige Investor, der das Distributionszentrum für die Firma Cinram im Industriepark errichtete, die Stadt Alsdorf im Hinblick auf Schnelligkeit und Zuverlässigkeit der Erschließung und Erteilung der Baugenehmigung zu seiner Referenzkommune.

Insgesamt hat die Gesellschaft seit ihrer Gründung im Jahre 1989 im Gewerbepark, im Gewerbegebiet Hagfeld und im Industriepark einschließlich Betriebserweiterungen 181 Unternehmen ansiedeln können. In diesem Zusammenhang wurden ca. 3.060 Arbeitsplätze geschaffen.

2.3.4 Gewerbegebiet Hagfeld

Die Grundstücke im Gewerbegebiet Hagfeld sind vollständig vermarktet. Hier wurden 7 ehemalige Mieter des Gewerbeparks angesiedelt. In diesem Zusammenhang wurden ca. 240 Arbeitsplätze geschaffen.

2.3.5 Gebäudemanagementdienstleistungen

Zum 01.04.2009 übernahm die IGA die Bewirtschaftung von 16 Schulen und 5 weiteren Liegenschaften von der Stadt Alsdorf. Der Stellenplan wurde um 9 Planstellen angepasst, die alle zeitnah besetzt werden konnten.

Die Übernahme der Aufgaben verlief reibungslos. Seitens der Schulen erhielt die IGA mehrfaches positives Feedback. Dem erweiterten Geschäftsvolumen wurde mit Implementierung eines Organisationsentwicklungsprozesses Rechnung getragen.

2.3.6 Ertragslage

Umsätze aus Grundstücksverkäufen wurden im Berichtsjahr nicht erzielt. (VJ: 0,00 €).

Im Gewerbepark wurden Erlöse in Höhe von 423.709,97 € (VJ: 427.089,94 €) erwirtschaftet. Der Bereich Gebäudemanagementdienstleistungen erzielte Umsatzerlöse in Höhe von 432.814,26 €.

Das Geschäftsjahr 2009 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 54.010,74 € (VJ: - 273.896,77 €). Das Eigenkapital erhöht sich auf 5.351.899,94 € (VJ: 5.297.887,91 €).

2.3.7 Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist durch eine hohe Eigenkapitalquote [86 %] gekennzeichnet.

3. Aussichten für das Jahr 2010, Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die Errichtung des Industriepark Alsdorf wurde durch das Land Nordrhein-Westfalen mit einem Betrag von insgesamt 10.686.000,00 € (20,9 Mio. DM) gefördert. Nach Prüfungen durch das staatliche Rechnungsprüfungsamt Köln wurden hiervon im Jahr 2000 812.954,09 € (1,59 Mio. DM) und im Jahr 2005 935.664,14 € (1,83 Mio. DM) zurückgezahlt. Aufgrund einer vom staatlichen Rechnungsprüfungsamt Köln festgestellten Nichtbeachtung von Förderbestimmungen wurden im Jahr 2006 122.142,25 € Fördermittel zusätzlich zurückgezahlt. Nach einer Rückzahlung auch der Verzinsung in Höhe von 33.454,36 € für die zurückgezählten Fördermittel ist die Förderangelegenheit abschließend geklärt, die für die Gesellschaft über viele Jahre erhebliche Unwägbarkeiten barg.

Das Jahresergebnis der Gesellschaft ist regelmäßig in erheblichem Umfang von Erlösen aus Grundstücksverkäufen geprägt. Diese Grundstücksverkäufe sind singuläre Ereignisse und lassen sich nicht verstetigen. Eine mehrjährige Betrachtung unter Einbeziehung der Grundstücksverkäufe im Hagfeld ergibt einen durchschnittlichen Grundstücksverkauf von 26.000 qm p. a. während der letzten 14 Jahre. Hierbei schwanken die jährlichen Verkäufe zwischen 0 qm und 82.922 qm. Der aktuelle, vorsichtig angesetzte Planwert für das Jahr 2010 beträgt 13.000 qm. Für das optionierte und die frei verfügbaren, erschlossenen Grundstücke des Industrieparks sind insgesamt noch Erlöse von ca. 6,3 Mio. Euro erzielbar. Das mit der Vermarktung der Industrieparkgrundstücke erzielbare Ergebnis ist auch abhängig davon, in welchem Zeitraum diese Vermarktung stattfinden kann. Die aktuelle wirtschaftliche Situation hat hierauf Einfluss.

4. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Ereignisse von besonderer Bedeutung für den Jahresabschluss 2009 traten nach Schluss des Geschäftsjahres nicht ein. Allerdings wurden wesentliche Beschlüsse gefasst und umgesetzt, die die weitere Geschäftstätigkeit betreffen.

WfG – Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH der Städteregion Aachen

Allgemeine Angaben

Firma	WfG - Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH Städteregion Aachen, Würselen	Gesellschafter	Städteregion Aachen 51,360%
Sitz	Mauerfeldchen 72 52146 Würselen		Sparkasse Aachen 13,320%
E-mail	info@wfg-aachen.de		Stadt Stolberg 9,260%
Homepage	www.wfg-aachen.de		Stadt Eschweiler 8,220%
Rechtsform	GmbH		Stadt Alsdorf 6,590%
Gesellschaftervertrag	in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 30.06.2006		Stadt Würselen 5,580%
Geschäftsführer	Dr. Axel Thomas		Stadt Herzogenrath 4,760%
Gremien	Aufsichtsrat Gesellschafterversammlung		Stadt Baesweiler 0,230%
Stammkapital	2.303.500 €		Stadt Monschau 0,230%
Anteil der Stadt in €	151.800 €		Gemeinde Roetgen 0,230%
Mitarbeiter	8 (+ 1 Auszubildender)		Gemeinde Simmerath 0,230%
		Wesentliche Beteiligungen	
			Mess- und Prüfzentrum Kraftfahrzeugtechnik Alsdorf GmbH 25,400%

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft hat die Aufgabe, die wirtschaftliche Entwicklung in der Städteregion Aachen in struktureller Hinsicht unter Beachtung ökologischer Erfordernisse voranzutreiben und zu begleiten. Ziel ist es, neue Arbeitsplätze zu schaffen, bestehende Arbeitsplätze zu sichern sowie für die Ansiedlung von Gewerbetreibenden im Gebiet der Gesellschaft zu werben.

Zur Erreichung dieses Zwecks erbringt die Gesellschaft Informations- und Beratungsleistungen für Unternehmen, sonstige Institutionen und Personen. Die Leistungen für Unternehmen umfassen insbesondere den Nachweis von Grundstücksflächen zum Zwecke der Ansiedlung sowie die Beratung über öffentliche Finanzhilfen.

Die Gesellschaft kann auch selber Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte erwerben, bebauen und veräußern, Grundstücke sanieren sowie Gebäude errichten und im Public-Leasing-Verfahren finanzieren.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Entwicklungsprojekte in der Städteregion Aachen zu planen, zu realisieren und zu verwalten.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Durch seine Aufgabenstellung hat das Unternehmen als obersten Anspruch die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Gebiet der Städteregion Aachen und hat somit einen gemeinwohl- und sozialbezogenen Charakter.

Darüber hinaus handelt es sich um kein defizitäres Unternehmen und eine Beteiligung der Stadt Alsdorf auch in diesem Rahmen absolut vertretbar.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage

Bilanz

<i>Aktivseite</i>	<i>31.12.2009 EUR</i>	<i>31.12.2008 EUR</i>	<i>31.12.2007 EUR</i>
A. Anlagevermögen			5.318.868,81
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	17.569,02	14.605,02	
II. Sachanlagen	6.963.980,55	5.070.436,70	
III. Finanzanlagen	72.693,74	74.693,74	
B. Umlaufvermögen			29.635.022,22
I. Forderungen	31.088.803,36	30.889.241,73	
II. Kassenbestand	673.536,16	1.902.415,37	
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3.944,09	1.725,91	5.094,96
	38.820.526,92	37.953.118,47	34.958.985,99
<i>Passivseite</i>			
A. Eigenkapital			996.816,50
I. Gezeichnetes Kapital	2.303.500,00	2.303.500,00	
II. Verlustvortrag	-1.006.731,87	-1.306.683,50	
III. Jahresüberschuss	436.598,78	299.951,63	
B. Rückstellungen	639.769,37	1.089.179,22	577.864,48
C. Verbindlichkeiten	36.445.010,64	35.564.791,12	33.381.556,11
D. Rechnungsabgrenzungsposten	2.380,00	2.380,00	2.748,90
	38.820.526,92	37.953.118,47	34.958.985,99

Gewinn- und Verlustrechnung

<i>Gewinn- und Verlustrechnung</i>	<i>31.12.2009 EUR</i>	<i>31.12.2008 EUR</i>
1. Umsatzerlöse	2.191.731,18	2.271.525,76
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	13.322,50	0,00
3. Sonstige betriebliche Erträge	690.774,40	937.498,20
4. Personalaufwand	492.944,26	543.651,42
5. Abschreibungen	166.362,70	163.131,67
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	721.059,23	1.096.336,26
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	99.406,92	90.769,57
8. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00	24.000,00
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.636.134,53	1.637.398,64
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-21.265,72	-164.724,46
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	6.500,00	320,05
12. Sonstige Steuern	121,00	138,86
13. Erträge aus Gesellschafterzuschüssen	464.485,50	465.135,00
14. Jahresüberschuss	436.598,78	299.951,63

<i>Ertragslage</i>	<i>31.12.2009 EUR</i>	<i>31.12.2008 EUR</i>	<i>31.12.2007 EUR</i>
Umsatzerlöse	2.895.828	3.209.024	2.852.510
Betriebsergebnis	1.515.461	1.381.905	1.275.590
Finanzergebnis	-1.536.727	-1.546.629	-1.554.844
Gewöhnliches Geschäftsergebnis	-21.265	-164.724	-279.254
außerordentliches Ergebnis	464.485	465.135	465.371
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	436.598	299.952	186.019

Kennzahlen

Kennzahlen	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007
Anlagenintensität	18,20%	13,60%	15,20%
Liquidität 1.Grades ((Liquide Mittel/kurzfr. Fremdkapital)x100)	18,50%	46,40%	30,80%
Eigenkapitalquote ((Eigenkapital/Gesamtkapital)x100)	4,50%	3,40%	2,90%
Eigenkapitalrentabilität ((Jahresergebnis/Eigenkapital)x100)	33,70%	30,10%	23,00%
Gesamtkapitalrentabilität ((Jahresergebnis vor Zinsaufwand/Gesamtkapital)x100)	5,30%	5,10%	5,20%

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Lt. jeweiligem Ratsbeschluss zahlt die Stadt Alsdorf jährlich eine Sockelförderung an die WfG. Zum jetzigen Zeitpunkt beträgt der Zuschuss 0,75 € / Einwohner.

a) 2007	31.725,75 €
b) 2008	34.623,00 €
c) 2009	34.483,50 €

Die Public-Leasing-Verträge der Wirtschaftsförderungsgesellschaft im Gebiet der Stadt Alsdorf werden im Rahmen von Ausfallbürgschaften durch die Stadt abgesichert.

Die Ausfallbürgschaften, die aufgrund von geschlossenen Public-Leasing-Verträgen zwischen der Wirtschaftsförderungsgesellschaft und städtischen Unternehmen beliefen sich zum 31.12. auf:

a) 2007	22.795 €
b) 2008	25.935 €
c) 2009	22.536 €

Die Saldostände, die sich aus den über Ausfallbürgschaften finanzierten Kreditverträgen ergaben, betragen am 31.12.:

a) 2007	13.208 €
b) 2008	15.878 €
c) 2009	15.537 €

Zusammensetzung der Organe

a) Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus 16 Mitgliedern. Jeder Gesellschafter kann ein Mitglied in den Aufsichtsrat entsenden.

Für die **Stadt Alsdorf** ist im Aufsichtsrat als Mitglied vertreten:

Verwaltung: Herr Bürgermeister Alfred Sonders (seit dem 27.10.2009)

b) Gesellschafterversammlung

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates – im Verhinderungsfall sein Stellvertreter – oder in deren Auftrage die Geschäftsführer berufen die Versammlung der Gesellschafter ein.

Für die **Stadt Alsdorf** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

1. SPD-Fraktion: Herr Stv. Heinrich Plum (seit dem 27.10.2009)

Lagebericht

Öffentliche Zwecksetzung

Die Aufgaben der WFG StädteRegion Aachen mbH bestehen laut Satzung darin, „die wirtschaftliche Entwicklung in der StädteRegion Aachen in struktureller Hinsicht unter Beachtung ökologischer Erfordernisse voranzutreiben und zu begleiten“. Ziel ist es, neue Arbeitsplätze zu schaffen; bestehende Arbeitsplätze zu sichern sowie für die Ansiedlung von Gewerbetreibenden im Gebiet der Gesellschaft zu werben.

Zur Erreichung dieses öffentlichen Zwecks erbringt die Gesellschaft insbesondere Beratungsleistungen für Unternehmen, sonstige wirtschaftliche Zielgruppen wie auch für Gebietskörperschaften und sonstige Institutionen und Personen. Die Leistungen für Unternehmen umfassen insbesondere den Nachweis von Grundstücksflächen zum Zwecke der Ansiedlung sowie die Beratung über öffentliche Finanzierungshilfen.

Die Gesellschaft kann auch Grundstücke erwerben, bebauen und veräußern, Grundstücke sanieren sowie Gebäude errichten und im Public-Leasing-Verfahren finanzieren.

Die Gesellschaft ist außerdem berechtigt, Entwicklungsprojekte in der StädteRegion Aachen zu planen, zu realisieren und zu verwalten.

Die Gesellschaft darf alle sonstigen Maßnahmen vornehmen, die ihrem Unternehmenszweck förderlich sind, insbesondere mit anderen Einrichtungen im In- und Ausland, die gleiche oder ähnliche Ziele verfolgen, kooperieren, sich an Gesellschaften, die gleiche oder ähnliche Zwecke verfolgen, beteiligen.

Zielerreichung: Wie die Gesellschaft dieses Ziel im Jahr 2009 erreicht und umgesetzt hat, darüber berichtet sie im nun Folgenden:

Überblick über die gesamtwirtschaftliche Lage

Die Weltwirtschaft hat die schwerste Rezession seit dem zweiten Weltkrieg überwunden. Seit dem Frühjahr 2009 steigen Produktion und Handel wieder, weltweit angeregt durch milliardenschwere Konjunkturprogramme, eine massiv expansiv wirkende Geldpolitik und den vergleichsweise niedrigen Ölpreis.

Das Wachstumstempo wird indes niedrig bleiben.

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2009 zum ersten Mal seit sechs Jahren geschrumpft.

Mit - 5% war der Rückgang des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes so stark wie noch nie in der Nachkriegszeit. Die Entwicklung in Deutschland vollzog sich damit – nicht zuletzt wegen der Abhängigkeit vom Export - parallel zur globalen Entwicklung.

In der Weltwirtschaft mehren sich inzwischen die Anzeichen einer Rückkehr zu Wachstum, während die Inflationsraten aufgrund von Basiseffekten im Zusammenhang mit den Rohstoffpreisen sowie zunehmenden ungenutzten Kapazitäten weltweit sehr niedrig sind. Wenngleich weiterhin hohe Unsicherheit hinsichtlich der Nachhaltigkeit des künftigen Wachstums herrscht, werden die Chancen und Risiken für die globalen Konjunkturaussichten immerhin als weitgehend ausgewogen betrachtet.

Der schwerwiegende und höchst synchron verlaufende globale Konjunkturrückgang ist in den wichtigsten Schwellenländern sowie einer Reihe Volkswirtschaften einer allmählichen Rückkehr zu Wachstum fortgeschrittener gewichen. Der weltwirtschaftlichen Kontraktion im Schlussquartal 2008 und in den ersten drei Monaten des Jahres 2009 folgte im zweiten und dritten Vierteljahr wieder ein positives Wachstum. Die konjunkturelle Belebung wurde durch die stimulierenden Maßnahmen, die seit Beginn der Rezession vonseiten der Geld- und der Finanzpolitik ergriffen wurden, aber auch

durch eine Verbesserung des Verbraucher- und Unternehmensvertrauens begünstigt. Die Rückkehr der globalen Wirtschaftsentwicklung auf den Wachstumspfad ging auch mit einer Erholung des Welthandels einher. Die jüngsten indikatorbasierten Angaben deuten auf eine weitere Expansion der Weltwirtschaft hin.

Die globalen Inflationsraten lagen unterdessen weiterhin auf niedrigem Niveau.

Während die Weltwirtschaft nunmehr deutliche Anzeichen eines Austritts aus der Rezession aufweist, ist auch der internationale Handel, der einen beispiellosen und synchron verlaufenden Einbruch zu verkraften hatte, zu positivem Wachstum zurückgekehrt.

Die jüngsten Daten deuten darauf hin, dass die Weltwirtschaft auf den Wachstumspfad zurückgekehrt ist, wenngleich der Grad der Synchronizität in den wichtigen Wirtschaftsräumen schwächer ausgeprägt ist als während des Abschwungs.

Die globalen Konjunkturaussichten sind weiterhin mit hoher Unsicherheit behaftet. Die konjunkturellen Chancen und Risiken bleiben weitgehend ausgewogen. Es bleibt abzuwarten, welche (nachhaltigen) Auswirkungen die laufenden umfangreichen gesamtwirtschaftlichen Konjunkturprogramme und andere wirtschaftspolitische Maßnahmen stärkere Auswirkungen haben. Das Vertrauen in den Aufschwung kann weiter zunehmen und der Außenhandel könnte sich schneller erholen als projiziert. Andererseits bestehen weiterhin Bedenken aufgrund erneuter Preissteigerungen bei Öl und sonstigen Rohstoffen, sich verstärkenden Protektionismusbestrebungen sowie der Möglichkeit von erneuten Instabilitäten im Finanzsektor.

Insgesamt gehen wir davon aus, dass die wirtschaftliche Erholung in 2010 eher moderat ausfällt. Der Immobilienmarkt wird global weiterhin ein Belastungsfaktor bleiben.

Regionalwirtschaftliche Entwicklung

Nach dem massiven Einbruch im Frühjahr 2009 hat sich die Geschäftslage vieler Unternehmen in der hiesigen Region inzwischen wieder moderat verbessert. Die durchschnittliche Produktionsauslastung stieg im letzten Quartal 2009 gegenüber dem ersten Quartal 2009 an, sie liegt aber immer noch deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt. Parallel zu den Umsatzrückgängen hat sich die Ertragslage der Unternehmen nicht gebessert.

Die Bauwirtschaft scheint von den Mitteln des Konjunkturpaketes II profitieren zu können. Die Geschäftssituation im Handel erweist sich als stabil. Gleiches gilt auch für das Ernährungsgewerbe.

Die Geschäftserwartungen der Unternehmen haben sich zum Jahreswechsel 2009 / 2010 im Vergleich zum Umfragestand Herbst 2009 verbessert. Die Exporterwartungen bleiben weiter verhalten. Ob die Erwartung, dass 2010 „besseres Geschäftsjahr wird als 2009“ zu einer erhöhten Investitionsbereitschaft der Unternehmen führen wird, muss aktuell noch in Zweifel gezogen werden. Den Schwerpunkt der Investitionen erwarten wir im Bereich der Ersatzbeschaffung sowie der Produkt- und Verfahrensinnovationen und außerdem bei der Rationalisierung. Dementsprechend gehen wir von negativen Beschäftigungsplanungen aus. Aufgrund der Unsicherheiten in Bezug auf Inlands- und Auslandsnachfrage, auf Energie- und Rohstoffpreise sowie auf die Arbeitskosten erwarten wir per Saldo negative Beschäftigungszahlen. Flexible Arbeitszeitmodelle und insbesondere die massive Ausweitung der Kurzarbeit haben die Anpassung am hiesigen Arbeitsmarkt unseres Erachtens hinausgeschoben.

Public-Leasing

Trotz der erheblichen weltwirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Verwerfungen verlief das Public-Leasing-Geschäft 2009 letztlich im Ergebnis stabil.

Unverändert konnten wir unseren größten Kunden von den Vorteilen des Public -Leasing-Verfahrens überzeugen, das eine Integration von Bau- und Finanzdienstleistungen darstellt. Dies sorgte für Wachstum und Beschäftigung bei der WFG.

Seit nunmehr 6 ½ Jahren musste keine Insolvenz beklagt werden. Allerdings war auch in keinem der Geschäftsjahre seit 2003 die Aufgabe für die Geschäftsführung so anspruchsvoll wie im Jahr 2009. Zahlreiche Leasing-Kunden waren akut von Insolvenz bzw. Liquiditätsproblemen bedroht. Die Anzahl der Kunden, die die WFG mit Umfinanzierungen, Stundungen, Tilgungsaussetzungen und dergleichen unterstützend begleiten musste, war somit im Jahr 2009 höher als in den Vorjahren. Per Ende 2009 ist es jedoch gelungen, diese Leasingnehmer zu stabilisieren.

Dauerhaft problematisch war unverändert ein Leasingengagement, bei dem wir die erste Hälfte des Engagements bereits im Geschäftsjahr 2007 abgegeben haben. Das Engagement erfordert eine ständige und hohe Aufmerksamkeit, da Zahlungsverzögerungen permanent auftreten. Bereits zur Mitte des Jahres 2009 haben wir diesen Kunden darüber informiert, dass wir eine Prolongation des Ende 2009 auslaufenden Vertrages nicht vornehmen wollen. Trotz dieser frühzeitigen Ankündigung aus unserem Haus hat der Leasingnehmer die Kreditablösung zum 31.12.2009 nicht vollziehen können. Das Engagement wurde um zunächst 3 Monate bis zum 31.03.2010 verlängert.

In mehreren weiteren Engagements, die die WFG in den letzten Jahren mehrfach und intensiv beschäftigt haben, sind auch im Jahr 2009 Zahlungsrückstände aufgetreten.

Allerdings wurden uns diese frühzeitig avisiert. Plantreuder vorgelegten Finanzvorhersage erfolgte vielerorts eine Tilgung der Stundungsbeträge. An dieser Stelle darf nicht außer acht gelassen werden, dass die WFG für diese gestundeten Beträge auch Verzugszinsen liquidieren konnte, die sich als ergebnistragend erwiesen haben. Gleichwohl ist die WFG bemüht, ihren Leasingnehmern möglichst wenig Beträge zu stunden. Im Übrigen ist es allerdings als wirtschaftsfördernd anzusehen, wenn die Gesellschaft z.B. einem Unternehmen zur Seite steht, mit dem sie im Jahr 2004 ein Leasingengagement eingegangen ist und dessen größter Kunde (Automobilzulieferer) ein Insolvenzverfahren durchlaufen musste. Dieses Unternehmen, das in Eschweiler angesiedelt ist, ist somit unverschuldet in liquiditätstechnische Not geraten und die WFG hat wesentlich zur Stabilisierung der Liquiditätssituation beigetragen.

Im Jahr 2009 hat – wie bereits eingangs dargestellt – unser größter Kunde Wachstumsinvestitionen am Standort Alsdorf vorgenommen.

Insgesamt ist jedoch festzustellen, dass Produktionskapazitäten im hiesigen Wirtschaftsraum tendenziell unterausgelastet sind und Erweiterungsinvestitionen im Jahr 2009 eher zur Ausnahme gehörten.

Mit einem in Eschweiler angesiedelten Unternehmen, das im Bereich der Nahrungsmittelindustrie bzw. im Handelsbereich mit Nahrungsmitteln angesiedelt ist, haben wir aber im Jahr 2009 eine Erweiterungsinvestition vorgenommen, die im 1. Quartal 2010 fertig gestellt und endabgerechnet wurde.

Für die Zukunft erwarten wir, dass die Nachfrage nach Erweiterungsinvestitionen bzw. Leasingprojekten eher zurückhaltend sein wird. Mehrfach genügten Leasinginteressenten in Bezug auf ihre wirtschaftlichen Stärken unseren Anforderungen nicht, so dass wir Anträge ablehnten.

Das in den letzten Jahren oftmals problembehaftete Engagement mit einem Bäckerei-Spezial-Unternehmen hat sich nachhaltig konsolidiert und endproblematisiert. Das Unternehmen realisiert zur Zeit einen Erweiterungsbau. Diesen zu begleiten hat die WFG jedoch abgelehnt.

Fazit für den Public-Leasing-Bereich :

Das Geschäftsfeld erweist sich im Berichtsjahr als stabil. Das Neugeschäft war aufgrund der Kundenloyalität unverändert positiv. Die WFG erwartet sowohl aus risikopolitischen Überlegungen als auch aus volkswirtschaftlichen Überlegungen heraus, dass die Nachfrage in den kommenden zwei

Jahren nach Neubauvorhaben eher als verhalten einzustufen ist. Wir sind unverändert darum bemüht, die bestehenden Engagements zu stabilisieren und bestehende Risiken abzubauen.

Vermietung und Verpachtung

Der Geschäftsbereich Vermietung von Betriebsgebäuden ist bei der WFG sowohl durch gezielte Investitionen unseres Hauses entstanden wie auch dadurch, dass im Anschluss an Insolvenzen von Leasingunternehmern die WFG von ihrem Aussonderungsrecht Gebrauch gemacht hat und die Objekte in den eigenen rechtlichen und wirtschaftlichen Bestand übernommen hat.

Die Entscheidung, Büro- und Gewerbeimmobilien ins Portfolio zu übernehmen, muss vor allem im gesamtwirtschaftlichen Kontext gesehen werden. Da die Insolvenzen jeweils zeitlich nah nach der Fertigstellung der Immobilie eingetreten sind, wiesen die Leasingnehmer noch hohe Verbindlichkeiten gegenüber der WFG auf bzw. diese hatte vergleichsweise hohe Forderungen (gemessen am Ursprungsinvest) an die (insolventen) Leasingnehmer. In dieser kritischen Zeit der Anfangsjahre sind Gewerbeimmobilien allzumeist nicht zu Werten veräußerbar, die sich erfolgsneutral in Höhe der Restforderungen ergeben müssten. Daher hatte sich die WFG in den jeweiligen Fällen entschlossen, die Objekte (schadensminimierend) nicht zu desinvestieren, sondern zuvermieten.

Die WFG verfügt im Berichtszeitpunkt Ende 2009 über insgesamt 5 fertig gestellte Gewerbeimmobilien auf Mietvertragsbasis sowie ein Objekt als Anlage im Bau. 3 dieser vorgenannten Objekte stammen aus den zuvor beschriebenen Insolvenzfällen im Leasingbereich. Im Jahr 2009 ist es abermals gelungen, dieses Geschäftsfeld zu stabilisieren. In Bezug auf die Geschäftsfeldentwicklung ist der Break-Even-Punkt erreicht.

Die Objekte werden nun im Einzelnen in alphabetischer Reihenfolge vorgestellt:

- ALARIS I und ALARIS II

Abermals hat der Konzern umfirmiert. Er firmierte zwischenzeitlich unter CARDINAL HEALTH GERMANY. Nunmehr lautet die Bezeichnung: CARE FUSION. Aus diesem Kunden erwirtschaften wir mehr als 50 % unserer gesamten Mietumsätze. Das Verhältnis zwischen WFG als Vermieterin und Mieter ist unverändert problemlos. Das Objekt erweist sich in Bezug auf Umsatz und Ertrag als äußerst zuverlässig und liefert attraktive Renditen.

- KuK Monschau

Das Objekt „Kunst- und Kulturzentrum, Monschau“ (KuK) entwickelt sich im Berichtsjahr weiterhin planmäßig. Das Objekt erreicht unverändert nicht die Gewinnschwelle und belastet die Jahresergebnisse der WFG. Dies wird auch zukünftig der Fall sein. Inzwischen haben wir die Rückzahlungsanforderungen von Seiten der Bezirksregierung bzw. von Seiten des Wirtschaftsministeriums, die sich aus einem Prüfungsbericht der NRW.Bank ergaben, erfolgreich abgewehrt. In der streitbefangenen Angelegenheit verweisen wir auf die übrige Kommentierung zu den sonstigen betrieblichen Erträgen, die sich aus der Auflösung einer entsprechenden Rückstellung ergeben haben.

- PCB

Die Immobilie PCB ist eine Spezialimmobilie, die so gut wie ausschließlich nur von Leiterplattenherstellern genutzt werden kann. Aufgrund der gegebenen Kundenabhängigkeit war die WFG im Jahr 2009 bereit, das Unternehmen Wi-KA abermals zu „stützen“. Das Unternehmen ist der Nachnutzer unseres insolventen Leasingnehmers PCB. Die Wi-KA hat bereits in der Vergangenheit ein Insolvenzplanverfahren zur Mitte dieses Jahrzehnts erfolgreich durchlaufen. Allerdings erwies es sich im Jahr 2009 abermals als erheblich krisenanfällig. Die geschäftsführenden Gesellschafter mussten im Verlauf des Jahres 2009 wesentliche Gesellschafteranteile an einen Erwerber abgeben. Im Rahmen dessen wurde auch der Mietvertrag modifiziert. Die Anpassung der

Miethöhe war erforderlich, um dem Unternehmen über Kostenentlastungen eine Zukunft zu geben und die hiermit zusammenhängenden Arbeitsplätze am Standort Baesweiler zu erhalten. Insgesamt erweist sich das Objekt als nicht wertsteigernd.

- SCHORNSTEIN

Dieses Objekt trägt seinen Namen vom ehemaligen Leasingnehmer. Inzwischen beherbergt es ein Gießerei-Fachunternehmen, das seit Mitte 2006 dort von uns angesiedelt wurde. Auch bei diesem Unternehmen beobachten wir eine schwierige Phase ab dem Jahresbeginn 2009 bis zum Ende des 3. Quartals 2009. Das Unternehmen ist im Zulieferbereich der Fahrzeug- und Automobilindustrie anzusiedeln und kann sich dementsprechend nicht von gesamtwirtschaftlichen und globalen Entwicklungen lösen.

Inzwischen sind wir optimistisch, dass die Krise überwunden ist und das Unternehmen wieder zu gewohnter Zahlungstreue im Mietbereich zurückfindet. Insgesamt ist das Objekt defizitär. Die WFG hat erhöhtes Interesse daran, dieses Objekt aus ihrem Bestand zu desinvestieren, da es die Gewinn- und Verlustrechnung der WFG belastet. Möglicherweise ist der aktuelle Mietkunde daran interessiert, das Objekt im Rahmen des Public-Leasing-Verfahrens zu übernehmen. Hierüber werden in 2010 entsprechende Verhandlungen geführt werden.

- SUNIX

Auch dieses Objekt ist in seiner Arbeitsbezeichnung nach der Firmierung des ehemaligen Public-Leasing-Nehmers benannt. Es wird von zwei Nutzern angemietet, einer Großhandelsfirma für Sanitärbedarf sowie einem überörtlich tätigen Ingenieurbüro, das sich auf Projekte im Bereich der technischen Gebäudeausstattung von Gewerbe- und Wohnimmobilien spezialisiert hat. Die Mietverhältnisse sind als unproblematisch einzustufen, die Mieter erweisen sich als zuverlässig. Auch dieses Objekt trägt nicht zur Steigerung des Unternehmenswertes bei.

Darüber hinaus hat die WFG in 2009 in Abstimmung mit den Aufsichtsgremien bzw. mit der Belegenheitskommune ein neues Vermietungsobjekt im Gesamtvolumen von über 3 Mio. € projektiert und mit der Realisierung begonnen. Konkret handelt es sich um den Kauf eines bestehenden Objektes im Volumen von rd. 1.000 qm Bürofläche. Im Zuge der Erweiterungsmaßnahme sollen weitere 1.000 qm durch Aufstockung des Bestandsgebäudes realisiert werden. Mieter des Objektes wird ein bedeutender Arbeitgeber im Bereich Eschweiler / Stolberg sein. Hierbei handelt es sich um die Europa- und Asien-Zentrale eines im Bereich der Medizinzuliefertechnik agierenden internationalen Herstellers. Das Objekt wird für 10 Jahre an diese Gesellschaft vermietet. Im Anschluss an diesen 10-Jahres-Vertrag wird sich die WFG aus dem Engagement in jetzt schon definierter Weise zurückziehen und es entweder an den Mieter oder an eine andere Gesellschaft veräußern. Die entsprechenden Notarverträge, die diesen Veräußerungsvorgang sicherstellen, sind bereits unterzeichnet.

Fazit für den Geschäftsbereich Vermietung:

1. Alle Objekte befanden sich während des kompletten Jahres 2009 im Status der Vollvermietung.
2. Die Mietverträge weisen insgesamt mittlere Laufzeiten auf.
3. In Bezug auf das Jahresergebnis ist das Geschäftsfeld „Vermietung“ im Jahr 2009 nicht Ergebnis belastend.

Das Objekt Connex, Krefelder Straße 22 – 26, Würselen, ist inzwischen kein Vermietungsobjekt der WFG mehr. Gleichwohl hat dieses Objekt unverändert Auswirkungen auf die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung der WFG. Die WFG hat für das Objekt eine Abbruchverpflichtung. Die Erwerberin, eine kommunale Entwicklungsgesellschaft, hat aus dem Kaufvertrag heraus das Recht, die WFG zum Abbruch zu verpflichten. Aufgrund der Mietsituation, die im 2. Halbjahr 2009 in diesem Objekt eingetreten ist, macht die kommunale Entwicklungsgesellschaft von diesem Recht Gebrauch. Die WFG hat dienstleistend für diese kommunale Gesellschaft das Objekt entmietet und zum Jahreswechsel 2009 / 2010 alle erforderlichen technischen und kaufmännisch-administrativen

Maßnahmen ergriffen, um das Objekt niederzulegen und somit ihrer Verpflichtung nachzukommen. Nach heutigem Kenntnisstand entsprechen die Abbruchkosten dem Rückstellungsbetrag.

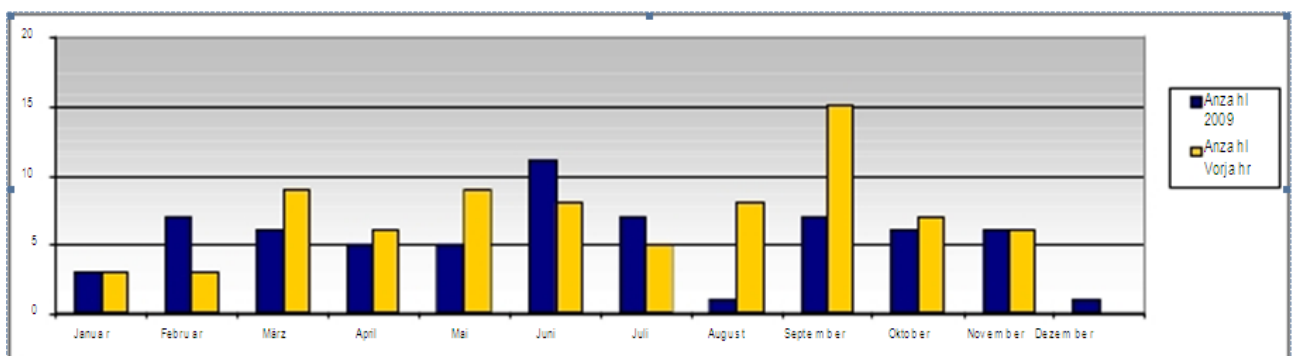
In den vorangegangenen Erläuterungsabschnitten wurde die Lage der Gesellschaft beschrieben, wie sie sich aus den Investitionen der WFG ergibt. Außer Investitionen für das eigene Immobilienportfolio ist die WFG darüber hinaus auch dienstleistend für externe Auftraggeber tätig.

Im Geschäftsjahr 2009 ergab sich insgesamt ein Rekordwert in Bezug auf das von uns betreute Bauvolumen. Hierüber informiert die nachstehende Übersicht.

	Volumen	Ende
GIF VII	2,6 Mio. €	06/09
GIF Büro IV Erweiterung	1,1 Mio. €	06/09
GIF VIII	3,0 Mio. €	08/09
Sanierung GS Steckenborn	1,0 Mio. €	12/09
ASIA EURO II	1,4 Mio. €	12/09
Westpharma	3,2 Mio. €	03/10
Rettungswache	2,0 Mio. €	08/10
OGATA Roetgen	6,0 Mio. €	10/11
Summe:	20,3 Mio. €	

Im Bereich der An- und Umsiedlungsanfragen bearbeitete die WFG im Jahr 2009 mehr als 90 allgemeine Standortanfragen. Es kann somit ein leichter Anfragenrückgang konstatiert werden (Folie 1 „Anzahl der Anfragen“), der bei der derzeitigen Weltwirtschaftskrise zu erwarten war.

Folie 1: Anzahl der Anfragen

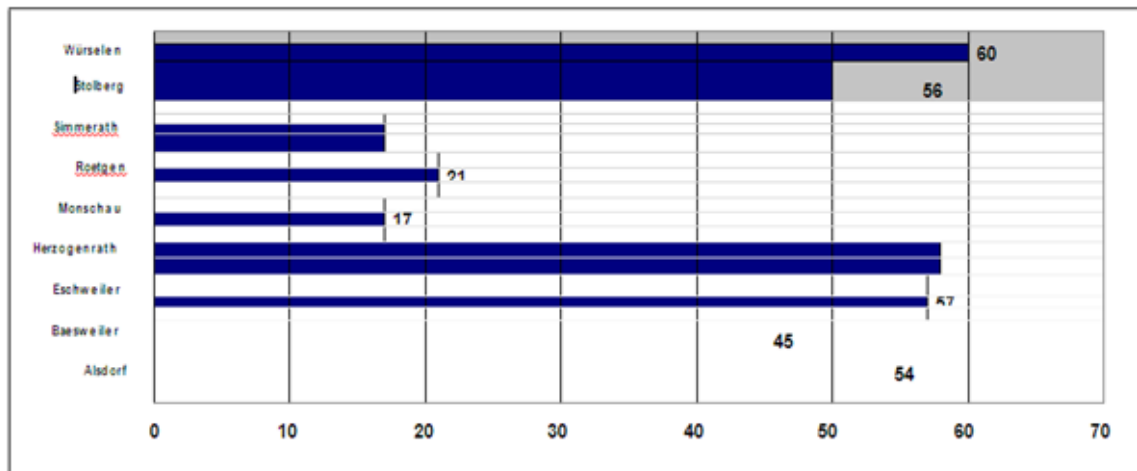


Ebenso wie im Jahr 2008 dominieren Umsiedlungsgesuche von anfragenden Unternehmen, die noch nicht hier vor Ort ansässig sind. Dies ist positiv für Wachstum und Beschäftigung. Durch Zuwanderung von außen profitiert der Standort.

Standorte mit guter BAB-Anbindung und guten infrastrukturellen Voraussetzungen sind bei den Interessenten besonders gefragt (Folie 2 „Nachfragehäufigkeit bei Kommunen“). Die Städte Würselen, Herzogenrath und Eschweiler bilden daher bei der Nachfragehäufigkeit der Kunden die Top 3.

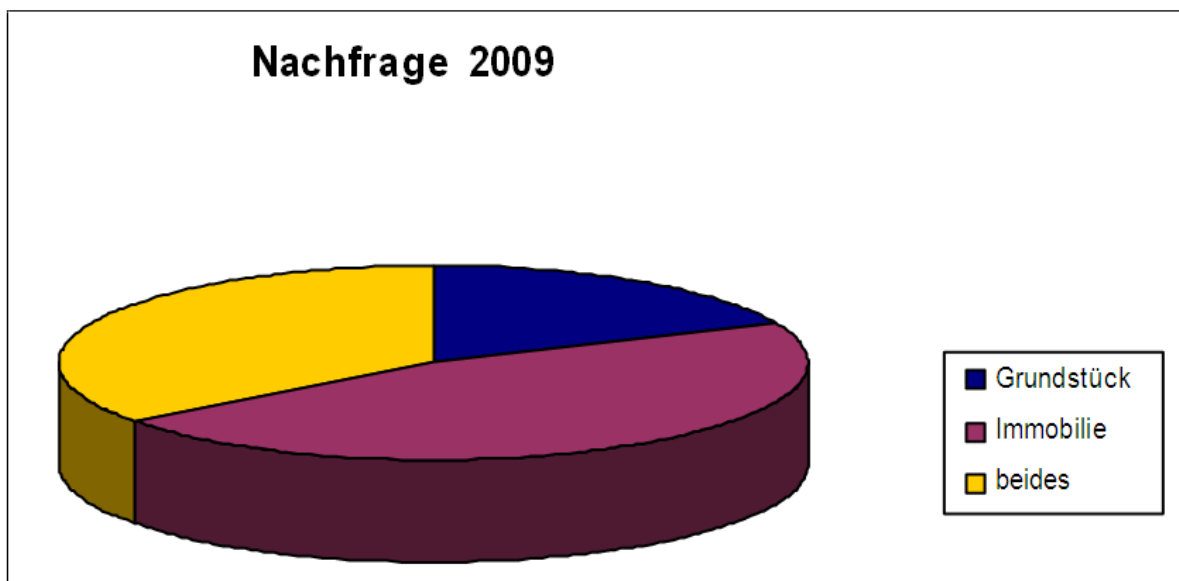
Die Nachfragehäufigkeit nach den drei Eifelstandorten ist bei WFG-Anfragen erstmalig seit langer Zeit wieder ansteigend. Roetgen führt diese mit 32 % der anfragende Interessenten für den Standort Eifel an und profitiert dabei von der Nähe zur Stadt Aachen im Vergleich zu den übrigen Eifelstandorten. Monschau und Simmerath steigerten sich beide auf jeweils 26 % der Unternehmensanfragen.

Folie 2: Nachfragehäufigkeit bei Kommunen



Ähnlich wie in den Vorjahren recherchieren wir für die meisten Anfrager nach schlüsselfertigen Bestandsobjekten. Insgesamt suchten 46 % ausschließlich nach einer Standortlösung in einem Bestandsobjekt (Folie 3 „Anfrage nach:“). Der Anteil derer, die nur ein Grundstück suchen, liegt bei 18 %.

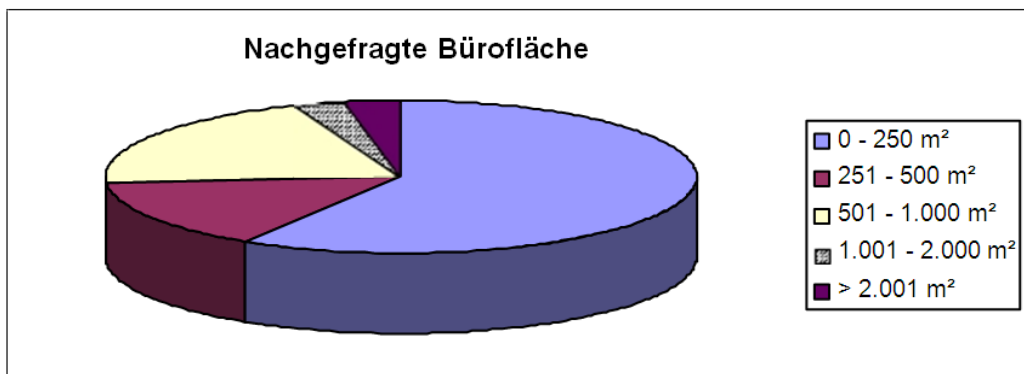
Folie 3: Anfrage nach...



Die Auswertung der Wirtschaftspresse zeigt, dass Kosteneinsparungsstrategien in 2009 das überragende Thema sind. Das macht sich bei den Nachfragen bemerkbar.

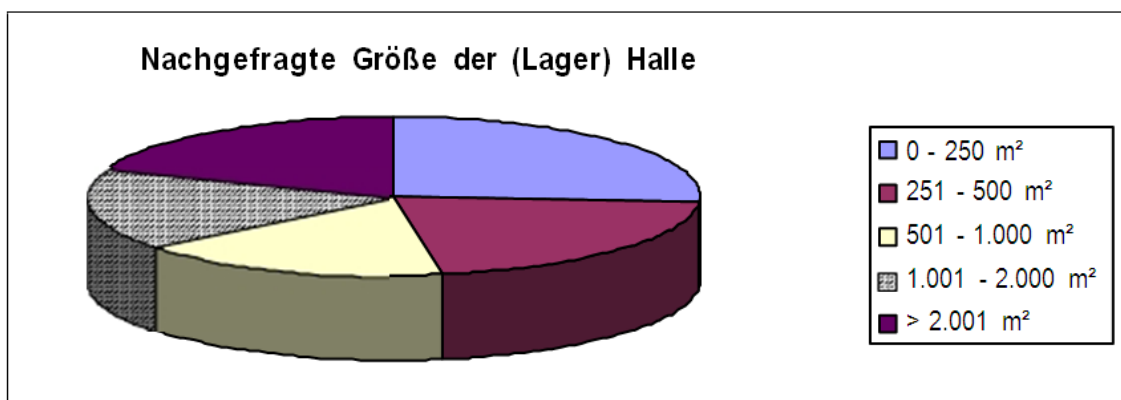
Im Büroflächenmarkt zielen die Anfragen weiterhin primär auf Büroflächen in einer Größenordnung bis zu 250 m² (Folie 4 a „Größe der Immobilie“) - ein Trend, der die Entwicklung der letzten Jahre bestätigt und der sicherlich auf die steigende Technisierung der Arbeitsplätze zurückzuführen ist. Büroflächen bis 1.000 m² erhalten ebenfalls eine nennbare Nachfrage, die Anfragenanzahl nach größeren Büroflächen ist im Vergleich zu der genannten Größe jedoch marginal.

Folie 4a : Größe der Immobilie, Büro



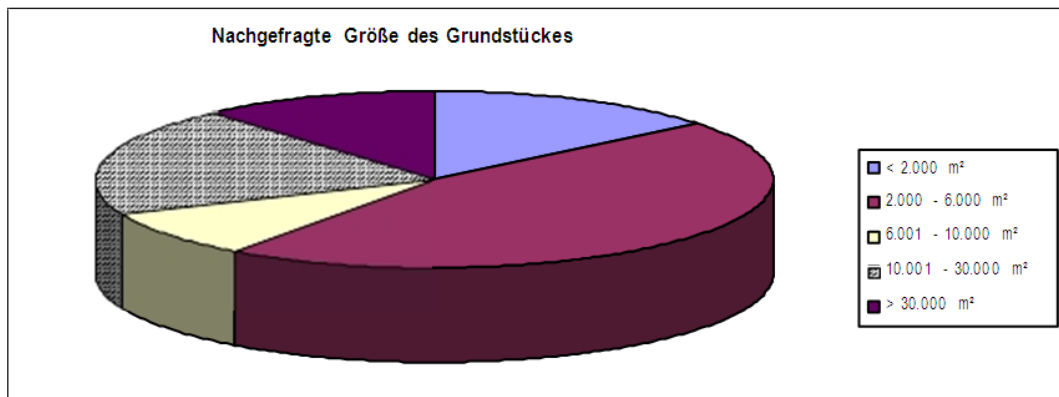
Im Bereich der Hallenflächennachfrage stellt sich die Situation (entgegen dem Trend der Vorjahre) ähnlich wie im Büromarkt dar. Insbesondere kleine Hallenflächen bis 250 m² bzw. bis 500 m² werden nachgefragt. Im zweiten Halbjahr des Berichtszeitraums wurden aber auch wieder größere Hallenflächen nachgefragt. Die Nachfrage von Hallen in der Größenordnung von 500 m² bis > 2.000 m² ist nahezu identisch.

Folie 4b: Nachgefragte Größe der Immobilie, Halle



Bei den gesuchten Grundstücksgrößen können wir größtenteils den Trend des letzten Jahres bestätigen. Es wurden vornehmlich Flächen in der Größenordnung 2.000 – 6.000 qm angefragt. Erwähnenswert ist zudem die Nachfrage nach Flächen in der Größe von 10.000 m² - 30.000 m². (Folie 5 „Größe des Grundstücks“)

Folie 5: Nachfrage Größe des Grundstücks

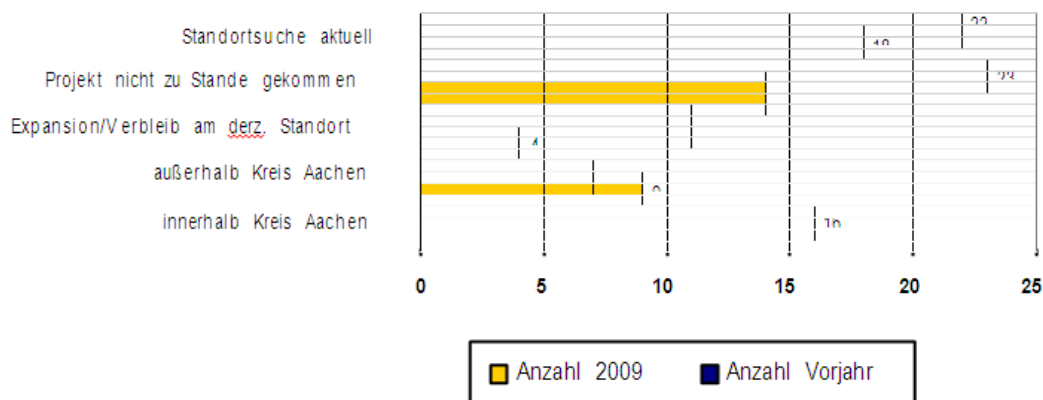


Sowohl bei Bestandsimmobilien als auch bei Gewerbegrundstücken sind die im Jahr 2009 angefragten Größen insgesamt rückläufig im Vergleich zu den Vorjahren, was ein eindeutiges Zeichen für die derzeitige Rezession ist, da die Unternehmen versuchen, sich schlanker aufzustellen. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass wir im Herbst 2008 einen enormen Anfragenanstieg durch den Krisenbeginn hatten, da die Unternehmen im Bereich „Kostenminimierung“ auch neue Standorte untersuchen ließen. Diese Entwicklung war im Herbst 2009 nicht zu beobachten.

Auch in diesem Berichtszeitraum wurden alle diesjährigen Ansiedlungs-, Umsiedlungs- und Erweiterungserfolge innerhalb von Bestandsimmobilien realisiert. Die bisherigen Erfolge resultieren zu einem großen Teil aus Anfragen aus dem Jahr 2008, die wir durch unser gezieltes und beharrliches „Nachfassen“ zu einem positiven Ergebnis bringen konnten. Insgesamt haben wir somit eine „Ansiedlungsquote“ von 30 Prozent erzielt.

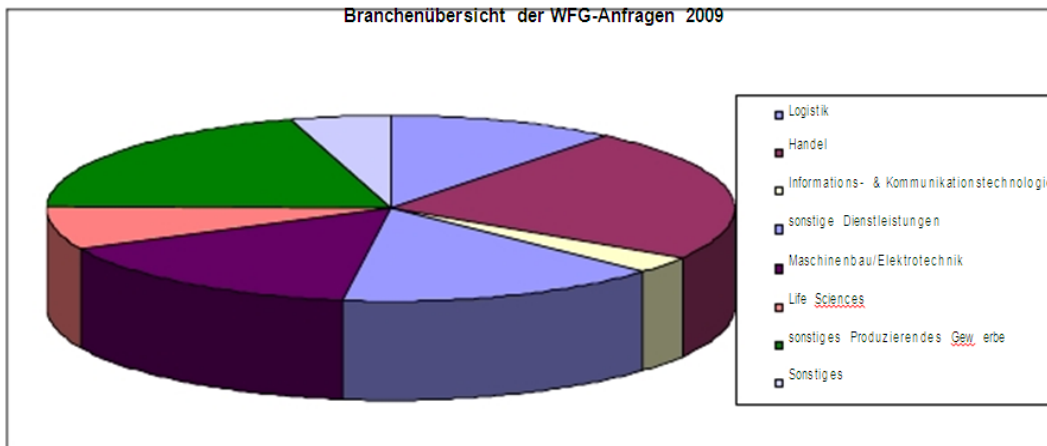
Aus dem Jahr 2009 sind nahezu 28 % der Anfragen noch mit dem Zusatz „offen“ versehen. Die Unternehmen sind unsicher und treffen eher keine grundlegenden Entscheidungen, aus Angst, eventuell die falsche Entscheidung zu treffen. Dies zeigt auch insbesondere die hohe Anzahl der nicht zu Stande gekommenen Projekte von mehr als 20 %. (Folie 6 „Standortentscheidung“)

Folie 6: Standortentscheidung



Die hauptanfragende Branche im Berichtszeitraum war der Handel mit 23 % aller an uns gerichteten Anfragen. Darüber hinaus wurde aus dem Branchenfeld „sonstiges Produzierendes Gewerbe“ (20 % Prozent der Gesamtanfragen) Standortrecherchen stark nachgefragt (Folie 7 „Branchenübersicht der WFG-Anfragen“).

Folie 7: Branchenübersicht



Erfolge:

Ein Internetportalentwickler, den wir im Januar 2008 im Gewerbegebiet „Aachener Kreuz“ in Würselen auf ca. 1.600 qm Bürofläche angesiedelt haben, expandiert weiter. Der Marktführer im Bereich Onlineportalerstellung für die Reisebranche hat seit April 2009 weitere 410 m² angemietet. Mit dem Ausbau des Standorts in Würselen gingen selbstverständlich Neueinstellungen einher. Seit Bezug der Büroflächen sind nunmehr 30 weitere Arbeitsplätze geschaffen worden. Das Unternehmen weist insgesamt eine Gesamtmitarbeiteranzahl von 360 vor.

Ebenfalls im früheren Gebäude von Maxdata/manulogs in Würselen hat die WFG ein Industrieberatungsunternehmen angesiedelt, das sich auf die Metallindustrie spezialisiert hat. Die Aktiengesellschaft ist dabei in zwei Tätigkeitsfeldern aktiv - der Bereich Beratung (also Business Consulting) und der Bereich Produktionsmanagementsysteme, also die Entwicklung Software-gestützter Lösungen zur Produktionsplanung und -steuerung. Mit seinem innovativen Optimierung der Produkt ist das

Unternehmen führend in der Aluminium- und Kupferindustrie und zählt namhafte Firmen wie Thyssen Krupp, Hydro Aluminium und Aurubis – die übrigens Werke und Beteiligungen in Stolberg haben – zu seinem Kundenstamm. Das derzeit 40 Mitarbeiter beschäftigende Unternehmen plant kurzfristig eine Belegschaftsaufstockung auf 50 Arbeitnehmer. Die neuen Büroflächen weisen eine Größe von ca. 1.400 m² vor.

Seit September 2009 hat eine Tochter des Bertelsmann-Konzerns 14.000 m² Logistikfläche am Standort Würselen angemietet und zudem eine Option für die Anmietung der verbleibenden ca. 9.000 m² Lagerfläche in dem Objekt. In der früheren Maxdata-Immobilie werden verschiedene Logistik-Dienstleistungen für internationale Kunden abgewickelt. Am neuen Standort werden ca. 120 bis 160 Mitarbeiter eingesetzt.

Insgesamt sind somit die Bemühungen der WFG, geeignete Nachfolgenutzungen für den seit der Insolvenz der manulogs/maxdata im Jahr 2008 verwaisten Gebäudekomplex zu finden, von Erfolg gekrönt worden.

Im Vario-Park in Würselen erweiterte ein Spezialist für Industrieböden, der europaweit agiert, seinen Standort um 600 m².

Ebenso erweiterte ein im Würselener Vario-Park ansässiger Parkettvertriebler seine Ausstellungsflächen.

In der Adenauerstraße im Gewerbegebiet „Aachener Kreuz“ wurde ein Futtermittelhersteller ansässig, der seine Zentrale in Roetgen unterhält. Das Unternehmen gehört zu den führenden Anbietern in den Bereichen Naturkauartikel, Frischfleischfutter und Accessoires für Hunde und Katzen. Im Europark wurden ca. 1.800 m² Hallenfläche zzgl. einer Bürofläche langfristig angemietet.

Ein 2005 gegründetes Unternehmen konnten wir in den Vario Park nach Würselen vermitteln. Das Unternehmen bezog Hallenflächen in der Größenordnung von ca. 2.100 m² zuzüglich ca. 400 m² Bürofläche. Gegenstand des industrieorientierten Unternehmens ist die Entwicklung und der Verkauf von automotiven Komponenten und Testsystemen. Das Unternehmen startete am neuen Standort mit zunächst 20 Mitarbeitern.

Für ein Verpackungsunternehmen konnten ca. 200 m² Lagerfläche am Standort Würselen gefunden werden.

Eine Präzisionsschleiferei erwarb innerhalb des Zwangsversteigerungsverfahrens ein Gewerbeobjekt im Würselener Gewerbegebiet „Am Weihweg“. Damit konnte die weitere Expansion am Standort Würselen realisiert werden. Das Unternehmen stellt Zerspanwerkzeuge sowohl für die Autoindustrie, die Leiterplattenindustrie als auch für den Maschinenbau her.

Ebenfalls in Würselen mietete ein Spezialist für High-end Tuning im Zweiradbereich ab Dezember 2009 Hallenflächen im Gewerbegebiet „Am Weihweg“ an.

Des Weiteren bezog ein Ingenieurbüro für Inspektionssoftware zu Beginn des Jahres 2010 mit 9 Mitarbeitern neue Büroflächen im Objekt Europark im Gewerbegebiet Aachener Kreuz.

Am Standort Alsdorf Gewerbepark „Aachener Land“ hat sich auf einer Fläche von ca. 2.200 m² ein Unternehmen, das insbesondere Hersteller von Reifen, andere Automobilzulieferer, sowie Unternehmen in der Photovoltaikindustrie mit Laseranlagen zur Oberflächenbehandlung beliefert, angesiedelt. Derzeit sind dort 25 Mitarbeiter beschäftigt.

Ebenfalls am Standort Gewerbepark „Aachener Land“ konnte die WFG ca. 500 m² Hallenfläche für einen Maschinenbaubetrieb akquirieren. Das Unternehmen stellt Separationsmaschinen für die Fest-Flüssigtrennung, insbesondere für die Feinsiebtechnik, her. Die derzeitige Mitarbeiterzahl von 16 soll im Laufe des Jahres erhöht werden.

Ebenfalls konnte für den Gewerbepark Alsdorf ein Anlagen- und Maschinenbauunternehmen aus Jülich angesiedelt werden. Das Anfang 2008 gegründete Unternehmen ist im Bereich Steuerungstechnik, Antriebstechnik, Prozess- und Verfahrenstechnik sowie in der Automatisierungstechnik international tätig. Gemeinsam mit den 5 Mitarbeitern agiert das Unternehmen in Alsdorf auf ca. 200 m² Hallen- und einer kleineren Bürofläche.

Im Baesweiler Gewerbegebiet wurde ein Zerspanungstechnikunternehmen in einem Bestandsobjekt ansässig. Das Unternehmen ist im Bereich der Metall- und Kunststoffbearbeitung tätig. Als Lohnfertiger hat man sich auf Kleinserien und Einzelteillfertigung spezialisiert. Zum Kundenkreis gehören internationale Automobilhersteller, Entwicklungsfirmer, Hersteller von Vakuumkomponenten und Kompressoren, Leuchtmittelhersteller, und unterschiedlichste Institute aus Forschung und Lehre.

Ebenfalls am Standort Baesweiler wurde ein Unternehmen im Internationalen Technologie und Service-Center (its) Baesweiler angesiedelt. Die Firma bringt unter Zuhilfenahme von Kohlendioxid (CO₂) natürliche Mineralstoffe wie Kalzium oder Magnesium in Trinkwasser so in Lösung, dass ein dem natürlichen Mineralwasser ähnliches Getränk entsteht. Das Unternehmen beschäftigt 4 Mitarbeiter.

Des Weiteren wurden drei Wiedernutzungen aus dem Bestand Gewerbeimmobiliendatenbank der WFG am Standort Baesweiler realisiert.

Am Standort Herzogenrath eröffnete Ende März 2009 eine neue 710 m² große Filiale eines Textileinzelhandelsunternehmens in der Roermonderstraße, Stadtteil Kohlscheid. Am Standort werden 8 Mitarbeiter beschäftigt. Es handelt sich dabei um eine Standortanfrage aus dem Jahr 2008, die im Jahr 2009 realisiert wurde.

Ebenfalls in Herzogenrath, am Standort Merkstein, wurde eine 500 m² große frühere LIDL-Filiale in Wiedernutzung durch ein Sozial-Gebrauchtwarenkaufhaus gebracht.

Im Gewerbegebiet „Boscheler Berg“ in Herzogenrath erwarb ein Unternehmen eine Bestandsimmobilie, die zuvor mehrfach als Autohaus genutzt wurde. Das 1995 gegründete Unternehmen war bisher in Baesweiler verstandortet und beschäftigt derzeit 18 Mitarbeiter. Die drei Hauptgeschäftsfelder setzen sich zusammen aus Klimaanlage- und -geräte, Druckentlastungs- und Rückschlagklappen sowie Brandschutz.

Im Stolberger Gewerbepark „Hamm Mühle“ wurden positive Vermietungsmeldungen bewirkt. Ein Speditions- und Logistikunternehmen mietet dort Hallenflächen in der Größenordnung von ca. 2.500 m² an.

Für ein seit Januar 2006 am Markt befindliches Unternehmen, das Produkte für Haustiere bisher am Standort Aachen herstellte, konnte ein Standort in Stolberg gefunden werden. Für das 10 Mitarbeiter starke Unternehmen konnte durch das Gewerbeimmobilienportal der WFG eine passende Immobilie am Standort Stolberg recherchiert werden. Der mehrjährige Mietvertrag wurde im September 2009 unterzeichnet.

Ebenfalls konnte durch das Gewerbeimmobilienportal der WFG ein Bestandsobjekt im Gewerbegebiet Königsbenden am Standort Eschweiler vermittelt werden. Das Unternehmen wird dort mit 4 Mitarbeitern agieren. Der Schwerpunkt der Fachgroßhandlung ist der Vertrieb sämtlicher Artikel aus dem weitläufigen Bereich der Reinigung.

Ein Unternehmen aus dem Bereich digitaler Druckplatten bezog Mietflächen im HIMO am Standort Monschau. Des Weiteren gehört die Produktion und Bildbearbeitung komplexer Designs zum Aufgabenspektrum.

Gewerbeimmobilienportal

Seit April 2009 unterstützen wir das regionale Standortmarketing durch ein innovatives Gewerbeimmobilienportal, das wir bereits auf die städteregionale Perspektive ausgerichtet haben.

Der Standortsuchende kann sich schnell und komfortabel einen Überblick über die Gewerbeimmobilienangebote der Region verschaffen. Darüber hinaus können Standortinformationen, die aus unserer Erfahrung wichtig für einen suchenden Unternehmer sind, direkt abgefragt werden. Diese Standortinformationen, wie beispielsweise der jeweilige Gewerbesteuerhebesatz oder die Lohnstruktur der Region, sind ein Zusatznutzen, den der Kunde in den bisher bestehenden Immobilienportalen, wie Immobilienscout, nicht erhält.

Für den Immobilienanbieter ist das Gewerbeimmobilien-(anbieter)portal aber mindestens genauso interessant. Der Anbieter kann zielgerichtet den für ihn interessanten regionalen Markt bedienen. Wir unterstützen kostenneutral und mit technisch höchster Produktqualität das Marketing der Immobilienwirtschaft der Region Aachen, egal ob es sich beim Anbieter um Privatpersonen, Makler oder Betriebe handelt, die ihr Gewerbeimmobilienangebot hochwertig präsentieren möchten. Es ist für alle Beteiligten kostenlos.

Der Immobilienmarkt hat auf ein derartiges Instrument gewartet. Mehr als 29.500 Klicks und 400 Objektangebote belegen die positive Resonanz, die die WFG bei Präsentationen und Gesprächen vor und mit der regionalen und überregionalen Immobilienwirtschaft erhalten hat. Unter anderem lobte auch die Schweizerische Vereinigung für Standortmanagement das WFG-Projekt im Zuge ihres Awards 2009.

Ein weiteres Zeichen der Portalanerkennung ist, dass die Kreise Düren und Euskirchen das WFG-Portal als „Kopiervorlage“ für die eigene Portallösung verwenden.

Wir sind optimistisch, dass wir mit diesem Produkt die Leerstandszeiten vakanter Gewerbeimmobilien verkürzen können. Die hiesigen Makler äußern sich sämtlich positiv über dieses Angebot, das

- a) eine Nische füllt und
- b) Bedarf abdeckt.

Sonstiges

Weiterhin nehmen wir die Bestandspflegefunktion wahr, indem wir mehrfach Presseberichterstattungen von und mit Unternehmen begleiten, initiieren und organisieren. Dies leisten wir, um die Unternehmen und ihre Produkte der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Damit übernehmen wir quasi die Pressestelle des jeweiligen Unternehmens. Die Unternehmen, die über keine(n) Pressereferent(in) o. a. verfügen und keinen Umgang mit den Medien gewohnt sind, äußern ihren Dank für unsere Dienstleistung.

Ebenfalls konnten wir in der Aachen-Kampagne „Wussten Sie schon, dass...“ Unternehmen der Standorte Herzogenrath, Matricel und HEAD acoustics und Würselen/Aachen Robotex im Jahresverlauf 2009 platzieren. Für das Jahr 2010 haben wir dies ebenfalls für albedo39 aus Monschau, die chemagen Biopolymer-Technologie AG aus Baesweiler und die TravelTainment AG aus Würselen geschafft.

Die WFG hat ihr Know-how und ihre Kontakte aus EU-Projekten für Folgeprojekte eingebracht. Beispielsweise wurden an den Standorten Alsdorf Anna-Gelände und Baesweiler Carl-Alexander-Park mit unseren kommunalen Partnern Projektanträge für Grubenwassernutzungen zur Beheizung von energieintensiven Bestandsobjekten als auch zur Beheizung von noch zu erstellenden energieoptimierten Gewerbeobjekten auf den Weg gebracht. Ein positives Votum zu beiden Projekten des Projektträgers in Jülich wurde in Richtung Ministerium getätigt.

Die WFG ist zudem Kooperationspartner im Create-NRW-Projekt „Economy meets art“ (EMA). Die StädteRegion Aachen hatte unter Federführung der Stabsstelle für Projektentwicklung, Forschung und Gleichstellung gemeinsam mit dem Kunst- und Kulturzentrum in Monschau (KuK), dem landesweit ersten Gründungszentrum für bildende Künstler, das Projekt entwickelt. Das Projekt ist eines von

sieben Preisträgern beim Wettbewerb Create-NRW und wird in den nächsten drei Jahren mit 3,3 Mio. € landesseitig gefördert. Ziel des Projekts ist es, bildende Künstler bei ihrer Existenzgründung zu unterstützen und ihr Potenzial für die Bereiche Standortentwicklung, Wirtschaft und Kulturtourismus zu nutzen. EMA konzentriert sich auf die Beratung und wirtschaftliche Förderung der bildenden Künstler in der Region. Im Rahmen von Veranstaltungen und Workshops sollen die Bedürfnisse der Künstler für einen erfolgreichen Markteintritt skizziert werden. Neben der WFG und dem KuK ist noch das Frauenkulturbüro NRW aus Krefeld Kooperationspartner. Als weiteren assoziierten Kooperationspartner konnte Frau Dr. Mika-Helfmeier das IKOP, Museum für zeitgenössische Kunst, Eupen, gewinnen.

Auf der Expo Real konnte die WFG ihr immobilienwirtschaftliches Netzwerk erweitern und für die Region nutzen. Insbesondere konnte im Bereich Einzelhandel für den Standort Eschweiler eine vielversprechende Kooperation eingeleitet werden. Dabei handelt es sich um die Kooperation zwischen dem Centermanagement des Citycenters in Eschweiler und einem niederländischen Immobilienunternehmen.

Die Zusammenarbeit soll in den Bereichen Centerentwicklung und –management sowie bei Investitionen angegangen werden.

Fazit

Im Berichtszeitraum konnten flächendeckend Erfolge erzielt werden, die aufgrund der schlechten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen besonders zu gewichten sind.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist es erheblich erschwert, einen klaren Blick in die Zukunft für das Geschäftsfeld Regionalmarketing zu werfen. Medial wird ein Anziehen der Wirtschaft vermeldet, was in den Gesprächen mit den Unternehmensvertretern leider nicht allorten bestätigt wird.

Existenzgründungs- und Unternehmensberatung

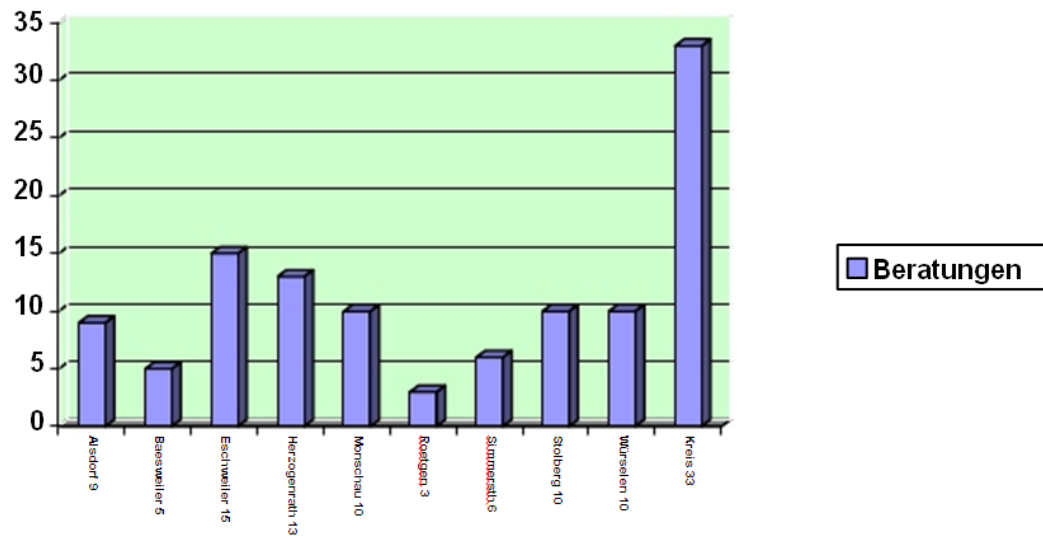
In der Zeit vom 1.1. bis 31.12.2009 wurden 114 Beratungen (Vorjahr: 106) für Existenzgründer und bereits bestehende Unternehmen durchgeführt.

Im Bereich der Gründungsberatung begleiteten wir 25 potenzielle Existenzgründer, davon waren sieben arbeitslos. In der Regel handelte es sich um kleinere Gründungsvorhaben, meist im Dienstleistungsbereich, aber auch im Handwerk und Einzelhandel. Inhalte der Existenzgründungsberatung waren die Erstellung des Gründungskonzeptes sowie Finanzierungs- und Förderungsfragen. Darüber hinaus wurde von unserer Seite den Existenzgründern ein umfassendes Infopaket zur Verfügung gestellt. Im Rahmen der Anbindung an das StarterCenter wurden die Gründer in die geeigneten Gründungsseminare vermittelt, meist in das Basisseminar Existenzia.

90 bestehende Unternehmen nahmen unsere Beratung in Finanzierungs- und Förderungsfragen sowie bei betriebswirtschaftlichen Fragen in Anspruch.

Die Unternehmensfinanzierungen bezogen sich sowohl auf Investitions- als auch auf Betriebsmittelfinanzierungen. Verbunden waren sie in 9 Fällen mit geplanten Betriebsverlagerungen, in 4 Fällen mit Neuansiedlungen in der StädteRegion Aachen und in 3 Fällen mit einer Erweiterung am Standort.

Die Gesamtzahl der Beratungen verteilte sich wie folgt auf die Standorte:



Regionale Zusammenarbeit

Die WFG engagiert sich weiterhin in folgenden Gremien und Arbeitskreisen:

- Arbeitskreis der „GründerRegion“
- „Gründungs- und Wachstumsinitiative“ aus „ac2“ und die damit verbundenen Veranstaltungen und Aktionen
- StarterCenter in der Region, u. a. auch die Vertretung in der Lenkungsgruppe StarterCenter
- Arbeitskreis zur Vorbereitung AUFBRUCH 2009 in Stolberg sowie Mitorganisation und Teilnahme mit Infostand
- Arbeitskreis „Innovationspreis“
- Arbeitskreise „Unternehmenssicherung“ auf regionaler und auf Landesebene
- Vorbereitungsgruppe „Infotag Wiedereinstieg“ in Eschweiler
- Gemeinsame Infoveranstaltung mit der Agentur für Arbeit und der Stadt Stolberg
- Jury „Unternehmerinnenbrief“
- Arbeitskreis „VISION Unternehmerinnenpreis 2010“
- „Zukunftsinitiative Eifel“
- Landesinitiative GO TO SCHOOL, Gründungswerkstatt Realschule Patternhof, Eschweiler.

Der Arbeitskreis „Kommunaler Wirtschaftsförderer“ traf sich im Jahr 2009 zweimal unter Leitung der WFG.

Darüber hinaus ist die WFG in zahlreichen Gesellschafterversammlungen vertreten wie z. B. bei der AGIT, ITS Baesweiler, GeTeCe Eschweiler, IGA Alsdorf oder DLZ Stolberg.

Seminare

Im Jahr 2009 wurden von der WFG folgende Seminare angeboten:

Datum	Seminar	Veranstaltungsort	Dozent(-en)	Teilnehmerzahl
27.01.2009	Arbeitsrecht	Herzogenrath TPH	VUV, Petra Pauli, RA Wilfried Haas	35
27.01.2009	Kostenmanagement	HWK Aachen GründerRegion	Dr. Axel Thomas, WFG	50
03.02.2009	Innovationsgutschein	Monschau HIMO	Prof. Dr. Johannes Gartzten, FH Aachen StädteRegion Aachen, HIMO, WFG	37
10.02.2009	Direktmarketing	Würselen DRK	Prof. Dr. Gerd Wassenberg, FH Gelsenkirchen	20
03.03.2009	Innovationsgutschein	Eschweiler Rathaus	Dr. Axel Thomas, WFG	50
04.03.2009	Aktuelle Beiträge des Landes NRW zur Unternehmenssicherung	Aachen Am Knipp	Dr. Axel Thomas, WFG (zusammen mit S-UBG)	40
12.03.2009	Internet/Suchmaschinenmarketing	Stolberg DLZ	Dr. Alexander Heyn, Neck & Heyn	36
25.03.2009	Kundenzufriedenheitsmessung- Befragungen selbst entwickeln und durchführen	Alsdorf Stadthalle	Prof. Dr. Gert Hoepner, FH Aachen	32
01.04.2009	Inkontinenzberatung / Forum Medizin	Herzogenrath TPH	Dr. med. Ruth Kirschner-Hermanns	82
02.04.2009	Überwinden der Wirtschaftskrise durch Innovationen	Baesweiler ITS	Prof. Dr. Johannes Gartzten, FH Aachen Prof. Dr. Gerd Wassenberg, FH Gelsenkirchen	22
28.04.2009	Mitarbeitergespräche führen	Monschau HIMO	Dr. Axel Thomas, WFG	24
18.05.2009	Empfehlungsmarketing	Eschweiler GeTeCe	Prof. Dr. Gerd Wassenberg, FH Gelsenkirchen	43
20.05.2009	Erfolgsindikatoren von mittelständischen Unternehmen Kurzarbeit und Kündigungsrecht Aktuelle Maßnahmen und Beiträge der Landesregierung zur Unternehmenssicherung	Herzogenrath TPH	Nicole Elert, Dr. Norbert Vogelpoth und Patrick Ziechmann, PWC Björn Schubert, MWME NRW	70
30.06.2009	Email- und Newsletter-Marketing	Stolberg DLZ	Prof. Dr. Gert Hoepner, FH Aachen	25
04.09.2009	Professionelle Standortvermarktung	Baesweiler ITS	Exper Consult, Prof. Dr. Gerd Wassenberg, FH Gelsenkirchen	15
30.09.2009	Psychoonkologie / Forum Medizin	Herzogenrath TPH	Dr. Petermann-Meyer	55
01.10.2009	BilMoG-Update	Aachen, Neumann, Schmeer & Partner	Neumann, Schmeer & Partner	35
07.10.2009	Grenzüberschreitende Kommunikation	Herzogenrath/ Kerkrade EBC	Vojislav Miljanovic	34
29.10.2009	Kundenloyalität	Eschweiler GeTeCe	Prof. Dr. Gert Hoepner, FH Aachen	27
16.11.2009	Känguru-Strategie in Verbindung mit Empfehlungsmarketing	Baesweiler ITS	Prof. Dr. Gerd Wassenberg, FH Gelsenkirchen	20
23.11.2009	Neuregelung der Besteuerung von Dienstleistungen ab 1.1.2010	Herzogenrath/ Kerkrade EBC	Neumann, Schmeer & Partner	62
07.12.2009	Beschwerdemanagement	Herzogenrath TPH	Prof. Dr. Gerd Wassenberg, FH Gelsenkirchen	50

Insgesamt konnten wir mit 22 Veranstaltungen 864 Personen erreichen.

Unternehmerseminar

Die Fachhochschule Aachen organisiert sich in Form von so genannten Fachbereichen. Große und bedeutende Fachbereiche sind einerseits Lehrgebiete „Maschinenbau und Mechatronik“ sowie „Wirtschaftswissenschaften“.

Im Bereich Maschinenbau und Mechatronik verfügt Professor Johannes Gartzen über einen hohen Bekanntheitsgrad. Bereits vor 12 Jahren hat er – ohne den Fachbereich Wirtschaftswissenschaften – das so genannte „Unternehmerseminar“ aus der Taufe gehoben.

Das Unternehmerseminar soll folgende Zielgruppe ansprechen: Studentinnen und Studenten aus höheren Semestern, die das Ende ihres Studiums schon zuverlässig abschätzen können. Im Rahmen dieser Lehrveranstaltung (die auch mit einer Klausur endet) sollen die Studentinnen und Studenten für den Status des Selbstständigen, des Unternehmers, begeistert werden.

Hier bieten sich Unternehmensgründungen mit neuen Geschäftsideen (oder neuen technischen Lösungen) an oder aber Unternehmensübernahmen. Angesprochen sind also all diejenigen jungen Leute, die unternehmerisch denken und handeln wollen, sei es in Form der Selbstständigkeit oder als leitende Angestellte in einem mittelständischen Unternehmen. Diese Zielgruppe ist identisch mit der Zielgruppe der Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH.

In mehreren Seminaren und Veranstaltungen arbeiten die WFG und die Fachhochschule Aachen in Person von Herrn Professor Gartzen seit langen Jahren zusammen. Die WFG-Geschäftsführung und Professor Gartzen sind darüber hinaus auch in verschiedenen Gremien außerhalb der Hochschule (Unternehmerinnenpreis) gemeinsam im Beirat. Aus diesen gemeinsamen Arbeiten heraus ist das Projekt „Unternehmerseminar“ der WFG bekannt. Die Begleitung des Seminars liegt bei Professor Gartzen sowie Professor Dr. Herbert Schmidt, stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der Sparkasse Düren.

In der Vergangenheit hat das Unternehmerseminar eine Besucherfrequenz von ca. 30 bis 40 Personen aufgewiesen.

Die Anzahl und Qualität der Referentinnen und Referenten entsprach nicht mehr den Ansprüchen, die die Professoren als Selbstverständnis haben. Insofern haben beide Herren betont, dass die das Unternehmerseminar ab dem Geschäftsjahr 2009 „eine Klasse höher ansiedeln wollen“. In diesem Verständnis wurde die WFG angesprochen, um folgende Ziele zu erreichen:

1. bessere Organisation,
2. bessere Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation / Außenwirkung,
3. höherwertige Referenten,
4. unternehmensrelevantere Themen.

Umfangreich hat sich die WFG seit 01.04.2009 um dieses Thema gekümmert.

Die beabsichtigten Erfolge sind vollständig eingetreten. Die „Karatzahl“ der Referenten hat eine vollkommen neue Qualität erhalten. Die Anzahl der Zuhörer hat sich verdoppelt. Sowohl die Referenten als auch die Zuhörer berichten über die professionelle und perfekte Organisation des Unternehmerseminars, das auch Zuhörer von außerhalb der Hochschule abstrahiert. Dieses Ergebnis konnte allein aufgrund der Zusammenarbeit der WFG mit der Fachhochschule Aachen, Fachbereich Maschinenbau, erreicht werden.

Das Unternehmerseminar ist zwar interdisziplinär angelegt.

Der Fachbereich Wirtschaftswissenschaften musste jedoch nicht kontaktiert werden.

Auch in 2010 werden wir spannende Themen anbieten können, die Teilnehmer-Nutzen versprechen.

Personal

Die Anzahl der Beschäftigten (nach Kopfzahlen) bei der WFG beträgt: 16
Die Änderung gegenüber dem Vorjahr beträgt: +1

Die Anzahl der weiblichen Mitarbeiter beträgt absolut: 10 bzw. 62,50 %.

Eine Mitarbeiterin befindet sich im Berichtsendzeitpunkt in Elternzeit. Eine Mitarbeiterin ist während des Berichtsjahres aus der Elternzeit zur WFG zurückgekehrt.

Eine Mitarbeiterin befindet sich in Altersteilzeit.

Die WFG hat aus Gründen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung in diesem Segment weiterhin eine Ausbildungsstelle besetzt.

Durch die Telearbeitsfunktionalitäten können gerade die Mitarbeiterinnen Familie und Beruf eleganter miteinander verbinden. Auch im Übrigen werden die Ziele des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG NW) bei der Personalentwicklung beachtet.

Der Krankenstand beträgt ca. 3 % und ist geringfügig unterdurchschnittlich im Verhältnis zum Krankenstand in deutschen Betrieben.

Dank an Mitarbeiter

Erneut war im Berichtsjahr 2009 von den WFG-Mitarbeitern über alle Bereiche des Unternehmens hinweg ein außergewöhnlicher Einsatz gefordert. Für das große Engagement bedankt sich die Geschäftsführung bei allen Beteiligten.

Ohne den tatkräftigen Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hätte die WFG ihre ehrgeizigen Ziele nicht erreichen bzw. vielfach übertreffen können.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Aus der Konstruktion StädteRegion Aachen ergibt sich in formaler und materieller Hinsicht ein Anpassungsbedarf, bei dem auch sicherlich die übrigen Organisationseinheiten betroffen sind, die sich mit dem Thema der regionalen Wirtschaftsförderung beschäftigen.

Ob sich daraus mehr Chancen als Risiken ergeben, kann derzeit nicht prognostiziert werden.

Aus dem Jahressteuergesetz 2009 und den inzwischen vorliegenden Spezifikationen für die Wirtschaftsförderung ergibt sich mindestens Diskussionsbedarf, der ebenfalls einen Anpassungsdruck generieren wird.

Auch in diesem Fall kann derzeit noch keine zuverlässige Chancen-Risiko-Relation abgeleitet werden.

Kommunikation und Transparenz

Die WFG legt Wert auf eine transparente Kommunikation und unterrichtet ihre Gesellschafter, Medien und die interessierte Öffentlichkeit regelmäßig über die Lage und die Entwicklung des Unternehmens und seine Geschäftsentwicklung.

Als Informationsquelle dient dabei insbesondere die tiefgreifend überarbeitete Internetseite www.wfg-aachen.de, auf der sämtliche Pressemitteilungen und Berichte ebenso eingestellt sind wie das umfangreiche signifikant ausgeweitete Seminarprogramm der WFG.

Ausblick

Nach einem verhaltenen Winterhalbjahr hat die deutsche Wirtschaft zu Frühjahrsbeginn deutlich Fahrt aufgenommen. Der Auftragsfluss der Industrie hat sich erheblich verbreitert. Hauptantriebskraft für die sich verstärkende Belebung der deutschen Wirtschaft ist der globale Konjunkturaufschwung, der sich vor allem durch schnell steigende Aufträge aus Drittländern bemerkbar macht.

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich verbessert.

Der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Leistung dürfte im zweiten Quartal dieses Jahres merklich stärker ausfallen als im ersten Quartal.

Die WFG ist in ihrem Kundenportfolio automobilzulieferer konzentriert.

Dementsprechend können sich zyklische Entwicklungen ergeben. Die Stabilität der WFG ist und bleibt angesichts der geringen Zahl und bei gleichzeitig relativer und absoluter Größe der Engagements von der Stabilität ihrer Kunden abhängig.

Würselen, den 22. Juni 2010

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGSGESELLSCHAFT
STÄDTEREGION AACHEN MBH

Dr. Axel Thomas
- Geschäftsführer -

II. Beteiligungen Versorgungsunternehmen

EWV – Energie- und Wasserversorgung GmbH, Stolberg

Allgemeine Angaben

Firma	EWV - Energie- und Wasser-Versorgung GmbH, Stolberg	Gesellschafter	
Sitz	Willy-Brandt-Platz 2 52222 Stolberg		rhenag Beteiligungs GmbH 53,717%
E-mail	service@ewv.de		Stadt Stolberg 14,278%
Homepage	www.ewv.de		Stadt Eschweiler 13,190%
Rechtsform	GmbH		Städteregion Aachen 9,252%
Gesellschaftervertrag	Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 08.02.2007		Kreis Heinsberg 3,790%
Geschäftsführer	Dipl.-Ing., Dipl.-Wirt.-Ing. Manfred Schröder		Stadt Alsdorf 2,180%
Gremien	Gesellschafterversammlung Beirat Aufsichtsrat		Stadt Würselen 1,974%
Stammkapital	18.151.450 €		Stadt Baesweiler 1,000%
Anteil der Stadt in €	395.750 €		Kreis Düren 0,580%
Mitarbeiter	408 (+31 Auszubildende)		Gemeinde Roetgen 0,006%
	Wesentliche Beteiligungen		Gemeinde Simmerath 0,006%
	regionetz GmbH, Düren 50,00%		Stadt Monschau 0,006%
	Wärmeversorgung Würselen GmbH, Würselen 49,00%		Stadt Heinsberg 0,003%
	Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH, Eschweiler 24,90%		Gemeinde Aldenhoven 0,003%
	GREEN - Gesellschaft für regionale und erneuerbarer Energie mbH (ab dem 18.07.2011) 50,00%		Gemeinde Inden 0,003%
			Gemeinde Langerwehe 0,003%
			Stadt Linnich 0,003%
			Gemeinde Niederzier 0,003%
			Stadt Geilenkirchen 0,003%

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Energieversorgung der Städteregion Aachen und benachbarter Gebiete, die Errichtung und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen und Werke, die Pachtung und Verpachtung, der Erwerb und die Veräußerung derartiger Unternehmen, die Beteiligung an anderen Unternehmen dieser Art und die Betriebsführung von Wasserversorgungsunternehmen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Versorgung der Bevölkerung mit Grundbedürfnissen wie der Bereitstellung von Energie ist im weitesten Sinne einer der Grundstücke der Daseinsvorsorge, für welche eine Gemeinde gesetzlich und auch zweckmäßig als Institution arbeitet.

Darüber hinaus handelt es sich bei der EWW um ein gewinnbringendes und nicht defizitäres Unternehmen. Dem Haushalt der Stadt kann in diesem Rahmen jährlich jeweils ein Gewinnanteil zugeführt werden und wird somit zusätzlich unterstützt.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage
Bilanz

<i>Aktivseite</i>	<i>31.12.2009 EUR</i>	<i>31.12.2008 EUR</i>	<i>31.12.2007 EUR</i>
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.899.061,00 €	1.892.676,00 €	2.260.679,74 €
II. Sachanlagen	126.463.369,01 €	127.935.116,17 €	131.117.217,65 €
III. Finanzanlagen	4.661.387,74 €	5.228.024,81 €	5.270.618,25 €
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	851.052,19 €	1.010.030,82 €	1.314.019,66 €
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	48.112.030,22 €	55.186.631,18 €	62.263.671,09 €
III. Wertpapiere	0,00 €	0,00 €	4.573,20 €
IIII. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	251.594,42 €	76.476,90 €	529.519,88 €
C. Rechnungsabgrenzungsposten	386.296,37 €	295.717,10 €	438.032,54 €
	182.624.790,95 €	191.624.672,98 €	203.198.332,01 €
<i>Passivseite</i>			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	18.151.450,00 €	18.151.450,00 €	18.151.450,00 €
II. Kapitalrücklage	7.045.123,94 €	7.045.123,94 €	7.045.123,94 €
III. Andere Gewinnrücklagen	750.000,00 €	750.000,00 €	0,00 €
IV. Bilanzgewinn	13.592.488,92 €	7.796.967,29 €	3.260.742,96 €
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	26.479.006,00 €	29.731.738,00 €	33.186.380,00 €
C. Rückstellungen	75.330.119,02 €	75.937.116,93 €	63.473.652,65 €
D. Verbindlichkeiten	37.632.463,07 €	50.179.529,82 €	78.080.982,46 €
E. Rechnungsabgrenzungsposten	3.644.140,00 €	2.032.747,00 €	0,00 €
	182.624.790,95 €	191.624.672,98 €	203.198.332,01 €

Gewinn- und Verlustrechnung

<i>Gewinn- und Verlustrechnung</i>	<i>31.12.2009 EUR</i>	<i>31.12.2008 EUR</i>	<i>31.12.2007 EUR</i>
1. Umsatzerlöse	315.156.717,17	333.771.055,69	321.002.166,21
2. Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-101.832,65	-279.746,43	52.467,63
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	3.090.868,00	3.002.734,00	3.518.131,00
4. Sonstige betriebliche Erträge	4.258.599,45	4.656.789,58	3.457.179,24
5. Materialaufwand	-219.713.212,11	-240.638.833,80	-232.596.461,89
6. Personalaufwand	-33.625.299,54	-32.891.935,92	-31.004.484,97
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-13.196.182,00	-13.674.327,00	-14.026.605,00
8. Pachten für Werksanlagen und Netze	-8.260.514,00	-8.333.989,95	-8.260.926,25
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-23.195.669,34	-32.259.719,11	-22.531.419,81
10. Erträge aus Beteiligungen	161.352,00	86.715,89	266.501,53
11. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	78.114,68	110.479,35	103.511,78
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	226.352,25	387.836,36	696.038,35
13. Abschreibungen auf Finanzanlagen	-17.417,28	-19.658,56	-29.387,58
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.038.568,50	-2.170.109,53	-2.551.301,81
15. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	23.823.308,13	11.747.290,57	18.095.408,43
16. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-9.929.925,80	-3.682.702,49	-6.707.517,52
17. Sonstige Steuern	-307.860,70	-278.363,75	-127.147,95
18. Jahresüberschuss	13.585.521,63	7.786.224,33	11.260.742,96
19. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	6.967,29	10.742,96	0,00
20. Vorabausschüttung	0,00	0,00	-8.000.000,00
21. Bilanzgewinn	13.592.488,92	7.796.967,29	3.260.742,96

Kennzahlen

<i>Kennzahlen</i>	<i>31.12.2009</i>	<i>31.12.2008</i>	<i>31.12.2007</i>
Eigenkapitalquote ((Eigenkapital/Gesamtkapital)x100)	25,80%	24,40%	23,80%
Umsatzrendite ((Gewinn/Umsatz)x100)	4,30%	2,30%	3,50%
Eigenkapitalrendite ((Jahresergebnis/Eigenkapital)x100)	52,40%	30,00%	44,70%
EBIT-Marge (EBIT/Umsatz)x100)	7,60%	3,90%	6,10%

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Dem städtischen Haushalt wird ein Gewinnanteil zugeführt.
Der Gewinn betrug für:

a) 2007	201.900,86 €
b) 2008	142.965,15 €
c) 2009	240.278,52 €

Bezogen auf den städtischen Anteil des Stammkapitals an der Gesellschaft bedeutet dies eine Kapitalverzinsung in Höhe von:

a) 2007	51,02 %
b) 2008	36,13 %
c) 2009	60,71 %

Die EWV zahlte Konzessionsabgaben für Strom in Höhe von:

a) 2007	1.593.702,37 €
b) 2008	1.696.554,82 €
c) 2009	1.575.078,86 €

Die EWV zahlte Konzessionsabgaben für Gas in Höhe von:

a) 2007	89.769,61 €
b) 2008	95.439,40 €
c) 2009	89.734,57 €

Zusammensetzung der Organe

a) Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der EWV besteht laut Gesellschaftervertrag aus 21 Mitgliedern.
Für die **Stadt Alsdorf** ist im Aufsichtsrat kein Mitglied vertreten.

b) Beirat

Der Beirat wird zur Beratung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates in wichtigen Angelegenheiten gebildet.
Für die **Stadt Alsdorf** ist im Beirat vertreten:

Verwaltung: Herr Bürgermeister Alfred Sonders (seit dem 27.10.2009)

1. SPD-Fraktion: Herr Stv. Gustl Rinkens (seit dem 27.10.2009)

c) Gesellschafterversammlung

Jeder Gesellschafter entsendet bis zu zwei Vertreter in die Gesellschafter-versammlung. Die Vertreter eines jeden Gesellschafters können jeweils nur einheitlich abstimmen.
Für die **Stadt Alsdorf** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Verwaltung: Herr Bürgermeister Alfred Sonders (seit dem 27.10.2009)

1. SPD-Fraktion: Herr Stv. Marc Schlösser (seit dem 27.10.2009)

Lagebericht

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

1.1. Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft und im Energiesektor

Nach dem deutlichen Einbruch der Energie- und insbesondere der Ölpreise im zweiten Halbjahr 2008 ist in 2009 eine Beruhigung eingetreten, wenngleich nach einem Preistief im Februar mit rd. 40 \$/barrel seit dem Sommerhalbjahr ein kontinuierlicher Anstieg bis auf ein Niveau von rd. 80 \$/barrel im Oktober zu verzeichnen war. Die Stärke des Euro gegenüber dem US-Dollar hat dazu geführt, dass die Erhöhung der Heizöl- und Kraftstoffpreise im deutschen Markt deutlich moderater ausfällt.

Das Thema Energieeffizienz hat daher nicht an Aktualität verloren und wird von EWW weiterhin genutzt, sich als Dienstleister in ihrer Kernkompetenz Energie zu positionieren. Auch der Ausbau der Erneuerbaren Energien wird intensiv öffentlich diskutiert, wenngleich die einhergehenden finanziellen Belastungen der Endverbraucher zunehmend erkannt werden.

Für die Netzbetreiber war 2009 das erste Jahr der Anreizregulierung. Nachdem im Vorjahr die umstrittene Ermittlung unternehmensindividueller Effizienzwerte im Fokus gestanden hatte, sorgt in 2009 fortgesetzt die Erlösbergrenzenfestsetzung der Bundesnetzagentur für Klärungsbedarf.

Ein weiteres dominierendes Thema der Netzbetreiber war die Umsetzung der sogenannten „Mehrerlösabschöpfung“: Nach umfangreichen Anhörungsverfahren in den Sparten Strom- und Gasnetz hat sich regionetz dazu entschlossen, ein von der Behörde vorgeschlagenes, pauschales und vereinfachtes Verfahren zur Ermittlung der Mehrerlösabschöpfung anzuwenden.

Der Vorschlag der Bundesnetzagentur bleibt jedoch hinter den Angeboten mehrerer Landesregulierungsbehörden in Deutschland zurück, so dass sich einmal mehr starke Verzerrungen in der föderal gegliederten Regulierung der Netzwirtschaft gezeigt haben.

1.2. Geschäftsfelder und Versorgungsgebiet der EWW

Die EWW versorgt ihre Kunden, bestehend aus Privathaushalten, Handel, Gewerbe, Industrie und Institutionen in der Städteregion Aachen, Kreis Düren und Stadt und Kreis Heinsberg mit Strom, Erdgas und Wärme.

In den Kommunen Alsdorf, Baesweiler, Stolberg und Eschweiler, Ortsteil Weisweiler, werden die öffentlichen Beleuchtungsanlagen durch die EWW betrieben.

Darüber hinaus beliefert die EWW die Kunden der Städtischen Wasserwerk Eschweiler GmbH und der Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH mit Trinkwasser im Rahmen von Betriebsführungsverträgen.

Über die Beteiligung an der Wärmeversorgung Würselen GmbH (WVW) und die Betriebsführung versorgt die EWW Kunden in der Stadt Würselen mit Wärmeprodukten. Gleiches erfolgt in der Stadt Eschweiler über die Städtische Wasserwerk Eschweiler GmbH (StWE).

Im Sinne einer Kundenentwicklung werden ausgewählten Kunden technische Dienstleistungen angeboten, um zusätzliche Ergebnisbeiträge zum Commodity-Geschäft zu generieren.

Dieses Geschäftsfeld wird sukzessive ausgebaut und angereichert mit dem Ziel, langfristige Kundenbindung sowie Kundenrückgewinnung und zusätzliche Ergebnisbeiträge zu generieren. Wesentliche erfolgskritische Elemente sind die Auswahl, Entwicklung und Implementierung der Dienstleistungsprodukte und die Bereitstellung eines Fachvertriebes. Im Betrachtungszeitraum wurden neben den klassischen Dienstleistungen zu Wärme, Trafo- und Gasdruckregelanlagen insbesondere Energie-Check und Druckluftdienstleistungen nachgefragt und vermarktet.

1.3. Wichtige Ereignisse des Jahres

Zum 01.10.2008 sind die neuen Marktrichtlinien „Grundmodell der Ausgleichsleistungen und Bilanzierungsregeln im Gassektor – GABi Gas“ sowie „Geschäftsprozesse Lieferantenwechsel Gas – GeLi Gas“ verbindlich geworden. Diese Richtlinien regeln und vereinfachen den Lieferantenwechsel (GeLi Gas) sowie die Bilanzierungsrichtlinien (GABi Gas). Hier wurde u. a. von einem Stunden- auf ein Tagesbilanzierungssystem umgestellt. Die Umstellung war bundesweit mit Problemen behaftet. Von den Netzbetreibern werden Gasmengen im Netzgebiet prognostiziert, welche die Basis für die Einspeisemengen der Lieferanten bilden. Hier differierten die Mengen zum Teil erheblich zur tatsächlichen, physikalischen Menge. Die Verhandlungen zur Korrektur dieser Abweichungen dominierten auch bei der EWW den Jahresverlauf.

Das Geschäftsjahr 2009 stand ganz im Zeichen der beginnenden Anreizregulierung. Zu Beginn der ersten Anreizregulierungsperiode musste sich beweisen, ob technische und kaufmännische Servicebereiche, Netzbetreiber und „Asset Owner“ – also alle Marktrollen innerhalb der Branche - dem Kostendruck der Anreizregulierung standhalten können.

In der zweiten Jahreshälfte konkretisierte sich die Regulierungspraxis der Bundesnetzagentur hinsichtlich des bislang wohl tiefgreifendsten Eingriffs der Behörde in die Netzwirtschaft – der Mehrerlösabschöpfung.

Es wurde eine Patronatserklärung durch EWW und Stadtwerke Düren (SWD) an die regionetz GmbH erteilt. Die EWW ist darin verpflichtet, gemäß ihrer Beteiligungsquote die regionetz finanziell und kapitalmäßig so auszustatten, dass sie stets in der Lage ist, ihre jeweils fälligen Verbindlichkeiten fristgemäß und in vollem Umfang zu erfüllen.

Die Pachtverträge und Dienstleistungsverträge mit der regionetz GmbH wurden in 2009 unverändert fortgeschrieben.

1.4. Geschäftsverlauf

Umsatz und Absatz in den wichtigsten Geschäftsfeldern

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2009 belaufen sich auf 341 Mio. Euro (inkl. Energiesteuern). Davon entfallen auf den Stromverkauf 120,4 Mio. Euro (inkl. Stromsteuer) und auf den Erdgasverkauf 138,6 Mio. Euro (inkl. Erdgassteuer) sowie 2,1 Mio. Euro auf die Wärmeversorgung und das Contracting. Vom Verteilnetzbetreiber regionetz wurden 60,8 Mio. Euro an Pachtentgelten und Dienstleistungserlösen erzielt. Die übrigen Umsatzerlöse betragen 19,1 Mio. Euro. Diese resultieren aus der Betriebsführung für die Wasserwerke, aus weiter berechneten Installationskosten, dem Betrieb von Straßenbeleuchtungsanlagen und der Vereinnahmung von Baukostenzuschüssen.

Entwicklung im Stromsegment

Nach einem deutlichen Preisrückgang in den ersten beiden Monaten des Jahres 2009 sind die Strompreise anschließend bis April wieder bis auf ein Niveau von 50-55 €/MWh angestiegen. Im weiteren Jahresverlauf hat es dann drei leichte Preisabschwünge in den Monaten Juni, September und November gegeben, so dass schließlich wieder ein Preisniveau auf der Höhe der Jahrestiefstwerte erreicht werden konnte. Der über das Jahr gesehen grundsätzlich fallende Preistrend ist vor allem eine Folge der Wirtschaftskrise sowie der damit einhergehenden Erwartung einer fallenden Stromnachfrage.

Ab 2010 wird von dem bisher praktizierten Verfahren der physischen Wälzung von EEG-Strom auf ein System mit einer bundesweit einheitlichen Umlage umgestellt. Aus der Prognose der vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber der zu erwartenden Einspeisung aus regenerativen Stromerzeugungsanlagen resultiert eine EEG-Umlage in Höhe von 2,047 ct/kWh im Kalenderjahr 2010.

Nach 15 Monaten Preiskonstanz war zu Jahresbeginn 2009 eine Anhebung der Strompreise unumgänglich. Neben der Verteuerung des konventionellen Strombezugs liegen die Ursachen im Anstieg der Belastungen aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Die Grundpreise blieben unverändert.

Zu Jahresbeginn wurde das Produkt **regiostrom-fix 12/10** eingeführt, welches konstante Preise bis Dezember 2010 bietet. U. a. liegen durch diese Art der Produktgestaltung die Wechslerzahlen unter dem Vorjahr.

Im Jahr 2009 fanden nur moderate Kundenwechsel im Segment Privatkunden zu anderen Anbietern statt. EWV konnte jedoch in 2009 einige Kunden zurückakquirieren, so dass diese im Ergebnis dazu führte, dass Monate zu verzeichnen waren, in denen die Anzahl der Wechsler durch die Anzahl der Rückwechsler überkompensiert wurde.

Die Verträge mit Geschäftskunden wurden unter Berücksichtigung der gegebenen Wettbewerbssituation und Orientierung an dem jeweiligen Niveau der Strombörse EEX ausgehandelt.

Absatzverluste in diesem Segment durch Kundenwechsel und Konjunktur konnten trotz Kundenzugewinnen und Kundenrückgewinnung nicht kompensiert werden. Durch regelmäßige Kontakte - flankiert durch leistungsfähige Produkte - versucht der Vertrieb, die Position insbesondere in der Region zu festigen.

Im Sinne einer Kundenentwicklung werden ausgewählten Kunden werthaltige Dienstleistungen angeboten, um zusätzliche Ergebnisbeiträge zum Commodity-Geschäft zu generieren.

Entwicklung im Erdgassegment

Die EWV hat im Geschäftsjahr 2009 Erdgas in Höhe von ca. 2.482 GWh von 5 verschiedenen Lieferanten bezogen. Die Bezugsmenge liegt aufgrund der Konjunkturlage leicht unter dem Vorjahreswert von ca. 2.556 GWh.

Die Verträge unterliegen weitestgehend einer Ölpreisbindung, somit erfolgt eine Anpassung der Gaspreise zeitversetzt zum Ölmarkt.

Die Ölpreisnotierungen sind über die zeitversetzten Durchschnittswerte (Referenzquartalswerte) die maßgebliche Einflussgröße auf die Gaseinkaufspreise. Im Jahr 2009 pendelten die Ölpreise in einem engen Band und lagen damit deutlich unter dem Preisniveau des Vorjahres. Zeitverzögert hat sich das tiefe Ölpreisniveau in den Referenzquartalswerten niedergeschlagen, die sich bis zum 3. Quartal 2009 um ca. 40% verringert haben. Im 4. Quartal war hier allerdings ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Die Gasbezugspreise der EWV folgen dementsprechend der Ölpreisentwicklung.

Entsprechend der Entwicklung der Gasbezugspreise konnten die Erdgaspreise im Segment der Tarif- und Vollversorgungskunden (Haushalte und Kleingewerbe) in 2009 dreimal gesenkt werden (01. Februar, 01. April und 01. Juli). Aufgrund einer vorausschauenden Beschaffungsstrategie konnte eine Anhebung der Erdgaspreise zum 01. Oktober 2009 vermieden werden.

Ungeachtet des sinkenden Preisniveaus wurde die Strategie weiter verfolgt, die Kunden durch attraktive Produkte an die EWV zu binden. Neben dem bereits in 2008 eingeführten **regioerdgas-plus** bietet das Produkt **regioerdgas-fix 03/11** den Kunden einen festen Preis bis März 2011.

Trotz zunehmenden Wettbewerbs durch alternative Heizungsarten haben sich in 2009 rd. 700 Kunden für einen Erdgasanschluss inklusive Belieferung entschieden.

Im Kundensegment Geschäftskunden ist deutlich ein Anziehen des Wettbewerbs zu verzeichnen. Dies macht sich insbesondere durch die steigende Zahl der Vertragskündigungen und erste Abwanderung von Großkunden bemerkbar. Durch langfristige Vertragsbindungen wird derzeit das Gros der Kunden gehalten.

Jahresergebnis

Das Geschäftsjahr 2009 schließt mit einem Jahresüberschuss von 13,6 Mio. Euro (Vorjahr 7,8 Mio. Euro). Maßgeblich beeinflusst wird der Jahresüberschuss von der Geschäftsentwicklung in den Sparten Erdgas und Strom.

Die Abgabemenge an Endkunden ist im Strom aufgrund des zunehmenden Einsparverhaltens der Kunden sowie den Auswirkungen der Konjunktur (Wirtschaftskrise) geringer als im Vorjahr. Die Umsatzerlöse Strom liegen um 1,3 Mio. Euro unter dem Vorjahr.

Die Erdgasabsatzmenge 2009 liegt mit 2.423 GWh deutlich unter dem Vorjahr (2.598 GWh). Der Mengenrückgang ist sowohl auf Kundenverluste als auch auf konjunkturbedingte Rückgänge aufgrund der Wirtschaftskrise und auf Temperatureffekte (-45 Gradtage gegenüber 2008) zurückzuführen.

Die Umsatzerlöse im Erdgas liegen aufgrund von Preissenkungen sowie konjunkturbedingten Mengenverlusten um 13,7 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert. Gleichermaßen sinken die Bezugskosten im Erdgas sowohl durch die Ölpreisbindung als auch durch geringere Beschaffungsmengen aufgrund von Mengenverlusten.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen um 0,4 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert. Im Wesentlichen ist der Rückgang auf die sonstigen Einnahmen zurückzuführen.

Der Personalaufwand erhöhte sich in 2009 infolge der Tarifsteigerungen in 2009 sowie gestiegener Kosten für soziale Abgaben und Altersvorsorge um 0,7 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr.

Die übrigen Aufwendungen liegen im Wesentlichen aufgrund der im Vorjahr dotierten Rückstellung für Mehrerlösabschöpfung um 9,1 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert.

Die Zinserträge reduzieren sich gegenüber dem Vorjahr um 161 TEuro, im Wesentlichen aufgrund des geringeren Volumens der Verzinsung der Debitorenkonten der regionetz.

Infolge geringerer durchschnittlicher Inanspruchnahme der Kreditlinien sowie gesunkener Zinssätze sind die Zinsaufwendungen im Vorjahresvergleich um 1,1 Mio. Euro niedriger.

Investitionen

Im Geschäftsjahr 2009 wurden Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände in Höhe von 11,9 Mio. € getätigt.

Die Hochdruckringleitung DN 200 zwischen Heinsberg-Dremmen, Heinsberg-Randerath und Geilenkirchen wurde fertig gestellt.

Der Ringschluss dient der Erhöhung der Versorgungssicherheit. Des Weiteren können jetzt zusätzliche Gasmengen im Bereich Übach-Palenberg zur Verfügung gestellt werden. Dadurch ist eine ausreichende Versorgung der neuen und bereits an das Erdgasnetz angebotenen Schokoladenfabrik gewährleistet.

In Baesweiler wurde die Mittelspannung von 10 kV auf 20 kV umgestellt. Auslöser für eine notwendige Leistungssteigerung im Mittelspannungsnetz war der stark gewachsene Energiebedarf insbesondere im Bereich Industrie und Gewerbe. Durch die Umstellung von ca. 43 km Mittelspannungsnetz von 10 kV auf 20 kV kann jetzt eine ausreichende Leistung zur Verfügung gestellt werden. Im Zuge der Arbeiten mussten 109 Stationen mit umgestellt werden. Zudem wurden Anpassungen im Bereich der Umspannanlage Baesweiler vorgenommen.

Seitens regionetz wurde in Abstimmung mit der EWW in 2008 eine Zielnetzplanung erstellt. Ziel ist, mittelfristig den betrieblichen Aufwand zu reduzieren. Zur Umsetzung sind zunächst erhöhte Investitionen erforderlich; unter anderem darin begründet, wurde in 2009 das Erneuerungsvolumen im Bereich der Stromanlagen und -netze verdoppelt.

1.5. Personal- und Sozialbereich

Am Ende des Geschäftsjahres 2009 beschäftigte die EWW 443 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich bei uns 35 junge Menschen in einer Ausbildung zur Industriekauffrau/-mann, Elektroniker/in für Betriebstechnik oder Anlagenmechaniker/in. Darüber hinaus wurde im Jahr 2009 entschieden, die Erstausbildung ab 2010 um den Ausbildungszweig „Ausbildung plus Studium“ zu erweitern und zwar in den Sparten Betriebswirtschaftslehre und Elektrotechnik. Das Auswahlverfahren ist abgeschlossen, je zwei Mitarbeiter werden im Sommer 2010 ihre Ausbildung in den neuen Ausbildungsbildern bei uns aufnehmen.

Die freiwillige Altersteilzeitregelung befindet sich in der Auslaufphase. Ende 2009 befanden sich 1 Arbeitnehmer in der Arbeitsphase und 15 in der Freistellungsphase der Altersteilzeit.

Die betriebliche Altersversorgung ist für viele Mitarbeiter eine wichtige Regelung, um auch im Alter sorgenfrei leben zu können. An ehemalige Mitarbeiter und deren Hinterbliebene wurden im Geschäftsjahr 3,4 Mio. Euro gezahlt. Die Anzahl der Versorgungsempfänger (inkl. der Versorgungsempfänger, die ausschließlich über VBL versorgt werden) belief sich auf 483.

Unternehmensleitbild

Das Jahr 2009 war geprägt durch ein neues Unternehmensleitbild und die damit verbundenen Einführungsaktivitäten. Ziel der Einführungsphase war es, das Unternehmensleitbild allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu vermitteln, gemeinsam den Status Quo fest zu stellen und Maßnahmen zu erarbeiten, um sich den Leitsätzen zu nähern.

2. Vermögenslage

Zusammengefasst stellt sich die Vermögenslage wie folgt dar:

	31.12.2009		31.12.2008	
	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva				
Anlagevermögen	133.024	72,8	135.056	70,5
Umlaufvermögen	49.215	26,9	56.273	29,4
Rechnungsabgrenzungsposten	386	0,2	296	0,2
	182.625	100,0	191.625	100,0
Passiva				
Eigenkapital	39.539	21,7	33.744	17,6
Sonderposten für Investitionszuschüsse	26.479	14,5	29.732	15,5
Rückstellungen	75.330	41,2	75.937	39,6
Verbindlichkeiten	37.633	20,6	50.179	26,2
Rechnungsabgrenzungsposten	3.644	2,0	2.033	1,1
	182.625	100,0	191.625	100,0

Im Vergleich zum Vorjahr ergaben sich keine signifikanten Änderungen in der Vermögens- und Kapitalstruktur, so dass die Vermögenslage als stabil zu bezeichnen ist. Infolgedessen liegt die Bilanzsumme mit 182.624 TEuro etwas unter Vorjahresniveau (191.625 TEuro).

Das Bilanzbild zeigt die für Versorgungsunternehmen typische, vergleichsweise hohe Anlagenintensität von 72,8 % (Vorjahr 70,5 %). Eigenkapital, 70 % des Sonderpostens für Investitionszuschüsse sowie mittel- und langfristiges Fremdkapital decken das Anlagevermögen zu 92,7 % (Vorjahr 88,8 %).

Unter Einbeziehung von 70 % des Sonderpostens für Investitionszuschüsse ergibt sich eine Eigenkapitalquote (-bezogen auf das gezeichnete Kapital und Rücklagen-) von 25,8 % (Vorjahr 25,1 %).

3. Finanzlage

EWV ist in das Cash-Management-System der RWE Rheinland Westfalen Netz AG eingebunden. Ferner bestehen Kreditlinien bei Geschäftsbanken, die von Fall zu Fall in Anspruch genommen wurden. Hierdurch wird gewährleistet, dass Zahlungsstromschwankungen aus divergierenden Ein- und Auszahlungen kurzfristig ausgeglichen werden können.

Die nachstehende, verkürzte Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme nach Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit:

Angaben in TEuro	2009	2008
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	28.243	42.840
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-11.209	-10.017
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-8.998	-4.134
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands	8.036	28.689

Im Geschäftsjahr 2009 betrug der Cashflow aus gewöhnlicher Geschäftstätigkeit 28,2 Mio. Euro. Die Investitionen in das Anlagevermögen sowie die laufenden Tilgungen langfristiger Darlehen konnten aus dem Cashflow finanziert werden.

Der Cashflow aus gewöhnlicher Geschäftstätigkeit wird zum einen in besonderem Maße durch die Abschlagszahlungen im Tarifikundenbereich und zum anderen durch den Ablesetag und die damit einhergehenden Abrechnungstage der Jahresabrechnungen der Tarifikunden beeinflusst. Die Abschlagszahlungen in diesem Kundensegment werden -basierend auf der Absatzmenge des zurückliegenden Jahres und des zum Zeitpunkt der Endabrechnung gültigen Verkaufspreises- für das nächste Abrechnungsjahr festgesetzt. Je nach Witterung im zurückliegenden Zeitraum kann die Abschlagszahlung für das tatsächliche Verbrauchsverhalten zu hoch oder zu niedrig ausfallen, dem entsprechend sind die Auswirkungen auf die Finanzierung der Bezugskosten bei EWW. Darüber hinaus kommt das geänderte Preisniveau zum tragen, welches erst mit der Endabrechnung realisiert wird. Insgesamt unterliegt das Geschäft massiven Zahlungsstromschwankungen aus divergierenden Ein- und Auszahlungen. Zudem sinkt der Cashflow aus gewöhnlicher Geschäftstätigkeit u. a. aufgrund eines stichtagsbezogenen Absinkens der Verbindlichkeiten (verändertes Zahlungsziel eines Lieferanten) um 3,6 Mio. Euro gegenüber dem Geschäftsjahr 2008.

Der Finanzmittelfonds zum Ende des Geschäftsjahres betrug 13,8 Mio. Euro (Vorjahr 5,8 Mio. Euro), der den Cashpool bei der RWE Westfalen Netz AG sowie kurzfristige Bankschulden mit einschließt.

4. Ertragslage

Die auf die wesentlichen Posten reduzierte Gewinn- und Verlustrechnung stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2009		31.12.2008	
	TEuro	%	TEuro	%
Umsatzerlöse (ohne Energiesteuer)	315.157	100,00%	333.771	100,00%
Materialaufwand	-219.713	-69,72%	-240.639	-72,10%
Rohergebnis	95.444	30,28%	93.132	27,90%
Andere betriebliche Erträge	7.248	2,30%	7.380	2,21%
Andere betriebliche Aufwendungen	-78.585	-24,94%	-87.438	-26,20%
Betriebsergebnis	24.107	7,65%	13.074	3,92%
Außerordentliches Ergebnis	0	0,00%	0	0,00%
Finanzergebnis	-591	-0,19%	-1.605	-0,48%
Steueraufwand	-9.930	-3,15%	-3.683	-1,10%
Jahresüberschuss	13.586	4,31%	7.786	2,33%

Die Abgabemenge an Endkunden ist im Strom aufgrund des zunehmenden Einsparverhaltens der Kunden sowie den Auswirkungen der Konjunktur (Wirtschaftskrise) geringer als im Vorjahr. Die Umsatzerlöse Strom liegen um 1,3 Mio. Euro unter dem Vorjahr.

Die Umsatzerlöse im Erdgas liegen im Wesentlichen aufgrund von Preissenkungen sowie konjunkturbedingten Mengenverlusten um 13,7 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert. Die Bezugskosten im Erdgas sanken sowohl durch die Ölpreisbindung also auch durch geringere Beschaffungsmengen aufgrund von Mengenverlusten.

Die anderen betrieblichen Erträge befinden sich auf Vorjahresniveau. Die übrigen Aufwendungen liegen im Wesentlichen aufgrund der Rückstellung für Mehrerlösabschöpfung in 2008 unter dem Vorjahreswert.

Die vorgenannten Effekte haben im Saldo zu einem im Vorjahresvergleich höheren Betriebsergebnis sowie zu einem höheren Jahresüberschuss geführt.

Auf Grundlage des Jahresüberschusses ermittelt sich eine Umsatzrendite von 4,3% (Vorjahr 2,3 %) sowie eine Eigenkapitalrendite von 52,4 % (Vorjahr 30,0 %). Die EBIT-Marge beträgt 7,6 % (Vorjahr 3,9 %).

5. Nachtragsbericht

Es sind keine Ereignisse nach dem Stichtag eingetreten, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

6. Risikobericht

6.1. Risikomanagementsystem

Bei EWW ist das Risikomanagementsystem auf Basis der seit 2007 geltenden RWE-Konzernrichtlinie „Risikomanagement“ aufgebaut.

Ziel dieses Systems ist es, mögliche Risiken für die Gesellschaft durch unternehmenseinheitliche Regelungen rechtzeitig zu identifizieren und entsprechend gegenzusteuern. Im Rahmen der Prozesse sollen aber auch Chancen und das damit einhergehende Ergebnispotential erkannt und genutzt werden. So wird das systematische Risikomanagement von EWW als aktives Instrument der Risikosteuerung sowie als integraler Bestandteil der Unternehmensführung genutzt.

Grundsätze des Risikomanagementsystems hat die EWW in einem Risikomanagement-Handbuch dokumentiert.

Im Rahmen des Systems werden sowohl quartalsweise die Risiken des laufenden Wirtschaftsjahres untersucht und bewertet als auch im Rahmen der Mittelfristplanung ein dreijähriges Risikoszenario dargestellt. Ergebnis dieser Untersuchungen ist ein quartalsweise aktualisiertes Risikoportfolio, welches potentielle, unternehmensgefährdende Risiken beinhaltet. Relevant im Sinne des Risikomanagementsystems sind solche Risiken, die im Rahmen der Mittelfristplanung nicht oder nur teilweise berücksichtigt und insofern mit einer relativ höheren Unsicherheit behaftet sind.

Der Umgang mit den im Rahmen des Risikomanagementprozesses identifizierten und nach Kategorien zusammengefassten Risiken wird nachfolgend beschrieben.

6.2. Absatzmarktrisiken

Die öffentliche Meinung hat sich in 2009 – dem sechsten Jahr mit intensiven öffentlichen und medialen Preisdebatten in Folge – weiter gegen die Energieversorgerbranche gerichtet. Ein Abebben dieses Trends ist nicht zu erkennen. Im Gegenteil, regelmäßig erreicht die selten sachlich geführte Debatte neue Höhepunkte. So wird selbst in Nachrichtensendungen aktiv zum Anbieterwechsel aufgerufen. Das Interesse der Bevölkerung am Thema "Wechsel des Strom- und Gasversorgers" ist so stark wie noch nie in den letzten Jahren. Dennoch ist die Wechselbereitschaft im Privatkundensegment gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Der emotionalen Grundstimmung gegen die hohen Preise der Energieversorger – bei der zurzeit auch nur ansatzweise zwischen den verschiedenen Marktstufen unterschieden wird - konnte sich auch die EWV nicht entziehen. Ein Teil der wechselwilligen Privat- und Geschäftskunden konnte durch neue EWV-Produkte erfolgreich im Unternehmen gehalten werden.

Für das Jahr 2010 und die darauf folgenden Jahre ist aufgrund der Wirtschaftskrise weiterhin mit einem verminderten Absatz von Gas und Strom, insbesondere im Bereich des produzierenden Gewerbes, zu rechnen.

Der Wettbewerb im Gasmarkt wird weiter zunehmen und die spezifischen Erlöse unter Druck setzen bzw. reduzieren. Diese Wettbewerbssituation könnte bei sinkendem Absatz und damit verstärktem Angebot in 2010 auch zu steigenden Wechslerzahlen im Geschäftskundenbereich führen.

6.3. Beschaffungsmarktrisiken

Zum Management der Risiken der Energiebeschaffung wird ein spezielles Risikohandbuch verwendet. Hier werden die Beschaffungsstrategien abgebildet und Mengen- und Preisrisiken beschrieben und bewertet. Damit können die Chancen der Großhandelsmärkte bei begrenztem Risiko genutzt werden.

Das begleitende, regelmäßig tagende Risikokomitee überwacht die Einhaltung der Vorgaben und analysiert, bewertet und steuert die Risiken.

Die für das Jahr 2010 benötigten Strommengen wurden überwiegend bereits im Laufe der Jahre 2008 und 2009 zu marktgerechten Preisen gekauft. Im Sinne einer Risikodiversifikation wurden Verträge mit verschiedenen Lieferanten über unterschiedlich große Teilmengen zu verschiedenen Kaufzeitpunkten abgeschlossen.

6.4. Betriebsrisiken

Generell schützt die EWV sich gegen Risiken, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken sind durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

6.5. Finanzrisiken

Finanzrisiken beinhalten Liquiditäts-, Preis- und Adressausfallrisiken. Sie können aus Finanztransaktionen im operativen Geschäft, der Finanzierungstätigkeit der EWW und der Wertveränderung von Bilanzposten resultieren. Die Risiken werden durch den kaufmännischen Bereich der EWW und dessen interne Sicherungssysteme laufend überwacht.

Konkrete Risiken aus der Finanzmarktkrise bzw. der Wirtschaftskrise bestehen bei EWW keine. Unsicherheit besteht aufgrund der Finanzkrise in der Zinsentwicklung für Tagesgeldaufnahmen und aufgrund der Wirtschaftskrise in der Entwicklung der Bonität der Kunden. Die von der EWW benötigten Kreditlinien wurden und werden von den Banken jederzeit zur Verfügung gestellt.

6.6. Umfeldrisiken

Es bestehen nicht beeinflussbare Umfeldrisiken aufgrund gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Darüber hinaus existieren Risiken insbesondere durch regulatorische Eingriffe in den Energiesektor. Dabei bestehen zwischen Umfeldrisiken im regulatorischen Bereich und Absatzmarktrisiken enge wechselseitige Beziehungen.

Es drohen durch die Anreizregulierung negative Einflüsse auf das Betriebsergebnis.

Neben diesen regulatorischen Aspekten bestehen Risiken infolge von kartellrechtlichen Eingriffen. So sehen sich die Kartellämter trotz des mittlerweile vorhandenen Wettbewerbs weiterhin in der Pflicht, die Preise für Erdgaskunden der Kartellaufsicht zu unterstellen. Die Kartellämter übernehmen hier verstärkt Informationsaufgaben durch die Veröffentlichung von Preisvergleichen. Kartellrechtliche Aspekte in Bezug auf die Preisgestaltung unterliegen einer intensiven Betreuung durch den Vertrieb der EWW.

Im Rahmen des regelmäßig tagenden Risikokomitees werden aktuelle Marktrisiken untersucht und adäquate Gegenmaßnahmen beschlossen.

Darüber hinaus erfolgten am 15. Juli 2009 zwei Grundsatzurteile des Bundesgerichtshofes zu sogenannten „Preisgleitklauseln“. Der BGH hat darin die Leitbildfunktion der Gasgrundversorgungsverordnung (GasGVV) im Grundsatz anerkannt. Die Richter halten die auf Grundlage dieser Verordnung ausgestalteten Klauseln in Gaslieferverträgen für wirksam. Die EWW verwendete zu diesem Zeitpunkt bereits diese Klausel in ihren Verträgen.

6.7. Gesamtrisiko

Die Überprüfung des gegenwärtigen Risikoszenarios führt zu der Erkenntnis, dass im Geschäftsjahr keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Entwicklungen bestanden haben und aus heutiger Sicht auch in absehbarer Zukunft nicht erkennbar sind.

7. Prognosebericht und Chancen

7.1. Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft und im Energiesektor

Die Entwicklung auf dem Strommarkt zeigt weitere Tendenzen der Preissteigerung. Zahlreiche Versorger haben bereits angekündigt, die Strompreise zu erhöhen. Als Preistreiber wird hier die Umstellung aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) gesehen, da die festgelegte Umlage deutlich über dem von der Branche erwarteten Wert liegt.

Die EWW wird die Strompreise trotz gestiegener EEG-Aufwendungen im Segment der Privatkunden zum 01. Januar 2010 konstant halten. Durch die allgemeine Marktaufstörung wird mit einer weiteren Zunahme der Wechselbereitschaft bei den Kunden gerechnet, so dass die EWW auf Produkte mit verstärktem, kundenbindenden Charakter sowie auf gezielte Reakquisition setzt.

Die Preisentwicklung auf dem Gasmarkt ist primär determiniert durch die Entwicklung des Ölpreises, zunehmend jedoch auch durch die Preistrends an alternativen - nicht Ölpreis gebundenen- Handelsplätzen.

Zum 01. Januar 2010 sind teilweise deutlich unterschiedliche Preisentwicklungen zu beobachten. Während einige Anbieter signifikante Preissenkungen ankündigen, beginnen andere Anbieter bereits mit der Erhöhung der Preise. Im ersten Quartal wird EWW die Gaspreise konstant halten.

Auch im Gasbereich ist aufgrund der zunehmenden Anzahl von Marktteilnehmern weiterhin mit deutlich steigenden Wechselraten zu rechnen. Auch hier verfolgt die EWW die Strategie der Kundenbindung durch ein attraktives Produkt-Portfolio.

Eine Prognose der Entwicklungen im netzwirtschaftlichen Umfeld ist durch die inzwischen genehmigten Erlösobergrenzen der ersten Regulierungsperiode ab 2009 für Strom- und Gasnetzentgelte zwar teilweise erleichtert worden. Trotzdem bleiben weiterhin Fragen, die die Erlösobergrenze der Netzgesellschaft betreffen, in der Auseinandersetzung mit der Regulierungsbehörde strittig. Regionetz hat folglich gegen die ergangenen Erlösobergrenzenbescheide Rechtsmittel eingelegt.

Mit Umsetzung der Anreizregulierung zum 1. Januar 2009 beginnt für die deutsche Energiewirtschaft eine neue Zeitrechnung: Damit wurde für jeden Netzbetreiber unternehmensindividuell ein Erlöspfad – das heißt eine Erlösobergrenze für jedes Jahr der Regulierungsperiode – festgelegt. Diese Vorgabe beschränkt die von den Netzbetreibern zu erzielenden Umsatzerlöse und erfordert entsprechende Anstrengungen zur Kostensenkung und Effizienzsteigerung.

7.2. Strategische Entwicklung der EWW

Aufbau neuer Geschäftsfelder

Die EWW wird im kommenden Geschäftsjahr ihre Aktivitäten im Bereich der regenerativen Energien und der Energieeinsparberatung stark intensivieren. Hierzu

wurde die Energie-Effizienz-Initiative der EWV aufgelegt, die einerseits Investitionen in regenerative Energieerzeugung vorsieht, andererseits die Anstrengungen im Bereich Forschung und Entwicklung, Verkehr (Erdgas- und Elektromobilität) sowie Energie-Effizienz (Beratung und Projekte) weiter steigert.

Kooperationen

Zwischen den Stadtwerken Aachen AG, enwor und EWV sind zur Zeit Kooperationsmöglichkeiten in der Städteregion Aachen in Überlegung mit dem Ziel der Optimierung der Versorgungslandschaft.

Effizienzsteigerung in bestehenden Geschäftsfeldern

Nach 2006 wurde im Frühjahr 2009 wiederum das gesamte Unternehmen auf Basis der Qualitätsmanagementnorm DIN EN ISO 9001:2008 vom TÜV zertifiziert.

Wesentlich für zukünftige Effizienzsteigerungen ist der Start des Projektes STP (Strategisches Technik Projekt) in der Hauptabteilung Technik. Wesentliche Zielsetzungen sind hier die Verbesserung der Qualitäts- und Kostensituation im Bauprozess unter Einbezug der Teilprozesse Planung, Ausschreibung, Bau und Abrechnung sowie eine verbesserte Planung der Mitarbeiterkapazitäten in Verbund mit einem aussagekräftigen Reporting über die Entwicklung von Kosten und Produktivität in einzelnen Organisationseinheiten. Ferner werden die Aufbauorganisation der Hauptabteilung Technik im noch laufenden Projekt auf künftige Erfordernisse geprüft und notwendige Anpassungen vorgenommen.

Ausblick

Die Absatzentwicklung im Strom- und Gassegment wird, bereinigt um Temperatureffekte, in 2010 und 2011 aufgrund steigender Wettbewerbsintensität, zunehmendem Einspar- und Substitutionsverhalten der Kunden sowie der zu erwartenden konjunkturellen Entwicklungen, im Besonderen durch Einbußen in der Industrieproduktion, tendenziell rückläufig sein.

Durch weitere Optimierung der Kostenstruktur wird es voraussichtlich gelingen, das Geschäftsergebnis in den nächsten beiden Geschäftsjahren auf konstantem Niveau zu halten.

Aufgrund der Finanzmarktkrise werden auch für die Energiebranche die Finanzierungskosten bei Investitionsvorhaben steigen. Die Investitionskosten der EWV werden aus dem Cashflow der laufenden Geschäftstätigkeit finanziert.

8. Öffentliche Zweckerfüllung

Aufgabe der EWV ist die Sicherstellung der Versorgung mit Energie, Wasser und Wärme im Versorgungsgebiet. Darüberhinaus trägt die EWV Verantwortung als Arbeit- und Auftraggeber in der Region. Die EWV hat sich im Geschäftsjahr 2009 erfolgreich den vorgenannten Aufgaben gestellt.

enwor – energie & wasser vor ort GmbH, Herzogenrath

Allgemeine Angaben

Firma	enwor - energie & wasser vor ort
Sitz	Kaiserstraße 86 52124 Herzogenrath
E-mail	info@enwor-vorort.de
Homepage	www.enwor-vorort.de
Rechtsform	GmbH
Gesellschaftervertrag	28.05.2004 in der derzeit gültigen Fassung letzte Änderung 14.05.2007
Geschäftsführer	Dipl.-Kfm. Herbert Pagel Dipl.-Ing. Friedrich Brinkmann
Gremien	Aufsichtsrat Gesellschafterversammlung
Stammkapital	21.007.400 €
Anteil der Stadt in €	550.250 €
Mitarbeiter	301

Gesellschafter

Städregion Aachen	55,810%
Stadt Herzogenrath	26,081%
Stadt Würselen	11,116%
Stadt Alsdorf	2,619%
enwor GmbH	2,690%
Städt. Wasserwerk Eschweiler	1,423%
Stadt Baesweiler	0,250%
2 ehem. Aktionäre	0,010%

Wesentliche Beteiligungen

Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH, Roetgen	50,000%
enwor - wärme vor ort GmbH, Herzogenrath	100,000%
Wärmeversorgung Würselen GmbH, Würselen	49,000%
Institut für Wasser- und Abwasseranalytik GmbH, Aachen	30,000%

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, die Durchführung aller damit im Zusammenhang stehenden Dienstleistungen, die Übernahme der Betriebsführung von Ver- und Entsorgungsunternehmen sowie die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an anderen Unternehmen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten sowie Unternehmens- und Interessengemeinschaften eingehen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Versorgung der Bevölkerung mit Grundbedürfnissen wie der Bereitstellung von Energie ist im weitesten Sinne einer der Grundstücke der Daseinsvorsorge, für welche eine Gemeinde gesetzlich und auch zweckmäßig als Institution arbeitet.

Darüber hinaus handelt es sich bei der *enwor- energie und wasser vor ort* GmbH um ein gewinnbringendes und nicht defizitäres Unternehmen. Dem Haushalt der Stadt kann in diesem Rahmen jährlich jeweils ein Gewinnanteil zugeführt werden und wird somit zusätzlich unterstützt.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage
Bilanz

<i>Aktivseite</i>	31.12.2009 EUR	31.12.2008 EUR	31.12.2007 EUR
A. Aufwendungen für die Erweiterung des Gasnetzes	466.632,00	0,00	0,00
B. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	5.505.645,00	5.247.874,00	5.537.776,00
II. Sachanlagen	122.436.833,00	124.778.209,00	127.007.726,00
III. Finanzanlagen	14.028.221,33	12.225.358,38	10.746.216,53
C. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	895.106,25	1.205.525,90	1.048.077,03
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	15.680.230,69	15.728.730,04	12.548.020,83
III. Wertpapiere	1.039.289,46	1.039.289,46	1.039.289,46
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.828.855,88	2.434.861,60	1.362.806,39
D. Rechnungsabgrenzungsposten	134.133,33	146.579,27	83.055,75
	163.014.946,94	162.806.427,65	159.372.967,99
<i>Passivseite</i>			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	21.007.400,00	21.007.400,00	21.007.400,00
II. Kapitalrücklage	2.683.997,03	2.683.997,03	2.683.997,03
III. Gewinnrücklagen	8.633.166,56	7.948.871,23	7.512.944,15
IV. Jahresüberschuss	8.167.490,48	8.684.295,33	4.435.927,08
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	9.386.454,00	8.747.438,00	8.092.219,00
C. Rückstellungen	52.166.221,56	51.653.017,85	48.990.324,76
D. Verbindlichkeiten	52.096.449,21	51.621.863,25	54.544.312,62
E. Rechnungsabgrenzungsposten	8.873.768,10	10.459.544,96	12.105.843,35
	163.014.946,94	162.806.427,65	159.372.967,99

Gewinn- und Verlustrechnung

<i>Gewinn- und Verlustrechnung</i>	31.12.2009 EUR	31.12.2008 EUR	31.12.2007 EUR
1. Umsatzerlöse	115.909.852,26	111.411.867,89	117.944.791,10
2. Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	47.949,93	-6.477,08	-53.167,54
3. andere aktivierte Eigenleistungen	1.208.136,00	1.210.207,00	1.532.447,00
4. sonstige betriebliche Erträge	7.217.495,24	7.496.409,29	7.922.062,88
5. Materialaufwand	67.114.732,56	59.773.584,41	67.177.895,98
6. Personalaufwand	22.791.338,79	23.297.504,71	22.204.352,63
7. Abschreibungen	8.533.432,00	8.569.644,00	8.629.840,00
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	12.284.434,89	14.658.025,30	11.926.799,38
9. Erträge aus Beteiligungen	107.749,64	191.537,54	0,00
10. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	436.547,98	594.253,12	395.291,89
11. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	27.151,20	43.671,16	29.420,40
12. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	106.249,01	152.379,76	275.106,71
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.884.863,55	2.134.088,88	2.210.009,14
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	12.356.429,61	12.673.955,54	16.003.390,39
15. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	4.328.725,37	4.115.907,67	7.498.131,86
16. sonstige Steuern	-139.786,24	-126.247,46	69.331,45
17. Jahresüberschuss	8.167.490,48	8.684.295,33	8.435.927,08

Kennzahlen

Kennzahlen	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007
Eigenkapitalquote <i>((Eigenkapitalx100)/Gesamtkapital)</i>	31,92%	32,27%	30,47%
Fremdkapitalquote <i>((Fremdkapitalx100)/Gesamtkapital)</i>	68,08%	67,73%	69,53%
Anlagendeckung I <i>((Eigenkapitalx100)/Anlagevermögen)</i>	28,52%	28,35%	24,87%
Anlagendeckung II <i>((Eigenkapital+langfr.Fremdkapital)x100/Anlagevermögen))</i>	99,76%	100,95%	93,54%

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Dem städtischen Haushalt wird ein Gewinnanteil zugeführt. Der Gewinn betrug für:

a) 2007	186.941,69 €
b) 2008	181.262,11 €
c) 2009	181.262,11 €

Bezogen auf den städtischen Anteil des Stammkapitals an der Gesellschaft bedeutet dies eine Kapitalverzinsung in Höhe von:

a) 2007	33,97 %
b) 2008	32,94 %
c) 2009	32,94 %

Die enwor GmbH zahlte Konzessionsabgaben für Wasser in Höhe von:

a) 2007	689.938,61 €
b) 2008	686.643,34 €
c) 2009	634.829,37 €

Zusammensetzung der Organe

a) Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der enwor umfasst laut Gesellschaftsvertrag 16 Mitglieder. Der Städteregionsrat der Städteregion Aachen ist geborenes Mitglied des Aufsichtsrates.

Für die **Stadt Alsdorf** ist im Aufsichtsrat vertreten:

Verwaltung: Herr Bürgermeister Alfred Sonders (seit dem 27.10.2009)

b) Gesellschafterversammlung

Jeder Gesellschafter entsendet je einen Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Für die **Stadt Alsdorf** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Verwaltung: Herr Bürgermeister Alfred Sonders (seit dem 27.10.2009)

Lagebericht

Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Die Entwicklung im Wassermarkt

enwor ist Wasserversorger in den Städten Herzogenrath, Würselen, Alsdorf, Baesweiler, Stolberg, Übach-Palenberg, sowie Teilen von Eschweiler und Roetgen und versorgt ca. 270.000 Menschen dieser Region mit einwandfreiem Trinkwasser.

Der Wasserbezugspreis im Geschäftsjahr 2009 betrug unverändert 74,0 Ct/cbm incl. des Wasserentnahmeentgeltes in Höhe von 4,5 Ct/cbm. Die Wasserabgabe war weiter rückläufig mit 14,2 Mio. cbm (Vorjahr 15,1 Mio. cbm). Die Umsatzerlöse aus dem Wasserverkauf waren bei unveränderten Abgabepreisen entsprechend dem Mengenrückgang ebenfalls rückläufig.

Die Wasserbezugskosten betrugen im Geschäftsjahr 2009 10,2 Mio. € gegenüber 10,6 Mio. € im Vorjahr.

Für das Geschäftsjahr 2010 gehen wir von einer stabilen Absatzentwicklung aus, sodass wir auch weiterhin ein Spartenergebnis in ähnlicher Größenordnung erwarten.

Die Entwicklung im Gasmarkt

enwor ist Gasversorger in dem Gebiet der Stadt Herzogenrath und versorgt dort ca. 20.000 Einwohner mit Erdgas. Die Anschlussentwicklung im Gasnetz ist weiter leicht positiv und stieg von 6.455 Verträgen im Vorjahr auf jetzt 6.528 im laufenden Geschäftsjahr im eigenen Netzgebiet. Hiervon werden 79 Kunden fremdversorgt. Die Gasabgabe ist mit 206,1 Mio. kWh in 2009 leicht gestiegen.

Der im Jahr 2007 eingesetzte Wettbewerb im Gasmarkt hat sich im Geschäftsjahr 2009 verstärkt. Ende 2009 wurden 79 Tarifkunden im enwor-Netzgebiet durch fremde Lieferanten versorgt, während umgekehrt enwor 1.585 Lieferstellen in fremden Netzen versorgt hat. Die aufgrund unserer guten Preispositionierung für 2009 erhofften Kundengewinne konnten somit vollumfänglich umgesetzt werden. Die Gasabgabe out of area betrug 23,3 Mio. kWh. Für 2010 erwarten wir analog zu früheren Entwicklungen im Strommarkt auch verstärkte Kundenwechselprozesse im Gasmarkt, vornehmlich auch im SVK Segment.

Die aufgrund der Wirtschaftskrise gesunkenen Ölpreisnotierungen haben durch die HEL-Preisbindung auch zeitversetzt die Gasbezugspreise in den ersten 3 Quartalen 2009 sinken lassen. Während die Abgabepreise für Sondervertragskunden fristengleich den gesunkenen Beschaffungskosten angepasst wurden, hat enwor im Tarifkundenbereich bereits zum 01.04.2009 die Preise um bis zu 30% herabgesetzt und anschließend konstant gehalten.

Trotz des gesunkenen Gaspreises waren aufgrund der gestiegenen Absatzmengen die Gasbeschaffungskosten insgesamt mit 7,4 Mio. € auf Vorjahresniveau. Demgegenüber konnte durch den erheblichen Mengengewinn vornehmlich im out of area Geschäft die Rohmarge aus der Gassparte erheblich gesteigert werden.

Gaslieferant im Geschäftsjahr 2009 war, wie im Vorjahr, die WINGAS: Mit der bereits in 2008 beschlossenen Umstellung von Teilen unseres Versorgungsnetzes, die noch mit L-Gas beliefert wurden, auf eine einheitliche H-Gas Versorgung wurde in 2009 begonnen und sie wird in 2010 endgültig abgeschlossen sein. Durch eine einheitliche Versorgung kann unser bisher getrenntes Gasnetz verbunden werden und durch dann zwei Einspeisepunkte wird die Versorgungssicherheit deutlich erhöht.

Auch im Gasbereich werden mittlerweile die Netzentgelte durch die Landesregulierungsbehörde festgesetzt. Seit 01. Januar 2008 werden bei enwor entsprechend genehmigte Netzentgelte angewandt. Für die seit Anfang 2009 gültige Phase der Anreizregulierung hat enwor als kleiner Gasnetzbetreiber von dem vereinfachten Verfahren Gebrauch gemacht. Hierdurch konnte erreicht werden, dass auch unter den Bedingungen der Anreizregulierung die Gasnetzentgelte in 2009 auf dem Vorjahresniveau gehalten werden können. Da sich die Netzentgeltkalkulation der enwor als stabil erwiesen hat, konnten die Netzentgelte auch in 2010 unverändert fortgeführt werden.

Die Entwicklung im Strommarkt

enwor versorgt in den Städten Herzogenrath und Würselen ca. 85.000 Menschen mit Strom. Durch den weiter voranschreitenden Wettbewerb sind die Kennzahlen im Strommarkt jedoch von Jahr zu Jahr differenzierter zu betrachten. Aus vertrieblicher Sicht ist die Stromabgabe an Kunden der enwor im Geschäftsjahr 2009 weiter auf 339,0 Mio. kWh gestiegen gegenüber dem Vorjahreswert von 327,6 Mio. kWh. Hierbei konnten Kundenverluste im eigenen Netz in Höhe von ca. 21,8 Mio. kWh aufgefangen werden durch Kundenzugewinne im Bereich out of area von ca. 28,2 Mio. kWh. Die Netzlast der enwor ist 2009 mit 336,7 Mio. kWh gegenüber 337,3 Mio. kWh im Vorjahr unverändert. Hierbei wurden durch das enwor-Netz insgesamt 88,5 Mio. kWh für Fremdlieferanten durchgeleitet gegenüber 72,3 Mio. kWh im Vorjahr.

Die Anzahl an Kundenwechseln im Strommarkt hat auch 2009 weiter zugenommen. Mit 4.584 fremdversorgten Tarifkunden im eigenen Netz (2008 = 3.858 Kunden, 2007 = 1.918 Kunden) hat die Fremdversorgung jetzt einen Anteil von ca. 8,2% nach Kundenzahl, aber mit 23,9 Mio. kWh Abgabe einen Anteil von ca. 14,5% erreicht. Das heißt, dass eher die größeren Tarifkunden zum Anbieterwechsel neigen, eine Tendenz, die wir bereits aus dem SVK Bereich kennen. Hier wurden in 2009 insgesamt 274 Lieferstellen mit 64,5 Mio. kWh Abgabe, entsprechend ca. 22 % Kunden bzw. 48% Stromabgabe fremdversorgt.

enwor begegnet diesen Kundenverlusten mit intensiven Akquisitionsbemühungen im out of area Geschäft. Mit 1.741 Lieferstellen im SVK Bereich bei einer Abgabe von 80,1 Mio. kWh und weiteren 1.521 Lieferstellen im Tarifkundenbereich bei einer Abgabe von 6,9 Mio. kWh hat das out of area Geschäft erstmals in 2009 die Kundenverluste im eigenen Netz kompensiert.

Die Strombezugskosten betragen im Geschäftsjahr 2009 insgesamt 40,9 Mio. € gegenüber 33,2 Mio. € im Vorjahr. Die Steigerung ist hauptsächlich preisbedingt durch die extrem hohen Forwardpreise in 2008 für Lieferjahr 2009. Stromhandel hat die

enwor im Geschäftsjahr 2009 nicht durchgeführt.

Nach Inbetriebnahme des Gas- und Dampfturbinenkraftwerkes 2008 in Hamm, wurde 2009 auch Erzeugung und Vermarktung von Kraftwerksstrom durchgeführt. Mit Umsatzerlösen aus Kraftwerksstrom von 3,8 Mio. € bei gleichzeitigen Produktionskosten von 3,2 Mio. € hat dieser Geschäftsbereich für die enwor wieder einen Deckungsbeitrag in der Stromsparte erwirtschaftet.

Ein ebenfalls neues Geschäftsfeld wurde 2008 mit dem Stromvertrieb via Internet begonnen. Gemeinsam mit weiteren Partnern im Trianelverbund wurde hierzu eine entsprechende Plattform entwickelt. Die laufenden Erlöse betragen im Geschäftsjahr 2009 ca. 1,7 Mio. € bei Aufwendungen von ca. 1,8 Mio. €. Die geringe Unterdeckung resultiert aus Anlaufkosten und Aufwendungen zur Markterschließung. Dieses neue Geschäftsfeld muss sich in den kommenden Geschäftsjahren weiter entwickeln. Wir rechnen ab dem Jahr 2012 mit nachhaltigen Deckungsbeiträgen und einem einsetzenden Return on Investment.

Die Umsatzentwicklung aus Stromverkäufen war 2009 primär preisgetrieben. Ohne das Kraftwerksprojekt und den Internethandel haben sich die Umsatzerlöse von 48,7 Mio. € im Vorjahr auf nunmehr 55,0 Mio. € im Geschäftsjahr 2009 entwickelt. Der Gesamtdeckungsbeitrag der Stromsparte war in 2009 mit 14,5 Mio. € gegenüber 16,8 Mio. € im Vorjahr stark rückläufig. Hiervon war ein Rückgang in Höhe von ca. 830 T€ im Kraftwerksprojekt planmäßig, da das Vorjahr von einigen Sondererlösen in Verbindung mit der Betriebsaufnahme des Kraftwerkes geprägt war, die in 2009 und auch künftig nicht mehr im operativen Geschäft auftreten. Weitere ca. 600 T€ mussten durch Kundeninsolvenzen an Erlösen ausgebucht werden.

Betriebsführungen

Wie in den Vorjahren hat die enwor auch in 2009 die Betriebsführungen für die Gesellschaften WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH sowie für die enwor – wärme vor ort GmbH durchgeführt. Mit Umsatzerlösen in Höhe von 5,9 Mio. € wurde annähernd der Vorjahreswert von 6,0 Mio. € wieder erreicht.

Entwicklung sonstiger Geschäftsfelder

Die übrigen Geschäftsfelder der enwor wie Straßenbeleuchtung, Telekommunikation, Installationsgeschäfte etc. waren mit Erlösen in Höhe von 1,7 Mio. € gegenüber dem Vorjahr mit 1,8 Mio. € ebenfalls auf gleichem Niveau.

Investitionen

Die Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände sowie in Sachanlagen betragen im Geschäftsjahr 2009 insgesamt 6,7 Mio. €. Im Wesentlichen betrifft dies mit 3,7 Mio. € die Erneuerung und Erweiterung unserer Wasser-, Strom- und Gasverteilungsanlagen incl. der Hausanschlussanlagen.

Die Investitionen konnten in vollem Umfang im Rahmen der Innenfinanzierung aus Abschreibung in Höhe 8,5 Mio. € finanziert werden.

Das Anlagevermögen in Höhe von 142,0 Mio. € ist zum Bilanzstichtag zu 36,65 % durch Eigenkapital unter Einbeziehung weiterer Bilanzpositionen mit eigenkapita-

lähnlichem Charakter gedeckt. Mit einem Anteil von 87,09 % an der Bilanzsumme zeigt das Sachanlagevermögen die in der Versorgungswirtschaft üblich hohe Anlagenintensität.

Ergebnis des Geschäftsjahres

Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2009 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 8,2 Mio. € nahezu wieder auf Vorjahresniveau. In der Detailanalyse zeigen sich bei der Ergebniszusammensetzung jedoch deutliche Veränderungen. So ist das Rohergebnis Strom wie beschrieben um 2,3 Mio. € gesunken. Die Gaswirtschaft erreichte mit 4,2 Mio. € einen Ergebnisbeitrag deutlich über Vorjahresniveau. Dem gegenüber ist der Ergebnisbeitrag der Wasserwirtschaft um 1,1 Mio. € gesunken, was vorwiegend auf rückläufige Absatzmengen zurückzuführen ist. Da Sonderaufwendungen des Geschäftsjahres 2008 wie die gestiegenen Pensionsrückstellungen oder auch die Rückstellungen zur Mehrerlösabschöpfung in 2009 nicht anfielen, konnte der Jahresüberschuss auf Vorjahresniveau gehalten werden.

Nach Einrechnung der in voller Höhe erwirtschafteten Konzessionsabgabe in Höhe von 6,7 Mio. € wird für 2009 ein Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von 8,2 Mio. € ausgewiesen. Entsprechend der mit den Gesellschaftern abgestimmten langfristigen Ausschüttungspolitik schlägt die Geschäftsführung der Gesellschafterversammlung vor, einen Betrag in Höhe von 8,0 Mio. € an die Gesellschafter auszuschütten und die verbleibenden 0,2 Mio. € in die Gewinnrücklagen einzustellen.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der enwor war in 2009 jederzeit geordnet. Die Zahlungsfähigkeit war zu jedem Zeitpunkt gegeben.

Die Eigenkapitalquote im betriebswirtschaftlichen Sinne veränderte sich von 32,27 % auf nunmehr 31,92 %. Analog änderte sich die Fremdkapitalquote entsprechend auf nunmehr 68,08 %. Das langfristig zur Verfügung stehende Eigen- und Fremdkapital macht einen Anteil von 84,67 % an dem Gesamtkapital im betriebswirtschaftlichen Sinne aus und deckt damit das Anlagevermögen zu 99,76 % ab.

Ausblick

Die Energiewirtschaft befindet sich weiterhin sowohl aufgrund branchenspezifischer Entwicklungen als auch durch die Auswirkungen der allgemeinen Weltwirtschaftskrise in einer schwierigen Phase. Beide Aspekte sollen im Folgenden kurz getrennt betrachtet werden.

Branchenspezifische Besonderheiten

Die bisher integrierte Dienstleistung der Energieversorgung wurde durch das neue Energiewirtschaftsgesetz in den vergangenen Jahren bereits geteilt in eine Leistung des Energietransportes (Netzbetrieb) und eine Leistung der Energielieferung (Vertriebsleistung). Mit der neuen Messstellenverordnung hat die Bundesnetzagentur zwischen die Dienstleistung Transport und Vertrieb eine neue, jetzt selbständige Dienstleistung für Messen, Ablesen und Abrechnen eingefügt. Diese nunmehr selbständige Dienstleistung war bislang unter dem Begriff Zählerwesen integraler Bestandteil der Netzwirtschaft. Neue Dienstleister drängen mit diesen Angeboten jetzt in den Markt und erfordern neue Schnittstellen im (Vertrags-)rechtlichen, Betriebswirtschaftlichen und vor allem IT-technischen Bereich.

Weiterhin hat ein im August 2008 ergangenes BGH Urteil zur sogenannten Mehrererlösabschöpfung für erhebliche Verunsicherung in der Branche gesorgt. Obwohl die

wirtschaftlichen Auswirkungen dieses Urteils sehr weitreichend sind und seit der Urteilsverkündung nunmehr 18 Monate vergangen sind, gibt es seitens der Bundesnetzagentur und der Landesregulierungsbehörden bisher keine verbindlichen Vorgaben, wie die Auswirkungen dieses Urteils in die betriebliche Praxis umgesetzt werden sollen.

Seit Januar 2009 läuft die erste Periode der sogenannten Anreizregulierung. Während in der Branche teils erhebliche Schwankungen der Netzentgelte zu beobachten sind, haben sich die Netzentgeltkalkulationen der enwor nach einem Jahr Erfahrung als stabil erwiesen.

Aus vertrieblicher Sicht sind permanente Netzentgeltänderungen für Unternehmen mit großem out of area Geschäft – wie auch bei enwor – jedoch mit erheblichem zusätzlichen Prüf- und Kontrollaufwand verbunden, zumal neue Netzentgelte häufig mit Rückwirkung veröffentlicht werden. Erschwerend kommt hinzu, dass viele Netzbetreiber die seit Oktober 2008 vorgeschriebene elektronische Abrechnung per INVOIC immer noch nicht technisch beherrschen und daher kostenintensive manuelle Prüfprozesse erforderlich machen.

Auch die Änderung des EEG-Gesetzes mit der Neuberechnung der EEG-Umlage ab Januar 2010 hat in ihrer Dimension eine nicht erwartete Größenordnung angenommen. So stieg die EEG-Umlage von 1,13 Ct in 2009 auf 2,04 Ct in 2010 um unerwartete 80%! Bei ca. 350 Mio. kWh Abgabe bei enwor, bedeutet dies allein in unserem Unternehmen eine Mehrabgabe von 3,2 Mio. €. Da die Mehrabgabe nicht an alle Kunden weitergegeben werden kann, erwachsen hieraus auch ergebnisbelastende Konsequenzen für die Energieversorger.

Die Zeit der permanenten Umbrüche in der Energiewirtschaft ist damit jedoch noch nicht beendet. Die bereits zum 01. Oktober 2009 vorgeschriebene Einführung des sogenannten Zweimandantenmodells wurde aufgrund zahlreicher ungelöster Probleme insbesondere im Bereich der Datenkommunikation mit einer Fristverlängerung von bis zu 12 Monaten versehen. Dies stellt eine enorme Herausforderung sowohl im Bereich der Softwareentwicklung als auch im Bereich der hardwaremäßigen Kapazitätsbereitstellung dar. Allein für die enwor bedeutet die Umsetzung dieser Vorgabe die Generierung und Verarbeitung von ca. 10. Mio. Datensätzen pro Jahr zusätzlich. enwor plant die Einführung des Zweimandantenmodells zum 01. April 2010.

Allgemeinwirtschaftliche Entwicklung

Parallel zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung war auch die Energiewirtschaft in den Jahren bis etwa Sommer 2008 von positiver Entwicklung und wachsenden Märkten gekennzeichnet. Vor diesem weltweiten Wachstumshintergrund hat eine rasante Preisentwicklung stattgefunden, bei der sich binnen Jahresfrist die Strompreise verdoppelt und die Preise für Rohöl nahezu vervierfacht haben. Diese Preisentwicklung war jedoch nicht nur mit fundamentalen Wirtschaftsdaten begründbar, sondern großenteils auch spekulationsgetrieben. Mit Einsetzen der weltweiten Wirtschaftskrise erfolgt seit September 2008 der Preissturz auf den Energiemärkten noch rasanter, als sich in den 12 Monaten zuvor der Preisanstieg dargestellt hat. Die enwor wird in dieser Situation die gesamte Erzeugung und Beschaffung noch enger mit den vertrieblichen Aktivitäten koppeln, um Zeit- und Mengenrisiken in diesem hoch volatilen Markt zu begrenzen.

Neben den Preisturbulenzen hat die Wirtschaftsrezession auch das Mengengerüst der Energieabgabe in 2009 maßgeblich beeinflusst. Während bei Haushaltskunden

und im Kleingewerbe ein eher linearer Mengenrückgang von 3 – 5 % zu verzeichnen war, sind im Sondervertragskundenbereich Rückgänge von 50 – 80% in Einzelfällen (z. B. kurzarbeitsbedingt) festzustellen bis zum Totalverlust z. B. durch Insolvenzen. Dies zieht außer den Verlusten aus der nicht kostendeckenden Vermarktung der so entstandenen long-Positionen weitere Verluste aus Forderungsausfall und Wertberichtigung nach sich. Mit der erwarteten wirtschaftlichen Stabilisierung in 2010 werden sich diese Effekte begrenzen lassen.

Als Mehrspartenunternehmen kann enwor dem schwierigen Wirtschafts- und Branchen Umfeld jedoch besser begegnen und dadurch Risiken vermindern. Hierzu tragen insbesondere die Geschäftsfelder Wasserversorgung und Betriebsführung bei, die auch für die kommenden Jahre eine stabile Kosten- und Erlösentwicklung erwarten lassen.

In der Gaswirtschaft konnte enwor mit erheblichen Kundengewinnen das Geschäftsfeld ausbauen und da enwor nur im Bereich der Heizgasbelieferung tätig ist, ist die Mengenentwicklung je Kunde mehr temperatur- als konjunkturabhängig. Allerdings ist mit verstärkten Wechselprozessen zu rechnen.

Schwieriger ist die Situation im Strommarkt zu beurteilen. Der Wettbewerb findet intensiv auf allen Ebenen vom Haushaltskunden bis zum Industriekunden statt, die Preise sind extrem volatil und entziehen sich zurzeit jeder fundamentaldatenbezogenen Prognoserechnung. Die Vertriebsstrategie der enwor zielt daher darauf ab, in allen Kundensegmenten mehrjährige Lieferverträge abzuschließen, um in soweit Preis- und Mengenrisiken zu begrenzen. In der Netzwirtschaft Strom wird jedoch durch die kontinuierliche Erlösabschmelzung in der Anreizregulierung der zukünftige Ergebnisbeitrag rückläufig sein.

Weiterhin begegnet enwor diesen Risiken jedoch auch durch eine ausgefeilte Diversifikationsstrategie. Hierzu zählt insbesondere der Ausbau aller vor- und nachgelagerten Wertschöpfungsstufen, einhergehend mit der Entwicklung weiterer Dienstleistungen rund um die Kernkompetenz der Energieversorgung. Neben der Beteiligung an dem bereits im Betrieb befindlichen Gaskraftwerk in Hamm hält enwor weitere Beteiligungen an einem im Bau befindlichen Kohlekraftwerk in Lünen sowie an einem in Planung befindlichen Kohlekraftwerk in Krefeld. Außer dieser konventionellen Energieerzeugung verfolgt enwor Konzepte zum Aufbau von Erzeugungskapazitäten im regenerativen Bereich. Hierbei werden über die Beteiligung an der TPWB Projekte im Bereich Offshore Windkraft verfolgt und durch die Beteiligung an der STAWAG Solar GmbH Projekte im Bereich Onshore Windkraft und Großflächenfotovoltaik.

Außer diesen erzeugungsorientierten Strategien beschäftigt sich enwor mit neuen Dienstleistungen oder Vertriebswegen wie dem Smart Metering, dem Aufbau von Nahwärmeinseln oder dem internetbasierten Stromvertrieb.

Trotz eines intensiven Wettbewerbumfeldes in der Energiewirtschaft und einiger risikobehafteter Entwicklungen für die Zukunft, die primär aus unklaren gesetzgeberischen Vorgaben resultieren, ist enwor für die Zukunft als regionales, eigenständiges und wirtschaftlich erfolgreiches Unternehmen gut aufgestellt. Hierbei kommt enwor insbesondere die stabilisierende Funktion als Mehrspartenbetrieb zu Gute, aber auch die Flexibilität und Schnelligkeit, mit der ein vergleichsweise kleines Unternehmen auf Marktveränderungen reagieren kann und neue Marktnischen entlang der Wertschöpfungskette besetzen kann. Hierbei profitiert enwor auch von den Kooperationsmöglichkeiten im Trianelnetzwerk, da häufig neue Geschäftsfelder für Stadt-

werke erst im Verbund erschließbar sind. Der weitere Auf- und Ausbau regionaler Kooperationsfelder, wie er mit der gemeinsamen Gründung der STAWAG Solar GmbH bereits begonnen hat, wird in Zukunft dieses Kooperationsnetzwerk weiter festigen.

Unter Berücksichtigung aller vorgetragenen Chancen und Risiken erwartet enwor daher auch in der mittelfristigen 5-Jahresplanung eine stabile Ergebnisentwicklung.

Öffentliche Zweckerfüllung

Als kommunales Unternehmen stellt enwor die Versorgung weiter Teile der Bevölkerung in der StädteRegion Aachen mit Strom, Gas, Trinkwasser und Wärme als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge sicher. Darüber hinaus fühlt sich enwor als Arbeitgeber, als Ausbildungsbetrieb sowie als Auftraggeber für Wirtschaft und Handwerk in der Region und als Sponsor insbesondere für die Jugendarbeit im Versorgungsgebiet dem Gemeinwohl verpflichtet. enwor hat im Geschäftsjahr 2009 die hiermit verbundenen Maßnahmen erfolgreich umgesetzt.

GREEN – Gesellschaft für regionale und erneuerbarer Energie mbH

Allgemeine Angaben

Name	GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbarer Energie mbH	Gesellschafter EWV 42,000% Rheinland-Westfalen Energiepartner GmbH 10,00% Stadt Baesweiler 3,00% Gemeinde Aldenhoven 3,00% Gemeinde Inden 3,00% Gemeinde Niederzier 3,00% Gemeinde Selfkant 3,00% Stadt Linnich 3,00% Gemeinde Simmerath 3,00% Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH 3,00% Kreis Heinsberg 3,00% Gemeinde Roetgen 3,00% Stadt Alsdorf 3,00% Stadt Jülich 3,00% Gemeinde Langerwehe 3,00% Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH 3,00% Stadt Stolberg 3,00% Gemeinde Titz 3,00%
Sitz	Willy-Brandt-Platz 2 52222 Stolberg	
E-mail	matthias.betsch@region-green.de frajo.tuerck@region-green.de	
Homepage	www.region-green.de	
Rechtsform	GmbH	
Gesellschaftsvertrag	in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 18.07.2011	
Geschäftsführer	Axel Kahl	
Prokurist	Rene Pletz	
Gremien	Aufsichtsrat Gesellschafterversammlung Beirat Prüfungsausschuss	
Stammkapital	25.000 €	
Anteile der Stadt in €	750 €	
Mitarbeiter		

Anmerkungen:

Da die GREEN – Gesellschaft für regionale und erneuerbarer Energie mbH erst am 18.07.2011 gegründet worden ist, ist es nicht möglich differenzierte Angaben über den Geschäftsverlauf im Jahre 2009 zu machen. Diese Gesellschaft wird erst im **Beteiligungsbericht 2011** mit ihren Daten aufgenommen.

Um allerdings vorab schon einmal einen Überblick über die Gesellschaft zu ermöglichen, sind die Stammdaten bereits dargestellt worden.

III. Beteiligungen Wohnungswesen/Städtebau

GSG – Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Alsdorf mbH, Alsdorf

Allgemeine Angaben

Firma	GSG - Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Alsdorf GmbH, Alsdorf	Gesellschafter
Sitz	Annastraße 10 52477 Alsdorf	Stadt Alsdorf 76,100%
E-mail	info@gsg-alsdorf.de	Aachener Bank 23,900%
Homepage	www.gsg-alsdorf.de	
Rechtsform	GmbH	Wesentliche Beteiligungen
Gesellschaftervertrag	in der derzeit gültige Fassung datiert vom 20. Januar 2005	Keine
Geschäftsführer	Dieter Sandlöbes Dipl. Ing. Architekt Achim Speer	
Gremien	Aufsichtsrat Gesellschafterversammlung	
Stammkapital	708.139,26 €	
Anteil der Stadt in €	538.901,64 €	
Mitarbeiter	15,5	

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft übernimmt die Aufgabe der Bevölkerung zusätzlichen Wohnraum zu liefern, um sich im Stadtgebiet niederzulassen. Der Zweck der Gesellschaft liegt somit im Bereich der Daseinsvorsorge und ist sozial- und gemeinwohlnützig.

Des Weiteren ist die GSG ein Unternehmen, die innerhalb eines Geschäftsjahres einen Gewinn erwirtschaftet. Die Stadt Alsdorf erhält jährlich einen bestimmten Anteil davon, den sie dem Finanzhaushalt zuführen kann.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage

Bilanz

<i>Aktivseite</i>	31.12.2009 EUR	31.12.2008 EUR	31.12.2007 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	12.386,00	11.331,00	13.661,00
II. Sachanlagen	18.025.105,91	18.358.482,91	18.146.188,30
III. Finanzanlagen	1.500,00	1.500,00	1.500,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	2.310.222,86	2.449.799,69	2.081.220,12
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	171.122,83	571.768,62	95.576,72
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.225.811,30	537.810,77	986.445,59
	21.746.148,90	21.930.692,99	21.324.591,73
<i>Passivseite</i>			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	708.139,25	708.139,25	708.139,25
II. Gewinnrücklagen	8.600.000,00	8.049.134,18	7.799.134,18
III. Bilanzgewinn	378.873,34	677.402,67	361.104,87
B. Rückstellungen	338.203,82	481.055,87	208.133,06
C. Verbindlichkeiten	11.720.932,49	12.014.961,02	12.248.080,37
	21.746.148,90	21.930.692,99	21.324.591,73

Gewinn- und Verlustrechnung

<i>Gewinn- und Verlustrechnung</i>	<i>31.12.2009 EUR</i>	<i>31.12.2008 EUR</i>	<i>31.12.2007 EUR</i>
1. Umsatzerlöse	3.892.455,99	4.131.863,98	3.520.563,38
2. Erhöhung / Verminderung des Bestandes an zum Verkauf bestimmten Grundstücken, unfertigen und fertigen Bauten sowie unfertigen Leistungen	-103.133,00	48.684,55	53.573,29
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	35.162,60	41.831,39
4. Sonstige betriebliche Erträge	198.776,98	71.795,53	59.067,75
5. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	2.325.023,57	2.595.944,78	2.072.077,28
6. Personalaufwand	782.112,31	635.340,42	593.552,69
7. Abschreibungen	573.146,48	559.922,07	554.075,52
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	226.015,27	229.061,23	144.374,41
9. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	75,00	75,00	75,74
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5.087,83	13.231,45	30.439,30
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	315.181,80	326.368,16	344.725,67
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	433.730,54	858.559,35	465.864,03
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	112.648,00	35.082,75
14. Sonstige Steuern	75.173,05	73.393,00	75.994,83
15. Jahresüberschuss	358.557,49	672.518,35	354.786,45
16. Gewinnvortrag	20.315,85	4.884,32	6.318,42
17. Bilanzgewinn	378.873,34	677.402,67	361.104,87

Kennzahlen

<i>Kennzahlen</i>	<i>31.12.2009</i>	<i>31.12.2008</i>	<i>31.12.2007</i>
Gesamtkapitalrentabilität (Jahresüberschuss vor Ertragssteuern + Fremdkapitalzinsen) / (Bilanzsumme) x 100)	3,10%	5,10%	3,40%
Eigenkapitalrentabilität (Jahresüberschuss vor Ertragssteuern / Eigenkapital) x 100)	3,70%	8,30%	4,40%
Eigenkapitalquote (Eigenkapital / Bilanzsumme) x 100)	44,10%	42,50%	41,10%

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Dem städtischen Haushalt wird ein Gewinnanteil zugeführt. Der Gewinn betrug für:

a) 2007	68.042,86 €
b) 2008	68.042,86 €
c) 2009	236.875,56 €

Bezogen auf den städtischen Anteil des Stammkapitals an der Gesellschaft bedeutet dies eine Kapitalverzinsung in Höhe von:

a) 2007	12,63 %
b) 2008	12,63 %
c) 2009	43,96 %

Darüber hinaus besteht zwischen der Stadt Alsdorf und der GSG ein Vertrag über die Unterhaltung und Bewirtschaftung städtischer Gebäude. Die GSG verpflichtet sich, alle Rechte und Pflichten, die sich aus der ordnungsmäßigen Nutzung und Verwaltung der Immobilien, zu denen der Eigentümer (Stadt Alsdorf) gesetzlich und vertraglich berechtigt und verpflichtet ist, zu übernehmen. In diesem Zusammenhang steht es der GSG zu, Verträge abzuschließen, zu ändern und zu kündigen und die Stadt Alsdorf in allen Angelegenheiten, die mit der Verwaltung des Besitzes zusammenhängen, gerichtlich und außergerichtlich zu vertreten.

Zusammensetzung der Organe

a) Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat umfasst mindestens 9 Mitglieder, wovon 5 Stadtverordnete der Stadt Alsdorf sein müssen.

Für die **Stadt Alsdorf** sind im Aufsichtsrat vertreten:

Verwaltung:	Herr Bürgermeister Alfred Sonders (seit dem 27.10.2009)
1. SPD-Fraktion:	Herr Stv. Gustl Rinkens (seit dem 27.10.2009)
2. SPD-Fraktion:	Herr Stv. Karl-Heinz Robert (seit dem 27.10.2009)
3. SPD-Fraktion:	Herr Stv. Hans-Rainer Steinbusch (seit dem 27.10.2009)
4. CDU-Fraktion:	Herr Stv. Roland Andreas Krichel (seit dem 27.10.2009)
5. GRÜNE-Fraktion:	Herr Stv. Friedhelm Wirtz (seit dem 27.10.2009)
6. FWA-Fraktion:	Herr Stv. Josef Nevelz (seit dem 27.10.2009)
7. Fraktion DIE LINKE:	Herr Stv. Frank Thyssen (seit dem 27.10.2009)

b) Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung wird in der Regel von den Geschäftsführern einberufen.

Für die **Stadt Alsdorf** sind in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Verwaltung:	Herr Kämmerer Günter Jansen (seit dem 27.10.2009)
1. SPD-Fraktion:	Herr Stv. Heinrich Plum (seit dem 27.10.2009)
2. CDU-Fraktion:	Herr Stv. Friedhelm Wirtz (GRÜNE – seit dem 27.10.2009)

Lagebericht

- 1. Angaben nach § 289 Abs.1 HGB**
 - 1.1 Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses**
 - 1.2 Darstellung der Lage**
 - 1.3 Finanzielle Leistungsindikatoren**
 - 1.4 Prognosebericht**
 - 1.5 Risikobericht**
 - 1.5.1 Risiken der künftigen Entwicklung**
 - 1.5.2 Chancen der künftigen Entwicklung**
 - 1.5.3 Finanzinstrumente**
- 2. Angaben nach § 289 Abs. 2 HGB**

1. Angaben nach § 289 Abs. 1 HGB

1.1 Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Die Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Alsdorf GmbH (GSG) ist als Wohnungsunternehmen im Stadtgebiet Alsdorf tätig. Im Gesellschaftsvertrag wird die Errichtung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten aller Art als Geschäftsgegenstand festgelegt. Sitz der Gesellschaft ist die Stadt Alsdorf.

Weltwirtschaft

Zum Ende des Jahres 2009 scheint der Tiefpunkt der schwersten weltwirtschaftlichen Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg überschritten. Vieles deutet auf eine konjunkturelle Erholung hin. Maßgeblich für den Umschwung war die Stabilisierung an den Finanzmärkten, insbesondere ermöglicht durch die massiven Interventionen der Notenbanken, die Ankündigung staatlicher Stützungsprogramme und Garantien für den Finanzsektor. Allerdings zeigt die Erfahrung früherer wirtschaftlicher Schwächephasen, dass Rezessionen, die mit Banken- und Immobilienkrisen einhergingen, zumeist nur langsam überwunden wurden. Eine den weltwirtschaftlichen Aufschwung bremsende Wirkung wird insbesondere von dem mit der wirtschaftlichen Erholung meist einhergehenden Anstieg der Energiekosten erwartet.

Euro-Raum

Auch für den Euro-Raum wird für das Jahr 2010 eine konjunkturelle Erholung prognostiziert. Nach Einschätzung der EU-Kommission ist für 2010 mit einem Anstieg des BIP um 0,7% zu rechnen.

Deutschland

Gesamtwirtschaftliche Lage und voraussichtliche Entwicklung

In Deutschland hat sich die Konjunktur im Jahr 2009 ebenfalls stabilisiert, wenn auch auf deutlich reduziertem Produktionsniveau. Die eingetretene Stabilisierung ist wesentlich auf die massiven wirtschaftspolitischen Investitionen seit Herbst 2008 zurückzuführen. Ab dem 2. Quartal 2009 stieg das Bruttoinlandsprodukt wieder etwas. Maßgebliche Impulse kamen von der privaten Konsumnachfrage, gestützt durch die relativ stabil gebliebene Lage auf dem Arbeitsmarkt. Nach der aktuellen Einschätzung wird jedoch nicht mit einem nachhaltigen Aufschwung gerechnet, da sich auch erhebliche Bremskräfte bemerkbar machen werden. Dazu wird wahrscheinlich eine Verschärfung des Arbeitsplatzabbaus in 2010 durch die trotz Erholung erheblichen Überkapazitäten zählen. Auch könnten sich verschlechterte Finanzierungsbedingungen negativ auswirken.

Daten (preisbereinigt)	2007	2008	2009
Bruttoinlandsprodukt	+2,5%	+1,3%	-5,0%
Private Konsumausgaben	-0,3%	0,4%	0,4%
Konsumausgaben des Staates	+1,7%	+2,1%	+2,7%
Ausrüstungsinvestitionen	+11,0%	+3,3%	-20,0%
Bauinvestitionen	+0,0%	+2,6%	-0,7%

Arbeitsmarkt

Die Rezession hat sich bis Ende 2009 auf dem Arbeitsmarkt noch nicht mit voller Wucht ausgewirkt.

Arbeitslose im Dezember 2009: 3.276.000 (= + 174.000 gegenüber Dezember 2008)

Arbeitslosenquote im Dezember 2008: 7,8% (Dezember 2008: 7,4%)

Erwerbstätige im Dezember 2009: 40,416 Mio. (= -0,3% gegenüber Vorjahresmonat)

Die Prognosen für 2010 gehen aufgrund der Konjunkturabschwächung von einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit aus.

Kapitalmarkt

Im Verlauf des Jahres 2009 waren z.T. erhebliche Senkungen des Zinsniveaus zu verzeichnen. So verminderten sich z. B. die von der deutschen Bundesbank veröffentlichten Effektivzinssätze für Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften unter 1 Mio. Euro mit einer Laufzeit über 5 Jahren zwischen Oktober 2008 und Oktober 2009 von 5,36 % auf 4,37 %. Für Kredite über 1 Mio. Euro war eine Minderung von 5,45 % auf 4,29 % zu verzeichnen. Allerdings war das Volumen der Kreditvergabe an nichtfinanzielle Unternehmen zuletzt stark rückläufig. Dies wird aktuell noch auf konjunkturelle Einflüsse zurückgeführt, sodass von einer Kreditklemme noch nicht die Rede sein kann. Für 2010 wird jedoch mit einer Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen gerechnet. Dafür spricht, dass den Banken noch erhebliche Abschreibungen auf Risikopapiere und Unternehmenskredite bevorstehen, wodurch weitere Eigenkapitalverluste absehbar sind. Absehbare höhere Ausfallwahrscheinlichkeiten werden zusätzlich zu einer restriktiveren Kreditvergabe führen.

Bauwirtschaft

Die Umsätze im Bauhauptgewerbe gingen nach vorläufigen Berechnungen in 2009 gegenüber 2008 um 4,7 % auf 81,6 Mrd. Euro zurück. Während die Umsätze im Wohnungsbau um 5,1 % und im Wirtschaftsbau um 12,1 % zurückgingen, wurde im öffentlichen Bau ein Zuwachs von 5,4 % erreicht. Für 2010 wird bestenfalls mit einer Stagnation oder einem nur geringen Umsatzwachstum gerechnet.

Die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe wird für 2009 mit 689.000 und damit erstmals unter 700.000 geschätzt.

Immobilienmarkt

Die Immobilienaktien konnten sich dem gegenüber 2008 leicht erholen. Der DIMAX stieg bis Jahresende 2009 um rd. 17 % gegenüber dem Endstand 2008. Von Januar bis Oktober 2009 wurde in Deutschland der Bau von 145.262 Wohnungen (einschließlich Bestandsmaßnahmen) genehmigt. Das waren 1,8 % weniger als im Vorjahreszeitraum. Von den im Zeitraum von Januar bis Oktober 2009 genehmigten Wohnungen waren 129.091 Neubauwohnungen, was in etwa der Anzahl des Vorjahreszeitraums entspricht. Ausweislich der GdW-Jahresstatistik betragen die Nettokaltmieten im Bundesdurchschnitt im Dezember 2008 4,62 Euro/qm, in den alten Bundesländern 4,72 Euro/qm und in den neuen Bundesländern 4,45 Euro/qm.

Wohnungsmarkt in Alsdorf

Wir verzeichnen im preiswerten Segment der Altbauwohnungen weiterhin eine ausreichende Nachfrage. Hierbei ist festzustellen, dass insbesondere Kleinwohnungen durch die Begrenzungen der Miete für allein stehende Hartz IV-Empfänger, stärker nachgefragt werden.

Der Markt für Mieten ab 5,00 Euro/qm netto aufwärts ist deutlich schwächer.

Die Entwicklung der Mietpreise im Regionalmarkt stagniert. Lediglich bei Altbauwohnungen, die ein niedriges Mietniveau haben, lassen sich geringfügige Steigerungen bei der Neuvermietung erzielen.

Die Gesamtbelastung der Mieter steigt dennoch, da es zu erheblichen Steigerungen der Kosten bei der Energieversorgung, gekommen ist.

GSG Alsdorf

Das Geschäftsergebnis 2009 (358 T€) wurde stark durch die Auflösung von Rückstellungen beeinflusst. Die Rückstellung für unterlassene Instandhaltung wurde teilweise ertragssteigernd aufgelöst, außerdem wurden die Pensionsrückstellung und die Rückstellung für Jubiläen aufgrund von neuen Wertansätzen reduziert.

Unter Berücksichtigung dieser Faktoren hätte sich ein Jahresüberschuss von 248 T€ ergeben.

Die Erlösschmälerungen von Sollmieten beliefen sich 2009 unter Abzug der modernisierungsbedingten Ausfälle auf 1,38 %.

Die Einzelheiten können der nachfolgenden Lagedarstellung (1.2) entnommen werden.

Die Gesellschaft beschäftigte zum 31.12.2009:

- 2 Geschäftsführer
- 4 kaufmännische Mitarbeiter, davon zwei Teilzeitbeschäftigte
- 2 Architektinnen

- 11 Handwerker/Hausmeister
- 1 teilzeitbeschäftigte Hausmeisterin/Reinigungskraft
- 1 teilzeitbeschäftigte Reinigungskraft

Zusätzlich wurden diverse Mieter als geringfügig Beschäftigte im Sinne des Steuerrechts mit Aufgaben betreut.

Die Anzahl der eigenen Bestände hat sich nicht verändert. Die Bestände, die für die Stadt Alsdorf betreut werden, haben sich in 2009 um die öffentlichen Spielplätze, das Rathaus und die ehemaligen Schulgebäude Übacher Weg und Mariensäule erweitert. Zu Beginn des Jahres 2010 wurde zudem noch das Gebäude Ostring (VHS) in die Verwaltung übernommen.

Als Vorratsgrundstücke werden die Parzellen Am Kreuzberg, Narzissenstraße und Rathausstraße weiterhin vorgehalten. Derzeit wird die Vermarktung der Flächen und die mögliche Bebauung der Flächen erneut geprüft.

1.2 Darstellung der Lage

Die **Vermögenslage** der Gesellschaft ist geordnet.

Unsere Anlagevermögen umfasst rund 83 % der Bilanzsumme. Die flüssigen Mittel betragen zum 31.12.2009 rund 1.225 T€.

Unsere Eigenkapitalquote beläuft sich auf 44,1 % (Vorjahr 42,5 %).

Die **Finanzlage** ist gut.

Unser langfristiges Fremdkapital (Dauerfinanzierungsmittel u.a.) beläuft sich zum 31.12.2009 auf 48,0 % der Bilanzsumme.

Die Zahlungsbereitschaft war in vollem Umfang und jederzeit gegeben.

Unsere **Ertragslage** ist ebenfalls gut. Im Bereich der Hausbewirtschaftung wurde ein Überschuss von 236 T€ erzielt, die Betreuungstätigkeit schloss mit einem Plus von 57 T€ und die Bautätigkeit verursachte ein Minus von 60 T€.

Die Umsatzerlöse haben sich durch die deutliche Erhöhung der Einnahmen aus Betreuungstätigkeit auf 559 T€ (Vorjahr 191 T€) sowie den Einnahmen aus dem Grundstücksverkauf Hubertusstr. im Vergleich zum Vorjahr, dass durch den Aufhebungsvertrag für das Asylantenheim (900 T€) geprägt war, nur um rund 239 T€ vermindert. Die Aufwendungen für die Hausbewirtschaftung und die Verkaufsgrundstücke verringerten sich geringfügig um 31 T€. Die Zinseinnahmen (-8 T€) sanken ebenso wie die Zinsausgaben (-11 T€).

Zum Jahresende standen 17 Wohnungen und eine Gewerbeeinheit leer, hierin enthalten sind 5 Wohnungen, die aufgrund von Modernisierungsmaßnahmen nicht

genutzt werden konnten oder noch nicht wieder neu vermietet waren. Zum Berichtstermin waren hiervon 2 Wohnungen sowie die Gewerbeeinheit nicht vermietet.

Im Jahre 2009 wurden 60 Wohnungsmieterwechsel verzeichnet.

Die weitere Entwicklung ist auf Grundlage der Wirtschafts- und Finanzplanung 2010 positiv.

1.3 Finanzielle Leistungsindikatoren

Nachfolgend einige ausgewählte Leistungskennziffern:

		2009	2008	2007
Gesamtkapitalrentabilität (Jahresüberschuss vor Ertragssteuern + Fremdkapitalzinsen/Bilanzsumme)	%	3,1	5,1	3,4
Eigenkapitalrentabilität (Jahresüberschuss vor Ertragssteuern/Eigenkapital)	%	3,7	8,3	4,4
Eigenkapitalquote (Eigenkapital /Bilanzsumme)	%	44,1	42,5	41,1
Cashflow (Jahresüberschuss + Abschreib. auf Anlagevermögen +Veränderungen langfristiger Rückstellungen)	T€	916	1228	928
Instandhaltungskosten	% der Jahres-sollmiete*	34,2	38,7	30,5
Fremdkapitalzinsen	% der Jahres-sollmiete*	13,8	14,8	13,5
Erlösschmälerungen	% der Jahres-sollmiete*	2,3	3,8	3,4

* Jahressollmiete ab 2008 ohne Miete Asylantenheim T€ 365 berechnet

1.4 Prognosebericht

Die Geschäftsleitung erwartet einen weiterhin ausgeglichenen Mietmarkt in den nächsten Jahren. Leerstand und Mietausfall durch nicht mehr zahlende Mieter werden sich auf höherem Niveau stabilisieren. Der Verkauf eines Zweifamilienhauses im Jahre 2010 wird den Jahresüberschuss der gemäß Wirtschaftsplan rund 245 T€ beträgt um rund 110 T€ erhöhen.

Im Bereich des Geschäftsfeldes der kommunalen Immobilienverwaltung gehen wir für 2010 von nochmals leicht erhöhten Erträgen und Kosten aus.

1.5 Risikobericht

1.5.1 Risiken der künftigen Entwicklung

Es sind keine größeren Risiken im Bestandsgeschäft der GSG vorhanden.

Eine möglicherweise steigende Inflation könnte zukünftig zu einer Erhöhung des Zinsniveaus führen. Die langfristigen Festzinsvereinbarungen mit unterschiedlichen Auslaufzeiten verhindern jedoch ein Klumpenrisiko.

Die steigenden Energiepreise werden die Mieter im Bereich der Heizkosten weiter sensibilisieren. Hier könnten zusätzliche Anforderungen an den Eigentümer zur Kostensenkung entstehen.

Aufgrund des durchschnittlichen Alters der Gebäudebestände ist von einem Anstieg der Instandhaltungskosten auszugehen.

Die vorhandenen Grundstücke des Umlaufvermögens binden derzeit Kapital in Höhe von 1,38 Millionen Euro, dies sind ca. 6,3 % der Bilanzsumme. Derzeit werden die neue Vermarktungsansätze für die Grundstücke geprüft. Es bestehen Risiken in Beplanung und Vermarktung.

Abschließend wird festgestellt, dass keine Risiken erkennbar sind, die die Gesellschaft gefährden könnten.

1.5.2 Chancen der zukünftigen Entwicklung

Die Zunahme unserer Aufgaben für die Kommune seit 2007 hat Folgeaufträge nach sich gezogen. So werden derzeit die geplanten Neubauten für zwei Kindertagesstätten sowie die geplante Rathaussanierung durch uns betreut. Hier erwarten wir weitere Aufträge.

Die Modernisierung unserer Immobilienbestände unter energetischen Aspekten sowie unter Berücksichtigung des demografischen Wandels soll unsere Marktposition stärken. Der Wegfall der öffentlichen Förderung für größere Teile des Bestandes lässt in den nächsten Jahren mögliche Investitionen in den Bestand zu.

Sollte sich die Möglichkeit ergeben, das Immobilienportfolio sinnvoll durch Ankäufe von Beständen in Alsdorf zu ergänzen, sollte dies erwogen werden. Demgegenüber sollte der Verkauf von kleineren, unrentablen Einheiten (Zweifamilienhäusern) geprüft werden.

1.5.3 Finanzinstrumente


Besondere Finanzinstrumente und insbesondere Sicherungsgeschäfte sind nicht zu verzeichnen. Bei den zur Finanzierung des Anlagevermögens hereingenommenen Fremdmitteln handelt es sich um langfristige Annuitätendarlehen. Die Zinsentwicklung wird im Rahmen unseres Risikomanagements beobachtet.

2. Angaben nach § 289 Abs. 2 HGB


Vorgänge von besonderer Bedeutung

Nach dem Bilanzstichtag wurden durch den Ankauf von drei Immobilien, der Kindertagesstätte Pestalozzistr., der ehemaligen Grundschule Übacher Weg und den gewerblichen Immobilien der IGA erhebliche Investitionen geleistet. Für alle Immobilien wurden 15-jährige Mietverträge abgeschlossen. Für die ersten beiden Objekte tritt die Stadt Alsdorf als Mieter auf, während für die gewerblichen Immobilien die IGA als Generalmieter auftritt. Rendite- und Liquiditätsplanung sind für diese Investitionen positiv. Weiterhin wurde ein Zweifamilienhaus, von-Ketteler-Str. 1, verkauft.

Alsdorf, 17.06.2010



Dieter Sandlöbes
Geschäftsführer



Achim Speer
Geschäftsführer

GWG – Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die Städteregion Aachen GmbH, Würselen

Allgemeine Angaben

Firma	GWG - Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die Städteregion Aachen GmbH, Würselen	Gesellschafter	Städteregion Aachen 78,160%
Sitz	Mauerfeldchen 72 52146 Würselen	Stadt Stolberg	4,910%
E-mail	info@gwg-aachen.de	Provinzial	4,870%
Homepage	www.gwg-kreis-aachen.de	Stadt Eschweiler	4,350%
Rechtsform	GmbH	Stadt Alsdorf	1,790%
Gesellschaftervertrag	in der derzeit gültigen Fassung letzte Änderung 07.06.2006	Stadt Herzogenrath	1,650%
Geschäftsführer	Dr.Axel Thomas	Stadt Würselen	1,620%
Gremien	Aufsichtsrat Gesellschafterversammlung	Sparkasse Aachen	1,520%
Stammkapital	1.000.000 €	ASEAG	0,610%
Anteil der Stadt in €	17.850 €	Gemeinde Simmerath	0,490%
Mitarbeiter	27,5 (+ 2 Auszubildende)	Wesentliche Beteiligungen	Keine

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Aufgabe der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung im Gebiet der Städteregion Aachen und stellt im Rahmen der Daseinsvorsorge somit eine größere Menge an Wohnraum für die Einwohner zur Verfügung.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage

Bilanz

<i>Aktivseite</i>	31.12.2009 EUR	31.12.2008 EUR	31.12.2007 EUR
A. Anlagevermögen	21.918.805,69	22.745.982,63	23.246.796,08
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.108,00	2.509,00	
II. Sachanlagen	21.911.572,69	22.737.348,63	
III. Finanzanlagen	6.125,00	6.125,00	
B. Umlaufvermögen	3.674.377,73	2.735.969,68	1.812.679,00
I. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und andere Vorräte	1.602.227,78	1.094.077,51	
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	130.011,96	69.933,37	
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.942.137,99	1.571.958,80	
C. Rechnungsabgrenzungsposten	10.685,20	13.117,04	10.965,42
	25.603.868,62	25.495.069,35	25.070.440,50
<i>Passivseite</i>			
A. Eigenkapital			6.761.823,50
I. Gezeichnetes Kapital	1.000.000,00	1.000.000,00	
II. Gewinnrücklagen	7.048.887,87	6.266.887,87	
III. Bilanzgewinn	194,14	1.768,64	
B. Rückstellungen	93.200,00	101.500,00	41.370,00
C. Verbindlichkeiten	17.461.586,61	18.124.897,84	18.267.247,00
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	15,00	0,00
	25.603.868,62	25.495.069,35	25.070.440,50

Gewinn- und Verlustrechnung

<i>Gewinn- und Verlustrechnung</i>	31.12.2009 EUR	31.12.2008 EUR
1. Umsatzerlöse	4.093.829,62	4.043.979,85
2. Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	568.202,16	54.305,20
3. sonstige betriebliche Erträge	622.385,74	409.955,08
4. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	1.732.819,39	1.584.755,36
5. Rohergebnis	3.551.598,13	2.923.484,77
6. Personalaufwand	680.878,70	633.860,16
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	762.502,55	774.054,73
8. Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	59.585,95	0,00
9. sonstige betriebliche Aufwendungen	565.092,95	290.235,85
10. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	19.439,73	36.635,65
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	626.389,57	658.358,57
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	876.588,14	603.611,11
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	57,17	0,00
14. sonstige Steuern	96.104,47	96.778,10
15. Jahresüberschuss	780.425,50	506.833,01
16. Gewinnvortrag	1.768,64	4.935,63
17. Einstellungen in die Gewinnrücklagen	782.000,00	510.000,00
18. Bilanzgewinn	194,14	1.768,64

<i>Ertragslage</i>	31.12.2009 EUR	31.12.2008 EUR	31.12.2007 EUR
Umsatzerlöse	4.093.830	4.043.980	3.815.445
Betriebsergebnis	1.283.538	1.225.334	904.774
Finanzergebnis	-606.950	-621.723	-674.526
gewöhnliches Geschäftsergebnis	876.588	603.611	230.248
außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	780.425	506.833	132.718

Kennzahlen

Kennzahlen	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007
Eigenkapitalquote (Eigenkapital x 100) / Gesamtkapital)	31,40%	28,50%	27,00%
Fremdkapitalquote (Fremdkapital / (Eigenkapital + Fremdkapital)	61,00%	63,10%	66,90%
Fluktuationsquote	16,00%	12,90%	12,10%
Leerstandsquote	0,90%	1,80%	4,90%

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die GWG ist eine Gesellschaft, die in den letzten Jahren immer einen Jahresüberschuss erwirtschaften konnte.

Im Geschäftsjahr 2009 wies sie ein Jahresergebnis in Höhe von 780.425,50 Euro aus.

An der Gewinnausschüttung ist die Stadt Alsdorf entsprechend ihrem Anteil am Stammkapital (1,79%) der Gesellschaft beteiligt. Die Gewinne werden jedoch der Gewinnrücklage zugeführt.

Zusammensetzung der Organe

a) Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der GWG umfasst laut Gesellschaftsvertrag 12 Mitglieder.
Für die **Stadt Alsdorf** sind im Aufsichtsrat vertreten:

Verwaltung: Herr Bürgermeister Alfred Sonders (seit dem 27.10.2009)

b) Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung wird in der Regel von den Geschäftsführern einberufen.
Für die **Stadt Alsdorf** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

1. SPD-Fraktion: Herr Stv. Heinrich Plum (seit dem 27.10.2009)

Lagebericht

Die Firmierung weist der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen einen öffentlichen Zweck zu. Er besteht in der Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung in der StädteRegion Aachen mit attraktivem und gleichzeitig bezahlbarem Wohnraum. Dies ist eine anspruchsvolle Daueraufgabe, bei der technische, ökologische, volks- und betriebswirtschaftliche Aspekte miteinander in Einklang zu bringen sind. Insbesondere zeigt sich die Herausforderung dabei, Bestände unter wirtschaftlicher Betrachtungsweise im Hinblick auf Wohnqualität und technische Ausstattung auf marktgerechtes Niveau zu bringen bzw. dort zu halten.

Die GWG ist ein wesentliches Element der Wohnungspolitik der StädteRegion Aachen und der dieser angehörigen Kommunen.

Wie aus dem nachfolgenden Bericht zu entnehmen ist, hat die Gesellschaft in 2009 den öffentlichen Zweck erreicht.

Gesamtwirtschaftliche Lage

Die Weltwirtschaft hat die schwerste Rezession seit dem zweiten Weltkrieg überwunden. Seit dem Frühjahr 2009 steigen Produktion und Handel wieder, weltweit angeregt durch milliardenschwere Konjunkturprogramme, eine massiv expansiv wirkende Geldpolitik und den vergleichsweise niedrigen Ölpreis (gerechnet auf Basis US-Dollar).

Der schwerwiegende und höchst synchron verlaufende globale Konjunkturrückgang ist in den wichtigsten Schwellenländern sowie einer Reihe fortgeschrittener Volkswirtschaften einer allmählichen Rückkehr zu Wachstum gewichen. Der weltwirtschaftlichen Kontraktion im Schlussquartal 2008 und in den ersten drei Monaten des Jahres 2009 folgte im zweiten und dritten Vierteljahr wieder ein positives Wachstum. Die konjunkturelle Belebung wurde durch die stimulierenden Maßnahmen, die seit Beginn der Rezession vonseiten der Geld- und der Finanzpolitik ergriffen wurden, aber auch durch eine Verbesserung des Verbraucher- und Unternehmervertrauens begünstigt. Die Rückkehr der globalen Wirtschaftsentwicklung auf den Wachstumspfad ging auch mit einer Erholung des Welthandels einher.

Die jüngsten indikatorbasierten Angaben deuten auf eine Expansion der Weltwirtschaft hin.

Das Wachstumstempo wird indes niedrig bleiben. Wir sehen zum Ende 2009 Erholungstendenzen, die jedoch nicht frei von Rückschlägen verlaufen.

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2009 zum ersten Mal seit sechs Jahren geschrumpft. Mit - 5% war der Rückgang der preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes so stark wie noch nie in der Nachkriegszeit. Die Entwicklung in Deutschland vollzog sich damit - nicht zuletzt wegen der Abhängigkeit vom Export - parallel zur globalen Entwicklung.

In der Weltwirtschaft mehren sich inzwischen die Anzeichen einer Rückkehr zu Wachstum, während die Inflationsraten aufgrund von Basiseffekten im Zusammenhang mit den Rohstoffpreisen sowie zunehmenden ungenutzten Kapazitäten weltweit sehr niedrig sind. Wenngleich weiterhin hohe Unsicherheit hinsichtlich der Nachhaltigkeit des künftigen Wachstums herrscht, werden die Chancen und Risiken für die globalen Konjunkturaussichten immerhin als weitgehend ausgewogen betrachtet.

Die globalen Inflationsraten lagen unterdessen weiterhin auf niedrigem Niveau.

Während die Weltwirtschaft nunmehr deutliche Anzeichen eines Austritts aus der Rezession aufweist, ist auch der internationale Handel, der einen beispiellosen und synchron verlaufenden Einbruch zu verkraften hatte, zu positivem Wachstum zurückgekehrt.

Die jüngsten Daten deuten darauf hin, dass die Weltwirtschaft auf den Wachstumspfad zurückgekehrt ist, wenngleich der Grad der Synchronizität in den wichtigen Wirtschaftsräumen schwächer ausgeprägt ist als während des Abschwungs.

Die globalen Konjunkturaussichten sind weiterhin mit hoher Unsicherheit behaftet. Die konjunkturellen Chancen und Risiken bleiben weitgehend ausgewogen. Es bleibt abzuwarten, welche (nachhaltigen) Auswirkungen die laufenden umfangreichen gesamtwirtschaftlichen Konjunkturprogramme und andere wirtschaftspolitische Maßnahmen haben. Das Vertrauen in den Aufschwung kann weiter zunehmen und der Außenhandel könnte sich schneller erholen als projiziert.

Andererseits bestehen weiterhin Bedenken aufgrund erneuter Preissteigerungen bei Öl und sonstigen Rohstoffen, sich verstärkenden Protektionismusbestrebungen sowie der Möglichkeit von erneuten Instabilitäten im Finanzsektor.

Insgesamt gehen wir davon aus, dass die wirtschaftliche Erholung in 2010 eher moderat ausfällt.

Der Immobilienmarkt wird global weiterhin ein Belastungsfaktor bleiben.

Regionale und sektorale Tendenzen

Nach dem massiven Einbruch im Frühjahr 2009 hat sich die Geschäftslage vieler Unternehmen in der hiesigen Region inzwischen wieder moderat verbessert. Die durchschnittliche Produktionsauslastung stieg im letzten Quartal 2009 gegenüber dem ersten Quartal 2009 an, sie liegt aber immer noch deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt. Parallel zu den Umsatzrückgängen hat sich die Ertragslage der Unternehmen nicht gebessert.

Die Bauwirtschaft scheint von den Mitteln des Konjunkturpaketes II profitieren zu können. Die Geschäftssituation im Handel erweist sich als stabil. Gleiches gilt auch für das Ernährungsgewerbe.

Die Geschäftserwartungen der Unternehmen haben sich zum Jahreswechsel 2009 / 2010 im Vergleich zum Umfragestand Herbst 2009 verbessert. Die Exporterwartungen bleiben weiter verhalten. Ob die Erwartung, dass 2010 ein „besseres Geschäftsjahr wird als 2009“ zu einer erhöhten Investitionsbereitschaft der Unternehmen führen wird, muss aktuell noch in Zweifel gezogen werden.

Den Schwerpunkt der Investitionen erwarten wir im Bereich der Ersatzbeschaffung sowie der Produkt- und Verfahrensinnovationen und außerdem bei der Rationalisierung. Dementsprechend gehen wir von negativen Beschäftigungsplanungen aus. Aufgrund der Unsicherheiten in Bezug auf Inlands- und Auslandsnachfrage, auf Energie- und Rohstoffpreise sowie auf die Arbeitskosten erwarten wir per Saldo negative Beschäftigungszahlen.

Ökonomische Rahmenbedingungen 2009

Der Geschäftsplanung der GWG zur Geschäftsentwicklung liegen folgende Annahmen zu Grunde:

- keine Abwanderung der Bevölkerung in Richtung Oberzentrum,
- erhöhte Anzahl privater Insolvenzen,
- Beschäftigung in der Region auf derzeitigem Niveau,
- niedrige Zinsen und Fortbestehen der zinssubventionierten KfW-Produkte.

Negative Planabweichungen können insbesondere entstehen durch:

- einen verstärkten Wegzug angesichts des Verlustes von Arbeitsplätzen,
- ein erschwerter Zugang zum Kreditmarkt,
- erhöhte Leerstandszahlen auf Grund eines Absinkens der durchschnittlichen Mietvertragsdauern und steigende Fluktuation.

Ertragslage

Die in den letzten Jahren stetige Entwicklung unserer Umsatzerlöse konnte auch im Geschäftsjahr 2009 fortgesetzt werden. So konnten die Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr um 1,2 % gesteigert werden von T€ 4.044 auf jetzt T€ 4.094.

Die laufenden Instandhaltungskosten betragen im Geschäftsjahr 2009 T€ 484, so dass zusammen mit den aktivierungsfähigen Sanierungsmaßnahmen in Größenordnung von ca. T€ 172 insgesamt eine Summe von T€ 656 in den Werterhalt unserer Gebäude investiert wurde. Die Summe der Ausgaben pro m² Wohnfläche und Jahr beträgt mithin: € 14,36.

Die weiteren Aufwendungen für Personal, Abschreibungen, Zinsen und sonstige Aufwendungen belaufen sich im Geschäftsjahr 2009 auf T€ 2.634 und liegen damit in Summe nur etwas über dem Vorjahresniveau.

Im Personalvergütungsbereich haben wir auch in 2009 die variable, leistungsorientierte Vergütungskomponente bei anstehenden Vertriebsaufgaben zum Einsatz gebracht.

Das Jahresergebnis schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von T€ 780. Es ist vorgesehen, aus Jahresüberschuss und Gewinnvortrag in Höhe von T€ 2 einen Betrag von T€ 782 in die Bauerneuerungsrücklage einzustellen.

Geschäftsergebnis, finanzielle Leistungsindikatoren

Insgesamt haben wir im Geschäftsjahr 2009 ein Jahresergebnis von T€ 780 erwirtschaftet gegenüber T€ 507 in 2008.

Die Ergebnisverbesserung ist i. W. zurückzuführen auf:

- Realisierung stiller Reserven im Rahmen von Desinvestitionen,
- kontinuierliche operative Verbesserungen,

Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung des Unternehmens als stabil aufwärts gerichtet zu beurteilen. Die Einstellung des Jahresergebnisses in die Rücklagen wird die Eigenkapitalbasis der Gesellschaft weiter stärken.

Einige ausgewählte Kennzahlen (finanzielle Leistungsindikatoren) über die letzten 4 Geschäftsjahre mögen dies zusätzlich verdeutlichen:

	2009	2008	2007	2006
Umsatzerlöse T€	4.094	4.044	3.816	3.707
Eigenkapital T€	8.049	7.269	6.762	6.629
Eigenkapitalquote	31,4%	28,5%	27,0%	26,6%
Eigenkapitalrentabilität	+9,7%	+ 7,0%	+ 2,0%	+ 3,0%
Cash flow	980	975	907	992
Fluktuationsquote	16,0%	12,9%	12,1%	13,6%
Leerstandsquote	0,9%	1,8%	4,9%	7,1%
Erlösschmälerungen Sollmieten	2,3%	3,2%	5,5%	5,0%

Mietentwicklung

Die durchschnittliche Miete der Wohnungen beläuft sich auf € 4,66 / m² gegenüber € 4,63 / m² im Vorjahr.

Vermögens- und Finanzlage, Finanzderivate

Im Rahmen unseres Finanzmanagements wurde sichergestellt, dass die GWG sämtlichen Zahlungsverpflichtungen aus dem laufenden Geschäftsverkehr sowie gegenüber den finanzierenden Banken jederzeit vertragsgerecht nachgekommen ist.

Darüber hinaus gilt es, Zahlungsströme jetzt und in Zukunft so zu gestalten, dass neben der Finanzierung der Modernisierungsmaßnahmen gegebenenfalls auch Mittel für etwaige Investitionen vorhanden sind bzw. generiert werden (z. B. durch Portfoliobereinigungen inkl. Neuinvestition bzw. Ersatzinvestition).

Zur langfristigen Sicherung des Zinsniveaus im Jahr 2009 wurden z. T. vorzeitig auslaufende Zinskonditionen gesichert.

Die Vermögenslage der Gesellschaft zeigt im Geschäftsjahr 2009 Ergebnisse eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses, wie die nachstehende Tabelle einiger ausgewählter Kennzahlen belegt:

	2009	2008	2007
Bilanzsumme T€	25.604	25.495	25.070
Sachanlagen T€	21.912	22.737	23.236
Sachanlagen % zu Bilanzsumme	85,6	89,2	92,8
Eigenkapitalquote in %	31,4	28,5	27,0
langfristige Fremdkapitalquote in %	61,0	63,1	66,9

Bestandsentwicklung:

Wir verfügten über

	31.12.2009	31.12.2008
Häuser	130	138
Wohnungen	765	804
davon frei finanziert / preisgebunden	246 / 519	247 / 557
Garagen / Stellplätze	217 / 166	233 / 166
Wohnfläche	45.683 m ²	47.550 m ²
Gewerbeflächen	3.435 m ²	3.435 m ²
Gewerbeeinheiten	14	14
Anzahl sonstiger Einheiten (Kindergärten)	4	4
Fläche sonstiger Einheiten	1.846 m ²	1.846 m ²

Der Wohnungsbestand liegt mehrheitlich im Gebiet des ehemaligen Kreises Aachen bzw. vollständig in der StädteRegion Aachen.

Erhaltung / Modernisierung

Im Rahmen der Bestandsbewirtschaftung bildet die bedarfsorientierte und marktgerechte Entwicklung des Wohnungsbestandes und der Wohnquartiere weiterhin den Schwerpunkt der Aktivitäten unseres Hauses.

Zur Sicherung der Vermietbarkeit des Bestandes wurden im Geschäftsjahr 2009 insgesamt für Instandhaltungsmaßnahmen T€ 484 (Vorjahr: T€ 456) ausgegeben.

Prognosebericht

Die Aktivitäten unseres Hauses werden in den kommenden Jahren im Geschäftsfeld Wohnungsbewirtschaftung geprägt sein. Neben der Bestandssicherung und Bestandspflege werden wir auch Neubauten errichten. Den Geschäftsbereich Verwaltungsleistung für Dritte werden wir weiter betreiben. Die Spezialimmobilien werden wir in einem eigenen Berichtswesen weiterhin thematisieren.

Das Bauträgergeschäft wird auch in Zukunft kein Geschäftsfeld für die GWG sein. Die Gewerbeimmobilieninvestitionen sind Gegenstand der Aktivitäten bei der Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Beide Gesellschaften sind hier inhaltlich exakt gegeneinander abgegrenzt. In diesem Segment ist für die GWG keine Aktivität geplant. Die operativen Ergebnisse des Jahres 2010 bzw. der Folgezeit lassen eine Steigerung des ordentlichen Betriebsergebnisses bei gleichbleibend hohen Instandhaltungen und Modernisierungen erwarten. Für das Jahr 2010 und die Folgejahre erwarten wir nochmals verbesserte Jahresergebnisse.

Nicht zuletzt durch Inflationsängste getrieben, ist der Umfang der von den Behörden genehmigten Neubauvorhaben im privaten Wohnungsbau seit seinem historischen Tiefpunkt im vorigen Winter inzwischen gestiegen. Bei der Steigerungsrate ist allerdings die Ausgangslage zu berücksichtigen. Die starke Nachfrage, insbesondere nach Produkten im Zusammenhang mit der energetischen Optimierung, führt zu steigenden Baupreisen. Kurzfristig fällt ins Gewicht, dass das vergleichsweise kalte und schneereiche Winterwetter vor allem die Bautätigkeit nach dem Jahreswechsel erheblich beeinträchtigt hat.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Abschluss des Geschäftsjahres 2009 berichtenswert bzw. berichtspflichtig wären und das Ergebnis, die das Ergebnis des Jahres 2009 negativ belasten würden, haben sich bis zum Berichtszeitpunkt nicht ergeben.

Nach unserer mehrjährigen Wirtschafts- und Finanzplanung sollten liquide Mittel zur Erfüllung von Verpflichtungen im ausreichenden Maße vorhanden sein. Finanzinstrumente werden von der Gesellschaft nur zur Zinsabsicherung abgeschlossen, wobei hier nur von sogenannten Doppelswap-Konstruktionen Gebrauch machen. Ein Risiko entsteht hierbei nur, wenn Teilsegmente des Doppelswaps einzeln verwertet würden. Dies ist nicht Geschäftspolitik unseres Hauses. Aktuell ist festzustellen, dass das Fremdkapitalniveau sich auf Höhe der Anfangsrenditen im Neuvermietungsbereich bewegt. Es erleichtert die Attraktivität einer Investition in neue Wohnimmobilien. Unverändert gehen wir davon aus, dass wir die Neuinvestitionen mit soliden Eigenmittelausstattungen in der Größenordnung von mindestens 25 % der Gesamtinvestition unterlegen.

Finanzanlagen tätigt das Unternehmen vorwiegend in Form von klassischen Festgeld- oder Tagesgeldanlagen.

Aufgrund der vorhandenen und inzwischen erweiterten Portfoliosysteme und der kurzfristigen Erfolgsrechnung verfügt die Gesellschaft über Frühwarnindikatoren, damit wirtschaftliche und rechtliche bestandsgefährdende Entwicklungen oder Planabweichungen rechtzeitig erkannt werden können.

Ergebnisvorschau

Die im Fünf-Jahresplan definierten Ergebnisse werden vorwiegend aus dem Kerngeschäft der Wohnungsbewirtschaftung durch Neubauten und Bestandssanierung erzielt. Beträge aus Desinvestitionen (Realisierung stiller Reserven) sind nicht Gegenstand der Planung. Für die Zukunft haben wir uns vorgenommen, weiterhin Standorte mit Zukunftspotenzial zu recherchieren, um hier die freigewordenen bzw. freiwerdenden Mittel aus Desinvestitionen zu reinvestieren.

Aufgrund der Investitionszurückhaltung besteht das Risiko, dass sich die Schere zwischen dem steigenden Wohnungsbedarf und der Neubautätigkeit weiter vergrößern kann. Hierbei ist allerdings zwischen den Regionen und Standorten erheblich zu differenzieren. Außerdem muss auch die unterschiedliche Qualität der Nachfrage (Anforderungen an die Wohnungsausstattung) mit ins Bild genommen werden.

Regionale Situation im Mietwohnungsbereich

Die anhaltende Arbeitslosigkeit in der hiesigen Region, die über dem Landesdurchschnitt liegt, die demografische Entwicklung sowie eine konstante Nachfrage im geförderten und preisgünstigen freifinanzierten Preissegment, zeigen gerade einen Handlungsbedarf auf. Zudem erwarten wir weiterhin wachsende Ansprüche beim Wohnflächenkonsum je Person.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Bei der Bewirtschaftung unserer Wohnungen werden weiterhin die Themen Leerstand und Rückstand kritisch zu beobachten sein. Eine Gefährdung des Unternehmens ergibt sich hieraus zurzeit nicht. Rückstand und Leerstand sind Gegenstand von Zielvereinbarungen mit den entsprechenden Kundenbetreuern. Zusätzlich unternimmt die Gesellschaft Anstrengungen, um durch frühzeitige Bonitätsprüfung von Wohnungsinteressenten Problemsituationen erst gar nicht entstehen zu lassen bzw. für die GWG zu minimieren. Da die Gesellschaft kein Bauträgergeschäft betreibt, stehen hier auch keine mit diesem Geschäftsmodell zusammenhängenden Risiken.

Der Versicherungsschutz für die Immobilienbestände und die sonstigen Gefahrenabwehrmaßnahmen aus dem Geschäftsbetrieb werden laufend optimiert. Am Ende des Jahres 2010 erwarten wir eine Neuanalyse des Versicherungsschutzes inklusive einer anschließenden Ausschreibung. Die aktuell herrschende Wirtschaftskrise hat bislang keine signifikanten Einflüsse auf unser Unternehmen gehabt. Akut drohende Entwicklungen sind derzeit nicht erkennbar.

Flexible Arbeitszeitmodelle und insbesondere die massive Ausweitung der Kurzarbeit haben die Anpassung am hiesigen Arbeitsmarkt unseres Erachtens hinausgeschoben. Die bis dato anhaltende relative Robustheit des Arbeitsmarktes zählt jedenfalls zu den bemerkenswerten Befunden der jüngsten Rezession.

Bauwirtschaftliche Situation

Die Bauinvestitionen haben nach mehreren aufeinander folgenden Wachstumswjahren zuletzt deutlich nachgegeben. Insbesondere im Wirtschaftsbau war die Zurückhaltung infolge der weltweiten Krise deutlich zu spüren. Die Nachfrage nach Wohnbauten hat sich auf niedrigem Niveau inzwischen konsolidiert. Eine Modernisierung des Wohnungsbestandes hat vor allem durch die Förderung der CO₂-Gebäudesanierung Impulse erhalten. Die Auftragseingänge des Bauhauptgewerbes signalisieren derzeit einen Rückschlag in den kommenden Quartalen. Die realen, verfügbaren Einkommen werden voraussichtlich im günstigsten Fall stagnieren, insbesondere aber hat das Arbeitsplatzrisiko erheblich zugenommen. Daher scheuen viele Finanzierungswillige das Risiko einer langfristigen Bindung. Zusätzliche Impulse hat der Wohnungsbau durch das „Wohn-Riestern“ bislang nicht erhalten. Auch die niedrigen Hypothekenzinsen haben bislang noch nicht nachhaltig stimulierend gewirkt.

Der Wirtschaftsbau, der in den zurückliegenden Jahren von der gesamtwirtschaftlichen Aufschwungssituation kräftig mit nach oben gezogen wurde, ist von der Krise derzeit besonders stark betroffen. Geplante Projekte werden angesichts der konjunkturellen Risiken nochmals auf den Prüfstand gestellt und meistens zeitlich verschoben oder sogar gestrichen. Die öffentlichen Bauinvestitionen haben durch das Konjunkturpaket I und das Konjunkturpaket II kräftig zulegen können. Aktuell verschlechtert sich die Finanzlage der Gemeinden aufgrund von rezessionsbedingten Steuerausfällen, was den Spielraum der Gemeinden für Investitionen erneut deutlich einengt. Obwohl die Mittel aus den Konjunkturpaketen bereits formal zur Verfügung stehen, verzögert sich der Abruf wegen des Planungsvorlaufs. Zudem dürfen Mittelabruf und Bautätigkeit keineswegs miteinander gleichgesetzt werden. Die kräftig erhöhten Ausgaben der öffentlichen Hände für Bauvorhaben werden die Investitionsrückgänge bei den privaten Haushalten und Unternehmen im Durchschnitt, aber nur zum Teil, ausgleichen können.

Alsdorfer Bauland GmbH, Alsdorf

Allgemeine Angaben

Firma Alsdorfer Bauland GmbH, Alsdorf
Sitz Hubertusstraße 17
 52477 Alsdorf
E-mail info@alsdorf.de
Homepage www.alsdorf.de

Rechtsform GmbH
Gesellschaftervertrag in der derzeit gültigen Fassung
 datiert vom 10.01.2007

Geschäftsführer Günter Matthias Jansen
 Franz Jansen

Gremien Gesellschafterversammlung

Stammkapital 26.000 €
Anteil der Stadt in € 13.000 €

Mitarbeiter 2

Gesellschafter

Stadt Alsdorf
 50,000%
 Sparkasse Aachen
 50,000%

Wesentliche Beteiligungen

Keine

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Bauflächen in Alsdorf.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck der Alsdorfer Bauland GmbH ist dadurch gegeben, dass diese junge Gesellschaft sich zur Aufgabe gemacht hat, mit der Herrichtung von Bauflächen zusätzlichen Wohnraum für die Bevölkerung zu schaffen.

Die Gesellschaft liefert in ihren Anfängen schon einen Jahresüberschuss, aus dem ein gewisser Anteil in den städtischen Haushalt fließt.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage

Bilanz

Aktivseite	31.12.2009 EUR	31.12.2008 EUR	31.12.2007 EUR
A. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital	13.000,00	13.000,00	13.000,00
B. Anlagevermögen			
I. Sachanlagen	830,00	1.660,00	0,00
C. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	1.754.363,75	1.999.930,14	1.212.491,26
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	180.687,73	171.448,95	0,00
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	123.161,80	135.645,53	0,00
	2.072.043,28	2.321.684,62	1.225.491,26
Passivseite			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	26.000,00	26.000,00	26.000,00
II. Gewinnvortrag	54.478,25	-15.426,04	0,00
III. Jahresüberschuss	68.416,42	269.904,29	-15.426,04
B. Rückstellungen	268.695,49	628.643,33	6.995,46
C. Verbindlichkeiten	1.653.822,87	1.412.563,04	1.207.921,84
D. Rechnungsabgrenzungsposten	630,25	0,00	0,00
	2.072.043,28	2.321.684,62	1.225.491,26

Gewinn- und Verlustrechnung

<i>Gewinn- und Verlustrechnung</i>	<i>31.12.2009 EUR</i>	<i>31.12.2008 EUR</i>	<i>31.12.2007 EUR</i>
1. Umsatzerlöse	678.705,25	1.198.940,00	0,00
2. Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	245.274,39	-787.438,88	0,00
3. Gesamtleistung	433.430,86	1.986.378,88	0,00
4. sonstige betriebliche Erträge	2.018,61	1.296,00	0,00
5. Materialaufwand	8.105,71	1.565.200,37	0,00
6. Abschreibungen	830,00	829,84	0,00
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	298.051,13	38.295,98	15.426,04
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.034,62	1.139,26	0,00
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	30.276,64	0,00	0,00
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	99.220,61	384.487,95	-15.426,04
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	30.804,19	114.583,66	0,00
12. Jahresüberschuss	68.416,42	269.904,29	-15.426,04

Kennzahlen

Kennzahlen	<i>31.12.2009</i>	<i>31.12.2008</i>	<i>31.12.2007</i>
Gesamtkapitalrentabilität <i>((Jahresüberschuss vor Ertragssteuern + Fremdkapitalzinsen)/(Bilanzsumme)x100)</i>	4,80%	11,60%	-1,3%
Eigenkapitalrentabilität <i>((Jahresüberschuss vor Ertragssteuern/Eigenkapital)x100)</i>	45,90%	96,20%	-145,90%
Eigenkapitalquote <i>((Eigenkapital/Bilanzsumme)x100)</i>	7,20%	12,10%	0,86%

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Bedarfsfalle müssten bei entsprechenden Gesellschafterbeschlüssen nach gesetzlichen Vorschriften Darlehen, ggfls. auch Zuschüsse geleistet werden, soweit Eigenmittel der GmbH nicht ausreichen.

Dem städtischen Haushalt wird ein Gewinnanteil zugeführt.
Der Gewinn betrug für:

d) 2008	84.175,00 €
e) 2009	25.252,50 €

Bezogen auf den städtischen Anteil des Stammkapitals an der Gesellschaft bedeutet dies eine Kapitalverzinsung in Höhe von:

d) 2008	647,50 %
e) 2009	194,25 %

Zu beachten ist hier, dass es sich bei der Alsdorfer Bauland GmbH um eine junge Gesellschaft handelt.

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterversammlung

Für die **Stadt Alsdorf** sind in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Verwaltung:	Herr Bürgermeister Alfred Sonders (seit dem 27.10.2009)
1. SPD-Fraktion:	Herr Stv. Gustl Rinkens (seit dem 27.10.2009)
2. CDU-Fraktion:	Herr Stv. Horst-Dieter Heidenreich (seit dem 27.10.2009)

Lagebericht

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft beschäftigt sich mit dem Erwerb, der Durchführung von Erschließungsmaßnahmen sowie der Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten im Rahmen dieser Betätigung im Gebiet der Stadt Alsdorf.

Die Gesellschaft wurde Anfang 2007 mit einem Stammkapital in Höhe von 26.000,00 € gegründet. Im Jahr 2007 wurde das erste Erschließungsgelände mit einer Gesamtfläche von ca. 30.000 qm erworben. In den Jahren 2007 und 2008 wurden die erworbenen Flächen erschlossen. Mitte 2008 sind die ersten Kaufverträge abgeschlossen und die ersten Kaufpreise gezahlt worden. Es sind insgesamt 29.263 qm Nettobaulandfläche entstanden, die in 63 Grundstücke aufgeteilt wurde.

Bis zum Jahr 2009 wurden 30 Grundstücke mit einer Größe von 12.938 qm verkauft. Somit sind bereits 44,21% der Nettobaulandfläche vermarktet.

II. Darstellung der Lage

Als Vermögensposten des Umlaufvermögens werden auf der Aktivseite der Bilanz das in Erschließung befindliche Grundstück (84,66%), Forderungen gegen das Finanzamt aus Umsatzsteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer (8,72%) sowie kurzfristige Finanzanlagen (5,94%) ausgewiesen.

Die Passivseite wird im wesentlichen durch das Darlehen zur Finanzierung der Grundstücke (53,57%), die Verbindlichkeiten für den Endausbau der Grundstücke (26,18%) und die Steuerrückstellungen (12,37%) strukturiert.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr zu jeder Zeit gegeben. Die Gesellschaft weist zum Ende des Jahres 2009 ein buchmäßiges Eigenkapital in Höhe von 148.894,67 € aus (Eigenkapitalquote 7,19%). Im Jahr 2009 erfolgte eine Gewinnausschüttung an die Gesellschafter in Höhe von 200.000,00 €.

III. Voraussichtliche Entwicklung

Im Jahre 2010 soll die erfolgreiche Vermarktung der Grundstücksflächen fortgesetzt werden. Bis Ende 2011 / Anfang 2012 sollen 90% der Grundstücke des 3. Bauabschnittes vermarktet sein. Ausgelöst durch die Finanzkrise wird der voraussichtliche Verkauf der letzten Grundstücke ein Jahr später erwartet als zunächst angenommen.

Trotz der allgemein rückläufigen Neubautätigkeit in der gesamten Region wird mit dem vollständigen Verkauf der Grundstücke bis 2013 gerechnet. Die gute Lage Alsdorfs, der Wunsch des Menschen nach Wohneigentum, steigende Mieten sowie das zur Zeit sehr niedrige Zinsniveau sprechen für positive Chancen bei der Vermarktung von Wohnbaugrundstücken. Auf Grund der moderaten Kaufpreisgestaltung und der Kinderrabatte ist das Baugebiet insbesondere für junge Familien interessant. Zudem stellt Immobilieneigentum eine wertstabile Alternative zum turbulenten Aktienmarkt dar.

Durch die zeitlich länger andauernde Veräußerungsphase der Grundstücke besteht das Risiko, dass nicht alle Grundstücke zeitnah verkauft werden können und dadurch die Finanzierung zu höheren als den geplanten Finanzierungskosten führt.

Für die Zukunft werden neue Projekte in Alsdorf geplant. Die erfolgreiche Vermarktung des Baugebietes Müschekamp 3. Bauabschnitt soll die Gesellschaft in die finanzielle Lage versetzen, weitere Projekte zu planen und zu vermarkten.

Grund- und Stadtentwicklung GmbH Alsdorf, Alsdorf

Allgemeine Angaben

Firma	Grund- und Stadtentwicklung GmbH Alsdorf, Alsdorf
Sitz	Hubertusstraße 17 52477 Alsdorf
E-mail	info@alsdorf.de
Homepage	www.alsdorf.de
Rechtsform	GmbH
Gesellschaftervertrag	in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 23.07.2010
Geschäftsführer	Günter Jansen
Gremien	Gesellschafterversammlung
Stammkapital	25.000 €
Anteil der Stadt in €	25.000 €
Mitarbeiter	1

Gesellschafter

Stadt Alsdorf
100,000%

Wesentliche Beteiligungen

Keine

Anmerkungen:

Da die Grund- und Stadtentwicklung GmbH Alsdorf erst im Geschäftsjahr 2010 gegründet worden ist, ist es nicht möglich differenzierte Angaben über den Geschäftsverlauf im Jahre 2009 zu machen. Diese Gesellschaft wird erst im **nächsten Beteiligungsbericht** mit ihren Daten aufgenommen.

Um allerdings vorab schon einmal einen Überblick über die Gesellschaft zu ermöglichen, sind die Stammdaten bereits dargestellt worden.

IV. Beteiligungen Kultur und Wissenschaft

FOGA – Alsdorfer Freizeitobjekte GmbH, Alsdorf

Allgemeine Angaben

Firma	FOGA - Alsdorfer Freizeitobjekte GmbH, Alsdorf	Gesellschafter
Sitz	Annastraße 2-6 52477 Alsdorf	Stadt Alsdorf 100,000%
E-mail	info@stadthalle-alsdorf.de	Wesentliche Beteiligungen
Homepage	www.stadthalle-alsdorf.de	
Rechtsform	GmbH	Keine
Gesellschaftervertrag	in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 17.11.1992, zuletzt geändert am 05.04.2000	
Geschäftsführer	Alfred Sonders	
Gremien	Aufsichtsrat Gesellschafterversammlung	
Stammkapital	127.822,97 €	
Anteil der Stadt in €	127.822,97 €	
Mitarbeiter	35	

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und Betrieb von Freizeiteinrichtungen der Stadt Alsdorf, insbesondere der Stadthalle, der Tageserholungsanlage mit ihren Angeboten, des Hotels und des Stadtbades mit seinen Einrichtungen.

Bis zum 31. Dezember 2007 beschränkte sich die Tätigkeit der Gesellschaft darauf, die Stadthalle zu betreiben und zu unterhalten. Mit Wirkung vom 01. Januar 2008 hat die Gesellschaft zusätzlich die Bewirtschaftung der Tageserholungsanlage Broichbachtal der Stadt Alsdorf übernommen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist die Versorgung der Einwohner mit kulturellen und sportlichen Freizeitangeboten. Diese sollen unter anderem die Steigerung des Gemeinwohls im Stadtgebiet fördern, um gegebenenfalls auch eine weitere Anzahl von Menschen dafür begeistern zu können sich im Raum der Stadt Alsdorf niederzulassen.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage

Bilanz

<i>Aktivseite</i>	31.12.2009 EUR	31.12.2008 EUR	31.12.2007 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	91,50	213,50	405,00
II. Sachanlagen	156.989,00	163.569,00	138.600,50
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	318.104,25	164.081,59	138.668,18
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	70.101,75	64.884,49	112.442,69
C. Rechnungsabgrenzungsposten	6.913,17	7.116,71	9.298,71
	552.199,67	399.865,29	399.415,08
<i>Passivseite</i>			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	127.822,97	127.822,97	127.822,97
II. Kapitalrücklage	5.155.297,93	4.926.745,06	4.702.252,21
III. Verlustvortrag	-5.046.611,90	-4.785.809,12	-4.534.473,65
IV. Jahresfehlbetrag	-129.498,51	-260.802,78	-251.335,47
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	84.810,86	109.470,86	118.086,86
C. Rückstellungen	54.221,44	75.898,34	59.450,00
D. Verbindlichkeiten	284.345,88	193.764,56	160.272,36
E. Rechnungsabgrenzungsposten	21.811,00	12.775,40	17.339,80
	552.199,67	399.865,29	399.415,08

Gewinn- und Verlustrechnung

<i>Gewinn- und Verlustrechnung</i>	<i>31.12.2009 EUR</i>	<i>31.12.2008 EUR</i>	<i>31.12.2007 EUR</i>
1. Umsatzerlöse	799.904,46	747.889,84	464.959,43
2. sonstige betriebliche Erträge	215.206,32	190.437,88	189.195,11
3. Materialaufwand	113.768,40	100.413,60	84.092,44
4. Personalaufwand	513.541,18	494.499,31	344.731,22
5. Abschreibungen	48.218,59	47.628,74	43.160,22
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	469.713,57	558.427,69	436.445,75
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.230,56	2.276,08	3.081,53
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	209,73	213,74	45,91
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-129.110,13	-260.579,28	-251.239,47
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1,62	0,00	0,00
11. sonstige Steuern	390,00	223,50	96,00
12. Jahresfehlbetrag	129.498,51	260.802,78	251.335,47

Kennzahlen

<i>Kennzahlen</i>	<i>31.12.2009</i>	<i>31.12.2008</i>	<i>31.12.2007</i>
Eigenkapitalquote ((Eigenkapital / Gesamtkapital) x 100)	19,000%	2,000%	11,080%
Personalaufwandsquote (Bereich Stadthalle) ((Personalaufwand / Umsatz) x 100)	67,000%	73,000%	74,000%

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Bedarfsfalle müssten bei entsprechenden Gesellschafterbeschlüssen nach gesellschafts- / satzungsrechtlichen Regelungen Darlehen, ggfls. auch Zuschüsse geleistet werden, soweit Eigenmittel der GmbH nicht ausreichen.

Die von der Stadt zu übernehmenden Verluste betragen für:

2007	251.335,47 €
2008	260.802,78 €
2009	129.498,51 €

Seit dem 30.01.2008 besteht zwischen der Stadt Alsdorf und der FOGA GmbH ein Geschäftsbesorgungsvertrag, in dem sich die FOGA gegenüber der Stadt Alsdorf dazu verpflichtet, die ihr überlassenen Anlagen und Einrichtungen in eigener Verantwortung, auf eigenes Risiko und im Rahmen eines nach kaufmännischen Grundsätzen selbstständig verwalteten und organisierten Geschäftsbetriebes zu bewirtschaften.

Zusammensetzung der Organe

a) Aufsichtsrat

Für die **Stadt Alsdorf** sind im Aufsichtsrat vertreten:

Verwaltung:	Herr Kämmerer Günter Jansen (seit dem 27.10.2009) <i>Vertreter:</i> Herr Michael Hafers (seit dem 27.10.2009)
1. SPD-Fraktion:	Herr Stv. Friedhelm Krämer (seit dem 27.10.2009)
2. SPD-Fraktion:	Herr Stv. Konrad Krämer (seit dem 27.10.2009)
3. SPD-Fraktion:	Herr Stv. Heinrich Liska (FDP – seit dem 27.10.2009)
4. CDU-Fraktion:	Herr Stv. Franz Brandt (seit dem 27.10.2009)
5. ABU-Fraktion:	Herr Stv. Norbert Koerlings (seit dem 27.10.2009)
6. GRÜNE-Fraktion:	Frau Stv. Beatrix Schongen (seit dem 27.10.2009)
7. Fraktion DIE LINKE:	Herr Stv. Metin Sak (seit dem 27.10.2009)

b) Gesellschafterversammlung

Für die **Stadt Alsdorf** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Verwaltung: Herr Dezernent Stephan Spaltner (seit dem 27.10.2009)

Lagebericht

Die Gesellschaft hat zulässigerweise keinen Lagebericht aufgestellt.

Freizeitzentrum Blausteinsee GmbH, Eschweiler

Allgemeine Angaben

Firma	Freizeitzentrum Blausteinsee GmbH, Alsdorf	Gesellschafter
Sitz	Johannes-Rau-Platz 1 52249 Eschweiler	Stadt Eschweiler 41,000%
E-mail	stadtverwaltung@eschweiler.de	Stadt Stolberg 26,000%
Homepage	www.blausteinsee.com	Stadt Alsdorf 18,000%
Rechtsform	GmbH	Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG 10,000%
Gesellschaftervertrag	in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 07.12.2000	Gemeinde Aldenhoven 5,000%
Geschäftsführer	Heinz Rehahn, kaufm. GF Dr. Bernd Hartlich, techn. GF	
Gremien	Gesellschafterversammlung	
Stammkapital	25.564,59 €	
Anteil der Stadt in €	4.601,63 €	Wesentliche Beteiligungen
Mitarbeiter	keine	Keine

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung und Errichtung des Freizeitentrums Blaustein-See. Zweck der Gesellschaft ist der Bevölkerung eine Anlage mit Einrichtungen zur Erholung und Freizeitgestaltung zur Verfügung zu stellen. Die Gesellschaft erwirbt alle erforderlichen Rechte zur Errichtung und Betreibung des Freizeitzentrum Blaustein-See.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck dieser Gesellschaft besteht darin, der Bevölkerung ein Erholungsgebiet zur Verfügung zu stellen und es möglichst ansprechend für Jedermann zu gestalten. So kann das Gemeinwohl nachhaltig gesteigert werden.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage

Bilanz

<i>Aktivseite</i>	31.12.2009 EUR	31.12.2008 EUR	31.12.2007 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1,00	978,00	2.048,00
II. Sachanlagen	2.874.777,77	2.883.982,97	3.903.325,57
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	11.963,25	17.586,88	21.793,10
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	119.724,79	99.565,53	100.113,71
C. Rechnungsabgrenzungsposten	569,91	540,00	0,00
	3.007.036,72	3.002.653,38	4.027.280,38
<i>Passivseite</i>			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25.564,59	25.564,59	25.564,59
II. Kapitalrücklage	3.242.180,22	3.242.180,22	3.242.180,22
III. Verlustvortrag	-1.323.081,97	-261.286,55	-721.999,25
IV. Jahresfehlbetrag	-31.692,93	-1.061.795,42	460.712,70
B. Rückstellungen	11.800,00	12.600,00	12.000,00
C. Verbindlichkeiten	1.067.981,34	1.031.235,11	1.000.332,35
D. Rechnungsabgrenzungsposten	14.285,47	14.155,43	8.489,77
	3.007.036,72	3.002.653,38	4.027.280,38

Gewinn- und Verlustrechnung

<i>Gewinn- und Verlustrechnung</i>	<i>31.12.2009 EUR</i>	<i>31.12.2008 EUR</i>	<i>31.12.2007 EUR</i>
1. Umsatzerlöse	90.326,95	93.567,15	122.346,21
2. sonstige betriebliche Erträge	140.870,25	193.234,95	525.377,82
3. Personalaufwand	-29.447,65	-29.191,49	-26.829,58
4. Abschreibungen	-10.417,41	-1.007.180,87	-13.848,64
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	-184.930,47	-270.709,10	-109.788,72
6. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	893,13	744,98	5.553,94
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-33.775,21	-36.119,54	-34.720,10
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-26.480,41	-1.055.653,92	468.090,93
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,77	0,92	0,00
10. sonstige Steuern	-5.213,29	-6.142,42	-7.378,23
11. Jahresfehlbetrag / -überschuss	-31.692,93	-1.061.795,42	460.712,70

Kennzahlen

Kennzahlen	<i>31.12.2009</i>	<i>31.12.2008</i>	<i>31.12.2007</i>
Eigenkapitalquote <small>((Eigenkapital/Gesamtkapital)x100)</small>	64,00%	65,00%	75,00%
Personalaufwandsquote <small>((Personalaufwand/Umsatz)x100)</small>	33,00%	31,00%	22,00%

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Bedarfsfalle müssten bei entsprechenden Gesellschafterbeschlüssen nach gesellschafts- / satzungsrechtlichen Regelungen Darlehen, ggfls. auch Zuschüsse geleistet werden, soweit Eigenmittel der GmbH nicht ausreichen.

Die Stadt Alsdorf beteiligte sich an den Grunderwerbskosten in Höhe von insgesamt 228.561,98 €.

An den Pumpkosten beteiligte sich die Stadt Alsdorf bis zum 20.06.2001 in Höhe von insgesamt 322.113,89 €.

Im Jahr 1986 wurde der Gesellschaft ein Darlehen in Höhe von 8.864,72 € gewährt. Dieses Darlehen wird mit jährlich 3 % getilgt. Zum 31.12.2009 beträgt die Restschuld 3.013,99 €.

Mit Bürgschaftsurkunde vom 04.03.2004 übernimmt die Stadt Alsdorf eine Ausfallbürgschaft in Höhe von 144.000 €.

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafter werden in der Gesellschafterversammlung durch die von ihnen bestellten Personen vertreten.

Für die **Stadt Alsdorf** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

1. SPD-Fraktion: Herr Stv. Matthias Feilen (seit dem 27.10.2009)

Lagebericht

Freizeitzentrum Blaustein-See GmbH

Lagebericht zum Geschäftsjahr 2009

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die Freizeitzentrum Blaustein-See GmbH verfolgt weiterhin die Zielsetzungen, die im Gesellschaftsvertrag festgeschrieben sind und entwickelt das Gebiet Blaustein-See für die Eschweiler Bevölkerung und die Bevölkerung der Region Aachen zum Freizeit- und Erholungszentrum. Diese Zielsetzung wird von allen Gesellschaftern gemeinsam getragen.

Die in 2008 fertig gestellte Seebühne mit Tribüne sowie die seit diesem Zeitpunkt vorgenommenen Aktivitäten haben merklich dazu beigetragen, dass der Blaustein-See mit seinem Freizeit- und Erholungsangebot noch mehr wahrgenommen wird und die unterbreiteten Angebote verstärkt nachgefragt werden. Zwischenzeitlich haben schon mehrere Großkonzerte stattgefunden, die von Gästen sowohl aus der Region als auch aus anderen europäischen Staaten besucht wurden. Der wachsende Bekanntheitsgrad des Blaustein-Sees wird mit dazu beitragen, dass die Wassersportangebote, mit denen die Erwirtschaftung von Erlösen einhergeht, künftig noch stärker nachgefragt werden. Darüber hinaus sind die Arbeiten zur Erstellung eines Freizeit- und Tourismuskonzeptes aufgenommen worden, mit dem u. a. das Ziel verfolgt wird, eine Vernetzung zu anderen Freizeitangeboten in der Region vorzunehmen. Somit kann im Zusammenwirken mit anderen, ein sich ergänzendes Freizeitangebot der Bevölkerung angeboten werden.

Hierzu wird auch beitragen, dass das von der Stadt Eschweiler geplante Informationszentrum, das in Kürze eröffnet wird, neben allgemeinen Informationen auch eine regionalbezogene Beratung in Angelegenheiten der Freizeitgestaltung in sein Serviceangebot aufnimmt.

Bezogen auf den Berichtszeitraum ist allerdings festzustellen, dass die Umsatzerlöse, insbesondere die aus dem Tauchsport, aufgrund der unzureichenden Infrastruktur gegenüber den seinerzeit in 2006 und 2007 erzielten außerordentlichen Werten weiterhin rückläufig sind. Dies ist vor allem darin begründet, dass mit den Baumaßnahmen der Stadt Eschweiler Behinderungen verbunden waren und zugleich auf Grund dieser Baumaßnahmen Parkflächen nicht mehr in ausreichender Anzahl zur

Verfügung stehen. Hier werden die Stadt Eschweiler und die Freizeitzentrum Blaustein-See GmbH kurzfristig Maßnahmen ergreifen, die das jetzt vorhandene Parkplatzangebot um eine größere Anzahl von Parkplätzen erweitert. Es ist davon auszugehen, dass nach Fertigstellung der zusätzlichen Parkflächen und gezielten Werbemaßnahmen die Umsatzerlöse aus dem Wassersport wieder steigen werden.

Den Umsatzerlösen stehen umfangreiche Aufwendungen gegenüber, die insbesondere darin begründet sind, dass weiterhin eine Befüllung des Sees erforderlich ist. Aber auch die Kosten für Müllbeseitigung und Sicherheitspersonal fallen mit hohen Beträgen ins Gewicht. Für das Geschäftsjahr 2009 ist festzustellen, dass die aus dem Gesellschaftsvertrag resultierende Verpflichtung zur Erhaltung des öffentlichen Zwecks der Gesellschaft und die Erreichung dieses Zwecks erfüllt wurden.

B. Darstellung der Lage der Gesellschaft

I. Analyse der Vermögenslage

Die Bilanzstruktur hat sich im Geschäftsjahr 2009 nur geringfügig verändert.

	2009	2008	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Anlagevermögen	2.875	2.885	-10
Umlaufvermögen	132	118	14
Aktiva	3.007	3.003	4
Eigenkapital	1.913	1.945	-32
Langfristiges Fremdkapital	489	400	89
Kurzfristiges Fremdkapital (incl. RAP)	605	658	-53
Passiva	3.007	3.003	4

Der Anteil des langfristig gebundenen Vermögens am Gesamtvermögen lag mit 95,6 % auf dem Niveau des Vorjahres (96,1 %).

Die Eigenkapitalquote verschlechterte sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,1 % Punkte auf 63,6 %, der Anteil des langfristig verfügbaren Kapitals lag mit 79,9 % über dem Vorjahresniveau (78,0 %).

II. Analyse der Finanzlage

Die Veränderung in der Bilanzstruktur spiegelt sich wie folgt in der Kapitalflussrechnung wieder:

	2009
	TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-111
Cashflow aus Investitionstätigkeit	140
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-9
Veränderung der liquiden Mittel	20

Dabei weist der negative Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit insbesondere auf den Mittelabfluss aus dem Abbau der kurzfristigen Verbindlichkeiten (insbesondere der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen) hin, während der Mittelzufluss aus der Investitionstätigkeit aus einem Veräußerungserlös aus einem Grundstücksverkauf resultiert. Der negative Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit resultiert aus dem Abbau von Kreditverbindlichkeiten.

Eine ausreichende Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2009 gegeben und ist auch weiterhin vorhanden; es ist damit zu rechnen, dass die laufenden finanziellen Verpflichtungen erfüllt werden können.

III. Analyse der Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2009 wurde ein negatives Ergebnis erwirtschaftet.

	2009	2008	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Gesamtleistung	90	94	-4
Rohergebnis	231	287	-56
Betriebsergebnis	1	-1.027	-1.028
Finanzergebnis	-33	-35	2
Jahresergebnis	-32	-1.062	1.030

Der Vergleich beider Jahre ist durch das außergewöhnliche Betriebsergebnis des Jahres 2008, resultierend im Wesentlichen aus der Feststellung, dass die Fertigstellung des Sees bereits im Jahre 2001 erreicht wurde und somit die Anzahlungen für Anlagen im Bau aufgelöst wurden, auf die Herstellungskosten eine Teilwertabschreibung vorgenommen wurde und die im Jahre 2008 angefallenen Seebefüllungskosten als sofort abzugsfähige Betriebsausgaben behandelt wurden, gekennzeichnet.

C. Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Auch künftig wird die Entwicklung der Gesellschaft maßgeblich dadurch beeinflusst werden, dass mit entsprechend hohen Kosten die Seebefüllung gesichert werden muss. Hierzu ist es unabdinglich, dass die Gesellschaft die hierdurch entstehenden Kosten durch Erlöse aus Grundstückveräußerungen abdeckt. Wie bereits im Lagebericht 2008 aufgeführt, ist ein weltweit agierendes Entwicklungsbüro beauftragt, für den Blaustein-See zum Betrieb eines Freizeit- und Erholungs-Ressorts potenzielle Betreiber und Investoren zu akquirieren. Dies muss noch im Geschäftsjahr 2010 gelingen, da die Finanzlage der Gesellschaft es nicht ermöglicht ohne zusätzliche Erlöse aus Grundstücksveräußerungen, die enorm hohen Kosten für die Wasserbefüllung zu tragen. Parallel sind sicherlich auch Verhandlungen mit den Wasserlieferanten zu führen, mit dem Ziel, dass möglichst optimale Konditionen gewährt werden.

Hinsichtlich der Entwicklung zum regionalen Freizeit- und Erholungszentrum muss festgestellt werden, dass eine positive Entwicklung zu verzeichnen ist und man davon ausgehen kann, dass mit Fertigstellung des zweiten Bauabschnittes des EuRegionale 2008 - Projektes nochmals ein Aufschwung verzeichnet werden kann. Hierzu haben bereits Optimierungen im Bereich der zur Verfügung gestellten Infrastruktur beigetragen.

Sollte die oben beschriebene Entwicklung und hier vor allem die Kostendeckung der Aufwendungen für die Seebefüllung nicht eintreten, so werden die Stadt Eschweiler und die

übrigen Gesellschafterkommunen Lösungen zur Abmilderung der prekären Finanzsituation erarbeiten müssen.

D. Sonstige Angaben

I. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres
Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach dem Ende des Geschäftsjahres nicht ergeben.

II. Preisänderungs-, Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungsstromschwankungen

Es bestehen keine Anhaltspunkte, die eine Gefährdung der Gesellschaft aus den o. a. Risikobereichen erwarten lassen.

Eschweiler, den 18. Oktober 2010

Hermann Gödde (Geschäftsführer)

Energeticon gGmbH

Allgemeine Angaben

Firma	Energeticon gGmbH	Gesellschafter
Sitz	Konrad-Adenau-Allee 7 52477 Alsdorf	LVR Landschaftsverband Rheinland 50,000% Stadt Alsdorf 25,000%
Email:	birgit.godehardt@energeticon.de	StädteRegion Aachen 10,000%
Homepage	www.energeticon.de	Stadt Eschweiler 2,500%
Rechtsform	GmbH	Stadt Stolberg 2,500%
Gesellschaftsvertrag	Gesellschaftsvertrag in der derzeitigen gültigen Fassung datiert vom 26.11.2010	Stadt Baesweiler 2,500% Stadt Herzogenrath 2,500%
Geschäftsführer	Birgit Godehardt-Szkudlarek	Verein Euregionales Zentrum für Energieentwicklung und Bergbaugeschichte e.V. 2,500%
Gremien	Gesellschafterversammlung Aufsichtsrat Geschäftsführer	Bergbaumuseum Grube Anna e.V. Gesellschaft für Montangeschichte und Industriekultur 2,500%
Stammkapital	26.000 €	
Anteil der Stadt	6.500 €	

Anmerkungen:

Da die ENERGETICON gGmbH erst am 26.11.2011 gegründet worden ist, ist es nicht möglich differenzierte Angaben über den Geschäftsverlauf im Jahre 2009 zu machen. Diese Gesellschaft wird erst im **Beteiligungsbericht 2011** mit ihren Daten aufgenommen.

Um allerdings vorab schon einmal einen Überblick über die Gesellschaft zu ermöglichen, sind die Stammdaten bereits dargestellt worden.

V. Sondervermögen

ETD – Eigenbetrieb Technische Dienste, Alsdorf

Allgemeine Angaben

Firma	ETD - Eigenbetrieb Technische Dienste, Alsdorf
Sitz	Carl-Zeiss-Straße 20 52477 Alsdorf
E-mail	info@alsdorf.de
Homepage	www.alsdorf.de
Rechtsform	Sondervermögen der Stadt Alsdorf mit eigenem Rechnungskreis
Betriebssatzung	Beschluss des Rates der Stadt Alsdorf vom 27.11.2003, Bekanntmachung im Mitteilungsblatt der Stadt Alsdorf Nr. 45 vom 11.12.2003
Betriebsleiter	Walter Buttgerit (kfm. Betriebsleiter) Dipl.-Ing. Jörg Theißing (techn. Betriebsleiter)
Gremien	Betriebsausschuss
Stammkapital	2.000.000 €
Anteil der Stadt in €	2.000.000 €
Mitarbeiter	52

Gesellschafter

Stadt Alsdorf
100,000%

Wesentliche Beteiligungen

Keine

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Koordination und Wahrnehmung der Bereiche der Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung, Straßenreinigung einschließlich des Winterdienstes für die Stadt Alsdorf. Darüber hinaus übernimmt der Eigenbetrieb Technische Dienste die Aufgaben des Baubetriebshofes.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Eigenbetrieb erfüllt seinen öffentlichen Zweck durch seine Dienstleistungen Winterdienst, Straßenreinigung und Abfallentsorgung. Diese tragen dazu bei, der Stadt Alsdorf ein gepflegtes äußeres Erscheinungsbild zu verschaffen und somit die Attraktivität des Wohnortes für die Einwohner zu bewahren.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage

Bilanz

Aktivseite	31.12.2009 EUR	31.12.2008 EUR	31.12.2007 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	29.103,11	30.789,94	32.476,77
II. Sachanlagen	60.754.982,89	59.609.432,96	59.180.167,76
III. Finanzanlagen	6.250,00	6.250,00	6.250,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	26.652,14	29.463,27	23.648,50
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	790.084,64	655.896,95	708.281,11
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	2.622.088,44	1.198.896,16	0,00
C. Rechnungsabgrenzungsposten	5.357,51	4.759,66	5.707,69
	64.234.518,73	61.535.488,94	59.956.531,83
Passivseite			
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	2.000.000,00	2.000.000,00	2.000.000,00
II. Rücklagen	6.179.757,96	6.179.757,96	6.179.757,96
III. Gewinn			
1. Gewinn des Vorjahres	-621.196,02	-757.760,74	-147.356,25
2. Verwendung für Eigenkapitalverzinsung an die Stadt	-190.753,00	-190.753,00	-190.753,00
3. Jahresüberschuss	272.856,35	327.317,72	-419.651,49
B. Empfangene Ertragszuschüsse	19.895.133,24	20.033.054,50	20.063.503,84
C. Sonderposten für Investitionskostenzuschüsse zum Anlagevermögen	12.105.248,14	12.380.030,84	12.558.207,12
D. Rückstellungen	876.425,45	757.837,04	501.543,00
E. Verbindlichkeiten	23.648.022,17	20.713.972,05	19.271.953,56
F. Rechnungsabgrenzungsposten	69.024,44	92.032,57	139.327,09
	64.234.518,73	61.535.488,94	59.956.531,83

Gewinn- und Verlustrechnung

<i>Gewinn- und Verlustrechnung</i>	31.12.2009 EUR	31.12.2008 EUR	31.12.2007 EUR
1. Umsatzerlöse	17.439.821,36	17.143.503,49	16.617.463,43
2. sonstige betriebliche Erträge	572.283,17	446.026,71	251.270,11
3. Materialaufwand	12.006.755,61	11.604.165,65	11.879.817,79
4. Personalaufwand	2.132.962,91	2.182.859,97	2.108.416,77
5. Abschreibungen	1.878.152,76	1.808.060,00	1.805.462,17
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	869.835,42	850.359,57	713.406,80
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	10.798,58	5.302,55	1.620,15
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	851.462,21	791.860,08	728.818,42
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	283.734,20	357.527,48	-365.568,26
10. außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	24.326,68
11. außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	-24.326,68
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	5.157,77	24.818,73	25.752,60
13. sonstige Steuern	5.720,08	5.391,03	4.003,95
14. Jahresüberschuss	272.856,35	327.317,72	-419.651,49

Kennzahlen

<i>Kennzahlen</i>	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007
Anlagenintensität ((Anlagevermögen / Gesamtkapital) x 100)	95,00%	97,00%	99,00%
Eigenkapitalquote ((Eigenkapital / Gesamtkapital) x 100)	61,71%	64,96%	66,79%

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Das Eigenkapital des ETD wird der Stadt Alsdorf jährlich verzinst. Zusätzlich wird noch der Ausgleich des Wiederbeschaffungszeitwertes verzinst. Somit erhält die Stadt Alsdorf für das Jahr 2009 eine Verzinsung von rund 190.000 Euro.

Laut GPA Prüfung 2009 wird der Stadt Alsdorf bei der Festlegung der Eigenkapitalverzinsung des Eigenbetriebes eine Änderung der Berechnungsbasis empfohlen.

Die Stadt Alsdorf berechnet die Abschreibungen durchgängig auf der Basis Anschaffungs- und Herstellungskosten, die auch in den Gebührenkalkulationen Berücksichtigung finden.

Mit einer Umstellung der Abschreibung auf Wiederbeschaffungszeitwerte unterstellt die GPA eine zehn prozentige Erhöhung der bislang gebuchten Abschreibungen auf Basis der Anschaffungs- und Herstellungskosten.

Die von der Stadt zu übernehmenden Verluste des ETD in den einzelnen Geschäftsjahren betragen für:

2007	2.614.578,38 €
2008	2.661.047,12 €
2009	2.834.949,86 €

Zusammensetzung der Organe

Betriebsausschuss

Für die **Stadt Alsdorf** sind im Betriebsausschuss vertreten:

1. SPD-Fraktion: Herr Stv. Marc Schlösser (seit dem 27.10.2009)
2. SPD-Fraktion: Herr Stv. Hans-Rainer Steinbusch (seit dem 27.10.2009)
3. SPD-Fraktion: Herr Stv. Franz-Josef Altdorf (seit dem 27.10.2009)

4. CDU-Fraktion: Herr Stv. Wilfried Maul (seit dem 27.10.2009)

5. ABU-Fraktion: Herr Stv. Frank Breuer (seit dem 27.10.2009)

6. GRÜNE-Fraktion: Herr Stv. Horst-Dieter Heidenreich (seit dem 27.10.2009)
7. Grüne: Herr Ragnar Migenda (seit dem 27.10.2009)
8. GRÜNE-Fraktion: Frau Stv. Beatrix Schongen (seit dem 27.10.2009)
9. GRÜNE-Fraktion: Herr Stv. Friedhelm Wirtz (seit dem 27.10.2009)

10. FDP: Herr Markus Höring (seit dem 27.10.2009)
11. FDP-Fraktion: Herr Stv. Heinrich Liska (seit dem 27.10.2009)

12. FWA: Herr Hans Fischer (seit dem 27.10.2009)
13. FWA-Fraktion: Herr Stv. Dietmar Brühl (seit dem 27.10.2009)

14. REP: Herr Heinz Linkorn (seit dem 27.10.2009)
15. REP-Fraktion: Herr Stv. Wolfgang Lüsgens (seit dem 27.10.2009)
16. REP-Fraktion: Herr Stv. Andreas Weber (seit dem 27.10.2009)

17. DIE LINKE-Fraktion: Herr Stv. Metin Sak (seit dem 27.10.2009)

Lagebericht

1. Allgemeines

Mit Beschluss des Rates der Stadt Alsdorf vom 27. November 2003 wurde der bestehende Eigenbetrieb Abwasser mit Wirkung zum 01. Januar 2004 um die Aufgabenbereiche Baubetriebshof, Abfallentsorgung, Straßenreinigung einschließlich Winterdienst gemäß § 107 Abs. 2 GO NW und den Vorschriften der EigVO NW erweitert. Zu den Aufgaben des Baubetriebshofes zählen die Unterhaltung und Grünpflege der öffentlichen Verkehrsflächen, sowie die Verkehrslenkung.

In der gleichen Sitzung hat der Rat der Stadt Alsdorf die Betriebssatzung für den erweiterten Eigenbetrieb beschlossen, die im Mitteilungsblatt der Stadt Alsdorf Nr. 45 vom 11. Dezember 2003 veröffentlicht wurde. Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung wird unter dem Namen „Stadt Alsdorf, Eigenbetrieb Technische Dienste“ geführt.

Mit Datum vom 14.7.2004 beschloss der Rat der Stadt Alsdorf die 1. Änderung vom 17.9.2004 der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb Technische Dienste der Stadt Alsdorf. Die Veröffentlichung hierüber erfolgte im Mitteilungsblatt der Stadt Alsdorf Nr. 35 vom 30.9.2004.

Mit Wirkung zum 01.01.2007 ist die Stadt Alsdorf dem Entsorgungszweckverband RegioEntsorgung AöR beigetreten. Der Zweckverband nimmt für die ihm angeschlossenen Kommunen folgende Aufgaben wahr:

- Sammeln und Transportieren der Abfälle
- Durchsetzung des Anschluss- und Benutzungszwangs

Darüber hinaus gehende Aufgaben wie die Gebührenfestsetzung und –erhebung, Beseitigung wilder Müll / Leeren von Straßenpapierkörben, Reinigung der Glascontainerstandorte verbleiben bei der Stadt Alsdorf.

Die Auswirkungen stellen sich für die Gebührenpflichtigen und das Stadtbild positiv dar.

Betriebsbereich Abwasser

Dem Betriebsbereich Abwasser obliegt die unschädliche Ableitung von Schmutz- und Regenwasser auf städtischem Gebiet.

Die Entsorgung erfolgte in den Kläranlagen Alsdorf-Bettendorf und Alsdorf-Broichental, die zum 01.01.1996 an den Wasserverband Eifel-Rur übergegangen sind, für rund 40.000 Einwohner, sowie für ca. 7.300 Einwohner aus einem Teilbereich des Stadtteils Mariadorf sowie aus den Stadtteilen Blumenrath und Broicher Siedlung über die Kläranlage Würselen-Euchen, die zum 01.01.1999 an den Wasserverband Eifel-Rur übertragen worden ist.

Die Kanalbenutzungsgebühren wurden in 2009 mit folgenden Sätzen erhoben:

für die Schmutzwasserbeseitigung	3,26 Euro / cbm
für die Niederschlagswasserbeseitigung	1,00 Euro / qm.

Gegenüber dem Vorjahr ergab sich keine Veränderung der Gebühren.

Betriebsbereich Straßenreinigung / Winterdienst

Die maschinelle Straßenreinigung für die Stadt Alsdorf wird durch die Firma KMW GmbH & Co. KG durchgeführt. Zu den Aufgaben gehört die Reinigung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze innerhalb der geschlossenen Ortslage, welche nicht den Anliegern per Satzung übertragen worden sind.

Die Benutzungsgebühren betragen wie 2008

einheitlich für alle Straßengruppen 1,22 Euro / lfd. Meter

Winterwartung der Fahrbahn 0,85 Euro / lfd. Meter

Betriebsbereich Straßenunterhalt

Dem Betriebszweig Straßenunterhalt obliegt die Unterhaltung der öffentlichen Räume bezüglich Sauberkeit, öffentliche Ordnung, Grünpflege und Verkehrssicherung von öffentlichen Straßen. Größere Straßenunterhaltungsmaßnahmen im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht werden durch die Firma Gebr. Reuber durchgeführt.

Betriebsbereich Abfallentsorgung

In der nachfolgenden Tabelle sind die entsorgten Abfallmengen im Vergleich zum Vorjahr ausgewiesen.

Abfälle aus Haushalten	2009 Tonnen	2008 Tonnen
Restmüll	5.136	5.118
Bioabfall	4.145	4.856
Grünabfall	964	319
Sperrmüll	605	423
Holz	431	520
Wertstoffe		
- Altpapier	3.568	3.563
- Altglas	1.077	1.089
- Leichtstoffe	1.743	1.749
Summe	17.669	17.637

Die Entsorgung der festen Abfälle, die keiner Verwertung mehr zugeführt werden und daher verbrannt werden, erfolgt in der MVA Weisweiler. Verwertbare Hausabfälle werden der Zentraldeponie Alsdorf-Warden zugeführt.

Die Abfallentsorgungsgebühren 2009 sind der nachfolgenden Übersicht zu entnehmen:

Grundgebühren	2009	2008
80 Liter Abfallgefäß / jährlich	148,20	156,84
2. Restmüllbehälter / jährlich	36,92	45,40
1.100 Liter Restmüll-Container / jährlich	1.817,38	1.895,90
Bildung einer Abfallgemeinschaft / jährlich	111,28	111,44

Abfuhrgebühren	2009	2008
80 Liter Restmüllgefäß / Leerung	3,99	5,05
1.100 Liter Restmüll-Container / Leerung	35,91	45,45
120 Liter Biomülltonne / jährlich	60,00	72,00
1.100 Liter Bio-Container	550,02	660,02

2. Geschäftsverlauf und Lage der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung

Zum 01.01.2008 hat der Eigenbetrieb Technische Dienste die Gebührenfestsetzung für Abwasser, Abfall, Straßenreinigung und Winterdienst in eigener Regie übernommen.

Aufgrund der Fertigstellung der Kanalbaumaßnahmen sowie einer Darlehensaufnahme zur Finanzierung der Baumaßnahmen, erhöhte sich die Bilanzsumme um 2,7 Mio. Euro. Durch die Darlehensaufnahme zu zinsgünstigen Konditionen verbesserte sich die Liquidität des ETD. Die Erhöhung der Kostenerstattung für Straßenunterhaltung wirkte sich ebenso günstig auf die Finanzlage aus, wie die Gebührenanpassung im Bereich Abwasser im Jahr 2008 sowie im Bereich Abfall im Jahr 2009.

Das Wirtschaftsjahr 2009 schließt mit einem Jahresüberschuss von Euro 272.856,35. Das Jahresergebnis teilt sich auf die Betriebsbereiche wie folgt:

	2009	2008
Abwasser	174.351,80	545.151,44
Abfallentsorgung	130.503,51	63.021,99
Straßenunterhaltung	44.682,19	-227.263,50
Straßenreinigung / Winterdienst	-76.681,14	-53.592,22
Gesamt	272.856,35	327.317,72

Zu Abwasser

Im Jahr 2009 wurde im Betriebszweig Abwasser ein Gewinn i. H. v. 174.351,80 Euro erwirtschaftet.

Dieses Ergebnis wurde im Wesentlichen durch eine Erhöhung der Umsatzerlöse (118 T€) erzielt. Bei den Aufwendungen für Roh-/ Hilfs- und Betriebsstoffe konnten 19 T€ eingespart werden und die Personalaufwendungen minderten sich um 104 T€. Demgegenüber stand eine Erhöhung der Abschreibung (74 T€) aufgrund der Fertigstellung der Kanalbaumaßnahmen Ofden, Weinstraße/Grenzweg sowie Denkmalplatz. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich um 40 T€.

Die Zinsen, insbesondere Fremdkapitalzinsen, erhöhten sich um 168 T€. Dies steht auch im Zusammenhang mit einer Darlehensaufnahme im Dezember 2008. Im Wirtschaftsjahr 2009 wurde das Abwasser von 47.264 Einwohnern (47.210 angeschlossene Einwohner sowie 54 Einwohner mit Kleinkläranlagen), dies entspricht 1.906.954 m³ (im Vorjahr: 1.932.849 m³) Schmutzwasser, behandelt und entsorgt.

In Summe erhielt die Abwasserbeseitigung Umsatzerlöse in Höhe von 10.306 T€. Korrekturen für Vorjahre betreffen Gebühren nur in Höhe von 1.200 Euro.

Zu Betriebsbereich Straßenunterhaltung

Der Betriebszweig Straßenunterhaltung erzielte im Berichtszeitraum einen Überschuss i. H. v. 44.682,19 Euro. Dies resultiert aus dem Anstieg der Umsatzerlöse (446 T€), insbesondere der Erhöhung der Kostenerstattung für Straßenunterhaltung durch die Stadt. Dies war notwendig, um die unabdingbaren Verkehrssicherungsmaßnahmen durchführen zu können.

Die Materialaufwendungen stiegen um 250 T€ und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich um 22 T€. Demgegenüber stand eine Minderung der Abschreibung um 32 T€.

Zu Betriebsbereich Straßenreinigung / Winterdienst

Wie im Vorjahr wurde in diesem Betriebszweig ein Verlust i. H. v. 76.681,14 Euro erzielt. Der Fehlbetrag erhöhte sich somit um 23 T€, bedingt u. a. durch den strengen Winter und den daraus resultierenden Anstieg der Kosten für Streumaterial. Die Erhöhung der Umsatzerlöse (11 T€) milderten nur geringfügig den Anstieg der Materialaufwendungen (19 T€) sowie der Abschreibungen (14 T€).

Rechtsnormverzeichnis

11. Teil Wirtschaftliche Betätigung und nicht wirtschaftliche Betätigung

§ 107 GO NRW Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung

(1) Die Gemeinde darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn

1. ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann.

Das Betreiben eines Telekommunikationsnetzes umfasst nicht den Vertrieb und/oder die Installation von Endgeräten von Telekommunikationsanlagen. Als wirtschaftliche Betätigung ist der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

(2) Als wirtschaftliche Betätigung im Sinne dieses Abschnitts gilt nicht der Betrieb von

1. Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. öffentlichen Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten
 - Erziehung, Bildung oder Kultur (Schulen, Volkshochschulen, Tageseinrichtungen für Kinder und sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe, Bibliotheken, Museen, Ausstellungen, Opern, Theater, Kinos,

Bühnen, Orchester, Stadthallen, Begegnungsstätten),

- Sport oder Erholung (Sportanlagen, zoologische und botanische Gärten, Wald-, Park- und Gartenanlagen, Herbergen, Erholungsheime, Bäder, Einrichtungen zur Veranstaltung von Volksfesten),
- Gesundheits- oder Sozialwesen (Krankenhäuser, Bestattungseinrichtungen, Sanatorien, Kurparks, Senioren- und Behindertenheime, Frauenhäuser, soziale und medizinische Beratungsstellen).

3. Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,

4. Einrichtungen des Umweltschutzes, insbesondere der Abfallentsorgung oder Abwasserbeseitigung sowie des Messe- und Ausstellungswesens,

5. Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen.

Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden. Das Innenministerium kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Einrichtungen, die nach Art und Umfang eine selbständige Betriebsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.

(3) Die wirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen

Gebietskörperschaften gewahrt sind. Die Aufnahme einer wirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Die nichtwirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Diese Voraussetzungen gelten bei in den Krankenhausplan des Landes aufgenommenen Krankenhäusern als erfüllt. Die Aufnahme einer nichtwirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(5) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat auf der Grundlage einer Marktanalyse über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements und über die Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Marktanalysen zu geben.

(6) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben.

(7) Für das öffentliche Sparkassenwesen gelten die dafür erlassenen besonderen Vorschriften.

§ 107a GO NRW Zulässigkeit energiewirtschaftlicher Betätigung

(1) Die wirtschaftliche Betätigung in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung dient einem öffentlichen Zweck und ist zulässig, wenn sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

(2) Mit den Bereichen Strom-, Gas- und Wärmeversorgung unmittelbar verbundene Dienstleistungen sind zulässig, wenn sie den Hauptzweck fördern. Die Gemeinde stellt sicher, dass bei der Erbringung dieser Dienstleistungen die Belange kleinerer Unternehmen, insbesondere des Handwerks, berücksichtigt werden.

(3) Die Aufnahme einer überörtlichen energiewirtschaftlichen Betätigung ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei der Versorgung mit Strom und Gas gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen. Die Aufnahme einer energiewirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, sofern die Entscheidung die Erbringung verbundener Dienstleistungen betrifft.

§ 108 GO NRW Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts

(1) Die Gemeinde darf Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn

1. bei Unternehmen (§ 107 Abs. 1) die Voraussetzungen des § 107 Abs. 1 Satz 1 gegeben sind und bei Unternehmen im Bereich der energiewirtschaftlichen Betätigung die Voraussetzung des § 107a Abs. 1 gegeben ist,

2. bei Einrichtungen (§ 107 Abs. 2) ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder der Beteiligung vorliegt,

3. eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,

4. die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit steht,

5. die Gemeinde sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,

6. die Gemeinde einen angemessenen Einfluß, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert wird,

7. das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet wird,

8. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weiter gehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, auf Grund des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und ebenso oder in entsprechender Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften geprüft werden,

9. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform, vorbehaltlich weitergehender oder entgegenstehender gesetzlicher Vorschriften, durch Gesellschaftsvertrag oder Satzung gewährleistet ist, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge im Sinne des § 285 Nummer 9 des Handelsgesetzbuches der Mitglieder der Geschäftsführung, des Aufsichtsrates, des Beirates oder einer ähnlichen Einrichtung im Anhang zum Jahresabschluss jeweils für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge jedes einzelnen Mitglieds dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden. Die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für:

a) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall einer vorzeitigen Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind,

b) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, mit ihrem Barwert sowie den von der Gesellschaft während des Geschäftsjahres hierfür aufgewandten oder zurückgestellten Betrag,

c) während des Geschäftsjahres vereinbarte Änderungen dieser Zusagen und

d) Leistungen, die einem früheren Mitglied, das seine Tätigkeit im Laufe des Geschäftsjahres beendet hat, in diesem Zusammenhang zugesagt und im Laufe des Geschäftsjahres gewährt worden sind.

Eine Gewährleistung für die individualisierte Ausweisung von Bezügen und Leistungszusagen ist im Falle der Beteiligung an einer bestehenden Gesellschaft auch dann gegeben, wenn in Gesellschaftsvertrag oder Satzung die erstmalige individualisierte Ausweisung spätestens für das zweite Geschäftsjahr nach Erwerb der Beteiligung festgelegt ist. bei Unternehmen der Telekommunikation einschließlich von Telefondienstleistungen nach § 107 Absatz 1 Satz 1 Nr. 3 im Gesellschaftsvertrag die unmittelbare oder im Rahmen einer Schachtelbeteiligung die mittelbare Haftung der Gemeinde auf den Anteil der Gemeinde bzw. des kommunalen Unternehmens am Stammkapital beschränkt ist. Zur Wahrnehmung gleicher Wettbewerbschancen darf die Gemeinde für diese Unternehmen weder Kredite nach Maßgabe kommunalwirtschaftlicher Vorzugskonditionen in Anspruch nehmen noch Bürgschaften und Sicherheiten i. S. von § 87 leisten.

Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nummern 3, 5 und 8 in begründeten Fällen Ausnahmen zulassen. Wird von Satz 1 Nummer 8 eine Ausnahme zugelassen, kann auch von Satz 1 Nummer 9 eine Ausnahme zugelassen werden.

(2) Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 gilt für die erstmalige unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft einschließlich der Gründung einer Gesellschaft, wenn den beteiligten Gemeinden oder Gemeindeverbänden alleine oder zusammen oder zusammen mit einer Beteiligung des Landes mehr als 50 vom Hundert der Anteile

gehören. Bei bestehenden Gesellschaften, an denen Gemeinden oder Gemeindeverbände unmittelbar oder mittelbar alleine oder zusammen oder zusammen mit dem Land mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, trifft die Gemeinden und Gemeindeverbände eine Hinwirkungspflicht zur Anpassung an die Vorgaben des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 9. Die Hinwirkungspflicht nach Satz 2 bezieht sich sowohl auf die Anpassung von Gesellschaftsvertrag oder Satzung als auch auf die mit Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 verfolgte Zielsetzung der individualisierten Ausweisung der dort genannten Bezüge und Leistungszusagen.

(3) Gehören einer Gemeinde mehr als 50 vom Hundert der Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Gesellschaftsform, muss sie darauf hinwirken, dass

1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften

a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,

b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zu Grunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,

c) die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses sowie das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts unbeschadet der bestehenden gesetzlichen Offenlegungspflichten öffentlich bekannt gemacht werden und der Jahresabschluss und der Lagebericht bis zur Feststellung des folgenden Jahresabschlusses zur Einsichtnahme verfügbar gehalten werden,

2. in dem Lagebericht oder in Zusammenhang damit zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen wird,

3. nach den Wirtschaftsgrundsätzen (§ 109) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein Unternehmen betreibt. Der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung sind dem Haushaltsplan als Anlage beizufügen. Gehört der Gemeinde zusammen mit anderen Gemeinden oder Gemeindeverbänden die Mehrheit der Anteile an einem Unternehmen oder an einer Einrichtung, soll sie auf eine Wirtschaftsführung nach Maßgabe des Satzes

1 Nr. 1a) und b) sowie Nr. 2 und Nr. 3 hinwirken.

(4) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft nur gründen, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

(5) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn durch die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrags sichergestellt ist, dass

1. die Gesellschafterversammlung auch beschließt über

a) den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,

b) den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,

c) den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses sowie

d) die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer, soweit dies nicht der Gemeinde vorbehalten ist, und

2. der Rat den von der Gemeinde bestellten oder auf Vorschlag der Gemeinde gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrats Weisungen erteilen kann, soweit die Bestellung eines Aufsichtsrates gesetzlich nicht vorgeschrieben ist.

(6) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 25 vom Hundert beteiligt sind, dürfen

a) der Gründung einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts, einer Beteiligung sowie der Erhöhung einer Beteiligung der Gesellschaft an einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts nur zustimmen, wenn

- die vorherige Entscheidung des Rates vorliegt,
- für die Gemeinde selbst die Gründungs- bzw. Beteiligungsvoraussetzungen vorliegen und sowohl die Haftung der gründenden Gesellschaft als auch die Haftung der zu gründenden Gesellschaft oder Vereinigung durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind oder
- sowohl die Haftung der sich beteiligenden Gesellschaft als auch die Haftung der Gesellschaft oder Vereinigung, an der eine Beteiligung erfolgt, durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind;

b) einem Beschluss der Gesellschaft zu einer wesentlichen Änderung des Gesellschaftszwecks oder sonstiger wesentlicher Änderungen des Gesellschaftsvertrages nur nach vorheriger Entscheidung des Rates zustimmen.

In den Fällen von Satz 1 Buchstabe a) gilt Absatz 1 Satz 2 und 3 entsprechend. Als Vertreter der Gemeinde im Sinne von Satz 1 gelten auch Geschäftsführer, Vorstandsmitglieder und Mitglieder von sonstigen Organen und ähnlichen Gremien der Gesellschaft, die von der Gemeinde oder auf ihre Veranlassung oder ihren Vorschlag in das Organ oder Gremium entsandt oder gewählt worden sind. Beruht die Entsendung oder Wahl auf der Veranlassung oder dem Vorschlag mehrerer Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände, so bedarf es der Entscheidung nur des Organs, auf das sich die beteiligten Gemeinden und Gemeindeverbände oder Zweckverbände geeinigt haben. Die Sätze 1 bis 4 gelten nicht, soweit ihnen zwingende Vorschriften des Gesellschaftsrechts entgegenstehen.

(7) Die Gemeinde kann einen einzelnen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschusspflicht ausgeschlossen oder die Haftungssumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

§ 108a GO NRW Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen Aufsichtsräten

(1) Soweit im Gesellschaftsvertrag eines Unternehmens (§ 107 Abs. 1 , § 107a Abs. 1) oder einer Einrichtung (§ 107 Abs. 2) in Privatrechtsform, an der die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 vom

Hundert der Anteile beteiligt ist, ein fakultativer Aufsichtsrat vorgesehen ist, können dem fakultativen Aufsichtsrat Arbeitnehmervertreter des Unternehmens oder der Einrichtung angehören. In diesem Fall ist ein angemessener Einfluss der Gemeinde im Sinne des § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 gegeben, wenn bei mehr als 2 von der Gemeinde in den Aufsichtsrat zu entsendenden Vertretern nicht mehr als ein Drittel der Gesamtzahl der Aufsichtsratsmandate durch Arbeitnehmervertreter des Unternehmens oder der Einrichtung nach Maßgabe der folgenden Absätze besetzt werden.

(2) Der Rat der Gemeinde bestellt aus einer von der Betriebsversammlung des Unternehmens oder der Einrichtung zu erstellenden Vorschlagsliste die in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter. Die Bestellung bedarf eines Beschlusses der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates. Die Vorschlagsliste muss mindestens die doppelte Zahl der zu entsendenden Arbeitnehmervertreter enthalten. Der Rat hat das Recht, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder sämtliche Vorschläge der Liste zurückzuweisen und eine Ergänzung zu verlangen. In diesem Fall kann eine Betriebsversammlung eine neue Vorschlagsliste erstellen; Sätze 1 bis 4 gelten entsprechend. Im Falle einer erneuten Zurückweisung der Vorschläge durch den Rat bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

(3) § 113 Abs. 1 Sätze 2 und 3 gelten für die nach Absatz 2 für den fakultativen Aufsichtsrat vom Rat bestellten Arbeitnehmervertreter entsprechend. Verliert ein vom Rat bestellter Arbeitnehmervertreter die Beschäftigteneigenschaft in dem Unternehmen oder der Einrichtung, muss der Rat ihn entsprechend § 113 Abs. 1 Satz 3 aus seinem Amt im fakultativen Aufsichtsrat abberufen.

(4) In der Betriebsversammlung nach Absatz 2 sind alle Beschäftigten des Unternehmens bzw. der Einrichtung wahlberechtigt, die am Tage der Betriebsversammlung das 18. Lebensjahr vollendet haben. Nicht wahlberechtigt sind Geschäftsführer und Vorstände des Unternehmens bzw. der Einrichtung. In die Vorschlagsliste können nur Wahlberechtigte aufgenommen werden. Die Einzelheiten für die Wahl der Arbeitnehmervertreter sind im

Gesellschaftsvertrag, der Satzung oder einem sonstigen Organisationsstatut des Unternehmens bzw. der Einrichtung zu regeln. Im Gesellschaftsvertrag, der Satzung oder dem Organisationsstatut des Unternehmens bzw. der Einrichtung ist auch die Amtsdauer der Arbeitnehmervertreter zu regeln. Sie soll die regelmäßige Amtsdauer der nach § 113 Abs. 2 Satz 2 neben dem Bürgermeister oder dem von ihm benannten Bediensteten der Gemeinde in den fakultativen Aufsichtsrat bestellten weiteren Vertreter nicht überschreiten.

(5) Wird ein Arbeitnehmervertreter von seinem Amt gemäß § 113 Abs. 1 Satz 3 abberufen oder scheidet er aus anderen Gründen aus dem Aufsichtsrat aus, bestellt der Rat mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder aus dem noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste nach Absatz 2 einen Nachfolger. Kommt eine solche Mehrheit nicht zustande, kann eine Betriebsversammlung den noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Kommt auch dann keine Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates für die Bestellung eines Nachfolgers zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt.

(6) Die Absätze 1 bis 5 gelten mit folgenden Maßgaben entsprechend in den Fällen, in denen an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Privatrechtsform zwei oder mehr Gemeinden beteiligt sind. Die Bestellung der in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter bedarf übereinstimmender, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder zustande gekommener Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Kommunen, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird. Kommen solche übereinstimmenden Beschlüsse nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, kann eine Betriebsversammlung eine neue Vorschlagsliste erstellen. Kommen auch hierzu entsprechende übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt. Für die Bestellung eines Nachfolgers im Sinne des Absatzes 5 gilt Satz 2 entsprechend. Kommen danach übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, kann eine

Betriebsversammlung den noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Kommen auch dann übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt. Für die nach § 113 Abs. 1 Sätze 2 und 3 zu treffenden Entscheidungen bedarf es übereinstimmender Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Kommunen, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird.

§ 109 GO NRW Wirtschaftsgrundsätze

(1) Die Unternehmen und Einrichtungen sind so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird.

(2) Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

§ 110 GO NRW Verbot des Missbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung

Bei Unternehmen, für die kein Wettbewerb gleichartiger Unternehmen besteht, dürfen der Anschluss und die Belieferung nicht davon abhängig gemacht werden, dass auch andere Leistungen oder Lieferungen abgenommen werden.

§ 111 GO NRW Veräußerung von Unternehmen, Einrichtungen und Beteiligungen

(1) Die teilweise oder vollständige Veräußerung eines Unternehmens oder einer Einrichtung oder einer Beteiligung an einer Gesellschaft sowie andere Rechtsgeschäfte, durch welche die Gemeinde ihren Einfluss auf das Unternehmen, die Einrichtung oder die Gesellschaft verliert oder vermindert, sind nur zulässig, wenn die für die Betreuung der

Einwohner erforderliche Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird.

(2) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 v. H. beteiligt sind, dürfen Veräußerungen oder anderen Rechtsgeschäften i. S. des Absatzes 1 nur nach vorheriger Entscheidung des Rates und nur dann zustimmen, wenn für die Gemeinde die Zulässigkeitsvoraussetzung des Absatzes 1 vorliegt.

§ 112 GO NRW Informations- und Prüfungsrechte

(1) Gehören einer Gemeinde unmittelbar oder mittelbar Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in einer Rechtsform des privaten Rechts in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang, so soll sie

1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes ausüben,

2. darauf hinwirken, dass ihr die in § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden.

(2) Ist eine Beteiligung der Gemeinde an einer Gesellschaft keine Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes, so soll die Gemeinde, soweit ihr Interesse dies erfordert, darauf hinwirken, dass ihr im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung die Befugnisse nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes eingeräumt werden. Bei mittelbaren Minderheitsbeteiligungen gilt dies nur, wenn die Beteiligung den vierten Teil der Anteile übersteigt und einer Gesellschaft zusteht, an der die Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften mit Mehrheit im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes beteiligt ist.

§ 113 GO NRW Vertretung der Gemeinde in Unternehmen oder Einrichtungen

(1) Die Vertreter der Gemeinde in Beiräten, Ausschüssen, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten oder entsprechenden Organen von juristischen Personen oder

Personenvereinigungen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, haben die Interessen der Gemeinde zu verfolgen. Sie sind an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden. Die vom Rat bestellten Vertreter haben ihr Amt auf Beschluss des Rates jederzeit niederzulegen. Die Sätze 1 bis 3 gelten nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(2) Bei unmittelbaren Beteiligungen vertritt ein vom Rat bestellter Vertreter die Gemeinde in den in Absatz 1 genannten Gremien. Sofern weitere Vertreter zu benennen sind, muss der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde dazuzählen. Die Sätze 1 und 2 gelten für mittelbare Beteiligungen entsprechend, sofern nicht ähnlich wirksame Vorkehrungen zur Sicherung hinreichender gemeindlicher Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten getroffen werden.

(3) Die Gemeinde ist verpflichtet, bei der Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages einer Kapitalgesellschaft darauf hinzuwirken, dass ihr das Recht eingeräumt wird, Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Über die Entsendung entscheidet der Rat. Zu den entsandten Aufsichtsratsmitgliedern muss der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde zählen, wenn diese mit mehr als einem Mitglied im Aufsichtsrat vertreten ist. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen.

(4) Ist der Gemeinde das Recht eingeräumt worden, Mitglieder des Vorstandes oder eines gleichartigen Organs zu bestellen oder vorzuschlagen, entscheidet der Rat

(5) Die Vertreter der Gemeinde haben den Rat über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Die Unterrichtungspflicht besteht nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(6) Wird ein Vertreter der Gemeinde aus seiner Tätigkeit in einem Organ haftbar gemacht, so hat ihm die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, dass er ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt hat. Auch in diesem Falle ist die Gemeinde schadensersatzpflichtig, wenn ihr Vertreter nach Weisung des Rates oder eines Ausschusses gehandelt hat.

§ 114 GO NRW

Eigenbetriebe

(1) Die gemeindlichen wirtschaftlichen Unternehmen ohne Rechtspersönlichkeit (Eigenbetriebe) werden nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung und der Betriebsatzung geführt

(2) In den Angelegenheiten des Eigenbetriebes ist der Betriebsleitung ausreichende Selbstständigkeit der Entschließung einzuräumen. Die Zuständigkeiten des Rates sollen soweit wie möglich dem Betriebsausschuss übertragen werden.

(3) Bei Eigenbetrieben mit mehr als 50 Beschäftigten besteht der Betriebsausschuss zu einem Drittel aus Beschäftigten des Eigenbetriebes. Die Gesamtzahl der Ausschussmitglieder muss in diesem Fall durch drei teilbar sein. Bei Eigenbetrieben mit weniger als 51, aber mehr als zehn Beschäftigten gehören dem Betriebsausschuss zwei Beschäftigte des Eigenbetriebes an. Die dem Betriebsausschuss angehörenden Beschäftigten werden aus einem Vorschlag der Versammlung der Beschäftigten des Eigenbetriebes gewählt, der mindestens die doppelte Zahl der zu wählenden Mitglieder und Stellvertreter enthält. Wird für mehrere Eigenbetriebe ein gemeinsamer Betriebsausschuss gebildet, ist die Gesamtzahl aller Beschäftigten dieser Eigenbetriebe maßgebend; Satz 4 gilt entsprechend. Die Zahl der sachkundigen Bürger darf zusammen mit der Zahl der Beschäftigten die der Ratsmitglieder im Betriebsausschuss nicht erreichen.

§ 114a GO NRW Rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts

(1) Die Gemeinde kann Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts errichten oder bestehende Regie- und Eigenbetriebe sowie eigenbetriebsähnliche Einrichtungen im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts umwandeln. § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 gilt entsprechend.

(2) Die Gemeinde regelt die Rechtsverhältnisse der Anstalt durch eine Satzung. Die Satzung muss Bestimmungen über den Namen und die Aufgaben der Anstalt, die Zahl der Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrates, die

Höhe des Stammkapitals, die Wirtschaftsführung, die Vermögensverwaltung und die Rechnungslegung enthalten.

(3) Die Gemeinde kann der Anstalt einzelne oder alle mit einem bestimmten Zweck zusammenhängende Aufgaben ganz oder teilweise übertragen. Sie kann zu Gunsten der Anstalt unter der Voraussetzung des § 9 durch Satzung einen Anschluss- und Benutzungszwang vorschreiben und der Anstalt das Recht einräumen, an ihrer Stelle Satzungen für das übertragene Aufgabengebiet zu erlassen; § 7 gilt entsprechend.

(4) Die Anstalt kann nach Maßgabe der Satzung andere Unternehmen oder Einrichtungen gründen oder sich an solchen beteiligen oder eine bestehende Beteiligung erhöhen, wenn das dem Anstaltszweck dient. Für die Gründung von und die Beteiligung an anderen Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts sowie deren Veräußerung und andere Rechtsgeschäfte im Sinne des § 111 gelten die §§ 108 bis 113 entsprechend. Für die in Satz 2 genannten Gründungen und Beteiligungen muss ein besonders wichtiges Interesse vorliegen.

(5) Die Gemeinde haftet für die Verbindlichkeiten der Anstalt unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist (Gewährträgerschaft). Rechtsgeschäfte im Sinne des § 87 dürfen von der Anstalt nicht getätigt werden.

(6) Die Anstalt wird von einem Vorstand in eigener Verantwortung geleitet, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung der Gemeinde etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich.

(7) Die Geschäftsführung des Vorstands wird von einem Verwaltungsrat überwacht. Der Verwaltungsrat bestellt den Vorstand auf höchstens 5 Jahre; eine erneute Bestellung ist zulässig. Er entscheidet außerdem über

1. den Erlass von Satzungen gemäß Absatz 3 Satz 2,

2. die Beteiligung oder Erhöhung einer Beteiligung der Anstalt an anderen Unternehmen oder Einrichtungen sowie deren Gründung,

3. die Feststellung des Wirtschaftsplans und des Jahresabschlusses,
4. die Festsetzung allgemein geltender Tarife und Entgelte für die Leistungsnehmer,
5. die Bestellung des Abschlussprüfers,
6. die Ergebnisverwendung,
7. Rechtsgeschäfte der Anstalt im Sinne des § 111.

Im Fall der Nummer 1 unterliegt der Verwaltungsrat den Weisungen des Rates und berät und beschließt in öffentlicher Sitzung. In den Fällen der Nummern 2 und 7 bedarf es der vorherigen Entscheidung des Rates.

Dem Verwaltungsrat obliegt außerdem die Entscheidung in den durch die Satzung der Gemeinde bestimmten Angelegenheiten der Anstalt. In der Satzung kann ferner vorgesehen werden, dass bei Entscheidungen der Organe der Anstalt von grundsätzlicher Bedeutung die Zustimmung des Rates erforderlich ist.

(8) Der Verwaltungsrat besteht aus dem vorsitzenden Mitglied und den übrigen Mitgliedern. Den Vorsitz führt der Bürgermeister. Soweit Beigeordnete mit eigenem Geschäftsbereich bestellt sind, führt derjenige Beigeordnete den Vorsitz, zu dessen Geschäftsbereich die der Anstalt übertragenen Aufgaben gehören. Sind die übertragenen Aufgaben mehreren Geschäftsbereichen zuzuordnen, so entscheidet der Bürgermeister über den Vorsitz. Die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrats werden vom Rat für die Dauer von 5 Jahren gewählt; für die Wahl gilt § 50 Abs. 4 sinngemäß. Die Amtszeit von Mitgliedern des Verwaltungsrats, die dem Rat angehören, endet mit dem Ende der Wahlzeit oder dem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Rat. Die Mitglieder des Verwaltungsrats üben ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Mitglieder weiter aus. Mitglieder des Verwaltungsrats können nicht sein:

1. Bedienstete der Anstalt,
2. leitende Bedienstete von juristischen Personen oder sonstigen Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts, an denen die Anstalt mit mehr als 50 v.H. beteiligt ist; eine Beteiligung am Stimmrecht genügt,
3. Bedienstete der Aufsichtsbehörde, die unmittelbar mit Aufgaben der Aufsicht über die Anstalt befasst sind.

(9) Die Anstalt hat das Recht, Dienstherr von Beamten zu sein, wenn sie auf Grund einer Aufgabenübertragung nach Absatz 3 hoheitliche Befugnisse ausübt. Wird die Anstalt aufgelöst oder umgebildet, so gilt für die Rechtsstellung der Beamten und der Versorgungsempfänger Kapitel II Abschnitt III des Beamtenrechtsrahmengesetzes.

(10) Der Jahresabschluss und der Lagebericht der Anstalt werden nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft, sofern nicht weiter gehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen. § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstands sowie die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Leistungen für die Mitglieder des Verwaltungsrates im Anhang des Jahresabschlusses für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge und Leistungen für jedes einzelne Mitglied dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden, soweit es sich um Leistungen des Kommunalunternehmens handelt. Die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für Leistungen entsprechend § 108 Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 Satz 2 .

(11) § 14 Abs. 1 , § 31 , § 74 , § 75 Abs. 1 , § 77 , § 84 sowie die Bestimmungen des 13. Teil über die staatliche Aufsicht sind auf die Anstalt sinngemäß anzuwenden.

§ 115 GO NRW Anzeige

(1) Entscheidungen der Gemeinde über

a) die Gründung oder wesentliche Erweiterung einer Gesellschaft oder eine wesentliche Änderung des Gesellschaftszwecks oder sonstiger wesentlicher Änderungen des Gesellschaftsvertrages,

b) die Beteiligung an einer Gesellschaft oder die Änderung der Beteiligung an einer Gesellschaft,

c) die gänzliche oder teilweise Veräußerung einer Gesellschaft oder der Beteiligung an einer Gesellschaft,

d) die Errichtung, die Übernahme oder die wesentliche Erweiterung eines Unternehmens, die Änderung der bisherigen Rechtsform oder eine wesentliche Änderung des Zwecks,

e) den Abschluss von Rechtsgeschäften, die ihrer Art nach geeignet sind, den Einfluß der Gemeinde auf das Unternehmen oder die Einrichtung zu mindern oder zu beseitigen oder die Ausübung von Rechten aus einer Beteiligung zu beschränken,

f) die Führung von Einrichtungen entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe,

g) den Erwerb eines Geschäftsanteils an einer eingetragenen Genossenschaft,

h) die Errichtung, wesentliche Erweiterung oder Auflösung einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen

Rechts gemäß § 114a , die Beteiligung oder Erhöhung einer Beteiligung der Anstalt an anderen

Unternehmen oder Einrichtungen oder deren Gründung sowie Rechtsgeschäfte der Anstalt im Sinne des § 111 sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich, spätestens sechs Wochen vor Beginn des Vollzugs, schriftlich anzuzeigen. Aus der Anzeige muss zu ersehen sein, ob die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Die Aufsichtsbehörde kann im Einzelfall aus besonderem Grund die Frist verkürzen oder verlängern.

(2) Für die Entscheidung über die mittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft gilt Entsprechendes, wenn ein Beschluss des Rates nach § 108 Abs. 6 oder § 111 Abs. 2 zu fassen ist